

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Breis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 14. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepalte Kolonne je Zeile oder deren Raum 30 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Marokko.

Mit einem gewissen Gefühl der Beklemmung blickt die deutsche Arbeiterklasse auf die Vorgänge in Marokko. Bäre doch das Los, das, wie es scheint, jetzt dem französischen Proletariat bereitet wird, beinahe das ihre geworden. Wenn es nicht deutsche Soldaten waren, die in Marokko gelandet wurden, wenn es nicht deutsche Steuermillionen sein werden, die auf dem Umwege eines langwierigen Krieges in Profit der Armeelieferanten, der Panzerplatten- und Kanonenfabrikanten verwandelt werden, wenn es nicht der deutsche Name ist, der durch schändliche Grausamkeiten, durch tausendfachen Mord in dieser neuesten Kolonialunternehmung geschändet wird, dann verdankt das deutsche Volk dies wahrlich nicht seiner Regierung. Denn wäre es nach den Plänen des deutschen Imperialismus gegangen, dann würden heute deutsche Schiffsgeschütze Krupps statt der französischen des Schneider den schrecklichen Leidenhäusern aufgetürmt haben, der die Trümmer Casablancas zu einer Stätte der Pest zu machen droht. Wenn wir heute mit momentan geringerer Sorge auf Marokko blicken, so verdanken wir dies nicht der deutschen, sondern den ausländischen Regierungen. Das Bündnis der Westmächte hat die deutsche Regierung verhindert, Pläne auszuführen, die ihr das expansionstüftige Kapital der deutschen Reedereien und der deutschen Großbanken diktiert haben. Sodann aber war es die feste und entschlossene Haltung des deutschen Proletariats, das den Verheißungen und Lockungen der imperialistischen Narren immer unbeugsamen Widerstand entgegengekehrt hat, die Deutschland wie vor einem europäischen Krieg so vor dem gefährlichen afrikanischen Abenteuer bewahrt hat.

An Marokko kann das Proletariat die Beweggründe kapitalistischer Kolonialpolitik am deutlichsten studieren. Alle Lügen, die die deutschen Imperialisten so eifrig kolportieren, werden sofort hinfällig, wenn sie für den französischen Imperialismus vorgebracht werden. Frankreichs Bevölkerung ist konstant. Der Vorwand, man brauche Kolonien für die überflüssige Bevölkerung, ist für Frankreich noch weniger anwendbar, als für Deutschland; denn auch hier geht die Auswanderung immer mehr zurück und spielt schon heute fast gar keine Rolle mehr. Ebenfalls gilt für Frankreich der Satz, daß Kolonien eine Notwendigkeit seien, um für die heimische Industrie neue Absatzmärkte zu haben. Denn die französische Industrie entwickelt sich so langsam und allmählich, daß es sicher nicht die Bedürfnisse des industriellen Kapitals sind, die heute die Triebfeder der kapitalistischen Expansion bilden. Nicht das Interesse einer wachsenden Bevölkerung, nicht das Interesse der industriellen Entwicklung, sondern das Interesse des Finanzkapitals ist es, das die französische Regierung zur kolonialen Eroberungspolitik treibt, für die das Land kaum die Menschen aufbringen kann. Stagniert auch die französische Bevölkerung, entwickelt sich auch die Industrie nur langsam, so häufen sich doch fortwährend in den Bantien die Kapitalien an, die nach neuer Verwendung streben. Wo aber das Kapital angelegt wird, das hängt in erster Linie ab von der Höhe der Profitrate. In den Kolonien ist die Profitrate höher als in Europa; dort sind der Ausbeutung keine Schranken gezogen, dort wird die einheimische Bevölkerung mit Gewalt zur Zwangsarbeit für das Kapital auf Lebenszeit verurteilt. Weil aber die Eroberung der Kolonie eine Sache der „nationalen Ehre“, eine Sache des „ganzen Volkes“ ist, so fühlt sich der Staat der Kapitalisten verpflichtet, dem Kapital, das in den Kolonien arbeitet, die höhere Profitrate auch wirklich zu garantieren. Die Staatsmacht sorgt für die Verwandlung der Eingeborenen in Sklaven des Kapitals. Sie sorgt dafür, daß das Land der Eingeborenen in Monopolbesitz kapitalistischer Gesellschaften verwandelt wird. Sie schafft aber nicht nur die Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung, indem sie die Garantie für den Profit übernimmt, sondern übernimmt auch, wenn es not tut, das Risiko, indem sie die Zinsen für die Eisenbahnen gewährleistet.

Kein Wunder, daß gerade in Frankreich, wo die Industrie, durch die Schutzollpolitik in ihrer Entfaltung gehemmt, dem Kapital neue Anlagensphären nur zu einer sinkenden Profitrate gewähren würde, der Drang nach Expansion am größten ist. Er triumphiert schließlich sogar über das Bedenken, daß die Kolonialkriege, die eine notwendige Folge jeder kapitalistischen Kolonialpolitik sind, die Macht Frankreichs immer mehr untergraben. Gerade vom Standpunkt eines französischen Patrioten ist es eine Frivolität und eine Gewissenlosigkeit ohnegleichen, Frankreich in ein so gefährliches militärisches Abenteuer zu stürzen. Aber freilich, was bedeutet Vaterlandsliebe dem Kapital, für das der Staat nichts ist als ein ökonomisches Machtmittel, bestimmt die Profitrate zu erhöhen! Die wahren Interessen der Nation und die Profitinteressen des Kapitals werden überall immer mehr unversöhnliche Gegensätze. Nicht bei der französischen Bourgeoisie, beim französischen Proletariat liege die Zukunft Frankreichs!

Unsere französischen Genossen dürfen sich mit Recht sagen, daß sie alles darangesetzt haben, um das Interesse der

Arbeiterklasse zu wahren. Sie haben in einem prächtigen Ansturm Delcassé gestürzt, als der Gegensatz des französischen und deutschen Imperialismus zu einem europäischen Kriege zu führen drohte. Sie sind auch jetzt Feinde des marokkanischen Abenteurers. Aber die Macht des Proletariats ist in der kapitalistischen Gesellschaft beschränkt. Sie hatten damals Erfolg, weil dem Kapital das Risiko eines europäischen Krieges zu groß schien. Sie konnten jetzt nichts hindern, weil das Kapital sich durch die Bündnisse mit den anderen Bestmächten gesichert glaubt. Es ist charakteristisch, daß gerade der kleinbürgerliche Radikalismus des Clémenceau dazu bestimmt ist, die Geschäfte des Bankkapitals zu besorgen. Das mächtige Anwachsen der gewerkschaftlichen Bewegung treibt das Kleinbürgertum und die Kleinkapitalisten in immer heftigeren Gegensatz zu dem Proletariat, macht es immer reaktionärer. Dadurch hält es sein Schicksal, vom Großkapital vernichtet oder abhängig gemacht zu werden, nicht auf. Aber der Gegensatz zur Arbeiterklasse schwächt es politisch so sehr, daß es auch politisch in die Abhängigkeit vom Großkapital gerät, das seine „patriotische“ Ideologie für seine Zwecke trefflich auszunützen versteht. Dies erklärt, warum der Sozialismus in Frankreich das neueste Kolonialabenteuer nicht hindern konnte. Aber noch weniger konnte er die Verantwortung für eine Politik auch nur im entferntesten mit übernehmen wollen, die Frankreich aufs schlimmste schädigen, seine industrielle Entwicklung und damit die Arbeiterklasse durch den Kapitalexport und die unproduktive Vergeubung von Kapital aufhalten muß.

Aber die deutsche Arbeiterklasse muß die Marokkofrage nicht nur deshalb verfolgen, um an ihr das Wesen kapitalistischer Kolonialpolitik klarer zu erkennen. Es ist vielmehr durchaus möglich, daß sie auch politisch wird energisch eingreifen müssen. Zwar glauben wir nicht, daß das frivole Kriegsgeschrei der „Rhein-Westf.“ eine momentane Gefahr bedeutet. Dazu sind die Machtverhältnisse für Deutschland zu ungünstig. Gefährlicher ist die Spekulation der „Deutschen Tageszeitung“, die damit wohl nur sagt, was weite und einflussreiche Kreise hoffen, die Spekulation nämlich, daß Frankreich sich in Marokko nur recht verbluten möge, damit dann Deutschland um so leichter aktiv vorgehen, der deutsche dem französischen Imperialismus die Beute rechtzeitig abjagen könne. Wir glauben, daß, wenn diesen Ratsschlägen gefolgt würde, dies eine Politik bedeutete, die eine ernste Gefahr für den europäischen Frieden wäre. Die deutsche Arbeiterklasse hat nicht das geringste Interesse an der Kolonialpolitik, die ihm immer nur Opfer auferlegt. Sie muß alles daran setzen, was in ihrer Macht liegt, um eine auswärtige Politik zu hindern, die uns wieder in eine Situation bringt, in der die Aufrechterhaltung des Friedens gefährdet ist. Die deutsche Diplomatie mag dafür sorgen, daß der Grundsatz des Freihandels, wo er wie in Marokko besteht, aufrecht erhalten bleiben. Sie möge aber wissen, daß, wenn es ihre Unfähigkeit verschulden sollte, daß dieser Grundsatz durchbrochen wird, die deutsche Arbeiterklasse den Krieg immer noch als etwas Unannehmlares ansehen würde. Danach möge sie gefälligst ihre Aktionen einrichten.

Aber wir verlassen uns auch in dieser Frage durchaus auf unsere eigene Kraft. Die Furcht der Bourgeoisie vor dem Proletariat ist die einzige sichere Friedensbürgschaft, die es in der kapitalistischen Gesellschaft gibt, in Frankreich wie in Deutschland. Das französische und deutsche Proletariat haben das gemeinsame Interesse und werden es fürwahr mit ganzer Leidenschaft zu zeigen wissen, daß die Entwicklung des Sozialismus nicht durch auswärtige Katastrophen aufgehalten wird. Und wir dürfen hoffen, daß die vereinte Kraft des französischen und deutschen Proletariats schon heute stark genug ist, um einen europäischen Krieg zu verhindern.

Frankreich will keine Eroberungen machen, Frankreich seine Truppen in Marokko nicht verstärken! So versichert der französische Minister des Auswärtigen, Herr Pichon, mit vieler Bestimmtheit den Zeitungsreportern. Die Truppen, so sagte er weiter, sollen bleiben, wo sie sind, keinerlei Expeditionen ins Innere unternehmen, sich darauf beschränken, die Ordnung herzustellen, die Rebellen zu züchtigen, die Ruhe zu sichern sowie die Polizei in der Stadt und in der Umgebung von Casablanca zu organisieren.

Es fragt sich nur, ob selbst bei ernstem Willen dieses eng umgrenzte Programm eingehalten werden kann, ob die Logik der Tatsachen Frankreichs Regierung nicht zwingen wird, weiter zu gehen, wenn sie sich nicht ganz zurückziehen will, was ja die „nationale Ehre“ und das Geschäft der Finanzmächte nicht gestattet.

In der Unterredung des Herrn Pichon mit den Journalisten ist merkwürdigerweise nicht die Rede von der Forderung des General Drude nach Verstärkung seiner Expedition um 3-400 Mann. Es scheint aber, daß er sie bitter nötig hat, denn trotz der Meutereien, die seine Truppen unter den angreifenden Kabhlyen anrichten, lassen die Angriffe nicht nach. So meldet ein neueres Telegramm:

Tanger, 13. August. Nach heute brieflich eingegangenen Nachrichten ist die Stadt Casablanca gestern von etwa 4000 Mauren angegriffen, der Angriff aber zurückgeschlagen worden. Nähere Nachrichten stehen noch aus.

In einem Telegramm des Pariser „Figaro“ aus Casablanca vom 10. August heißt es:

„Die Affäre von Casablanca ist noch nicht zu Ende. Sie ist die ernsteste von allen, in die wir in Marokko verwickelt gewesen sind, eine der schwersten, die Afrika und gebracht hat. Trotz exemplarischer Züchtigung wollen die Angriffe der Marokkaner nicht enden. Die militärische Lage ist zur Stunde ausgezeichnet, aber unsere Truppen, deren Tapferkeit Bewunderung verdient, sind ermüdet, weil sie durch die Angriffe der Marokkaner beständig wach gehalten werden. „Seit drei Tagen“, sagte mir General Drude in seinem Zelt, „haben meine Leute das Maximum von dem, was von Soldaten zu verlangen möglich ist.“

Zugleich meldet der Pariser „Matin“, daß General Drude das Verlangen der europäischen Kolonien von Mazagan und Rabat, dort Truppen zu landen, abgeschlagen habe, weil es sicher sei, daß 25000 berittene und sonstige Kabhlyen gegen Casablanca marschieren und der heilige Krieg begünne.

Ist es also schon danach wahrscheinlich, daß Frankreich bald die vorföhrlich in Toulon, Algerien und Tunis marschbereit gehaltenen Truppen absenden wird, die nach Herrn Pichon nur für den Fall „absoluter Notwendigkeit“ abgehen sollen, so zeigt zudem die Eroberung Algeriens, daß die Franzosen solange mit stetig sich erneuernden Unruhen und Aufständen rechnen müssen, als sie nicht das ganze Land in der Hand haben. Die Befegung von Häfen und eines Hinterlandteils sichert sie nicht. In der französischen Presse tritt denn auch hier und da die Erkenntnis auf, daß man in ein böses Wespennest gegriffen hat, und daß die leichten Siege von Casablanca Schwereis im Gefolge haben werden.

Die Nachrichten aus den nicht besetzten Hafenstädten lauten gewittertschwül. So meldet das Bureau Reuters:

Tanger, 12. August. Hier herrscht große Unruhe. Zahlreiche Familien sind heute nach Gibraltar abgereist und andere, die außerhalb der Tore der Stadt wohnen, haben sich in die Stadt begeben. Mohammed el Torres hat heute an die Vertreter der Mächte ein Zirkular gerichtet, in dem er sie auffordert, ihre Staatsangehörigen anzuweisen, sich nicht außerhalb der Postenlinie zu begeben.

Ein aus Mazagan hier eingetroffener Flüchtling erzählt, daß sich dort nichts von Bedeutung zugetragen habe, nur sei eine Außerordnung hervorgerufen worden durch Mauren, die von Casablanca bei den Kabhlyen eingetroffen seien und Einzelheiten berichtet hätten über das Blutbad in Casablanca. Dies habe die Kabhlyen aufgereizt und sie hätten sich sofort zum Gouverneur begeben und unter Androhung, daß sie im Verweigerungsfalle die Stadt zerstören und Mache nehmen würden für den Tod ihrer Brüder, Geld verlangt. Der Gouverneur habe ihnen 2000 Dollar gegeben und sie hierdurch für einige Zeit beruhigt. Es bestehe aber die Gefahr, daß andere Stämme, wenn sie hiervon hören würden, in derselben Weise vorgehen würden. Bis gestern habe der Gouverneur den Flüchtlingen die Erlaubnis zur Einschiffung verweigert mit der Begründung, daß keine Gefahr vorhanden sei, und diese Erlaubnis erst gestern dank dem energischen Vorgehen des Kommandanten des französischen Kreuzes „Amirale Aube“ gegeben. Die Flüchtlinge seien in der Hauptflache Frauen und Kinder; die Männer seien, da sie mit Waffen und Munition wohl versehen wären und Angriffen der Kabhlyen eine Zeitlang Stand halten könnten, geblieben.

Eine andere Depesche sagt: Gibraltar, 13. August. 700 flüchtige Juden sind gestern aus Tanger und verschiedenen anderen marokkanischen Städten hier eingetroffen.

Je mehr Einzelheiten über die Vorgänge in Casablanca bekannt werden, umso schändlicher Greuel werden offenbar. In einem Privattelegramm der „Römischen Zeitung“ wird sogar behauptet, daß der erste Flintenschuß, der das Signal zum Bombardement Casablancas gab, „nach der Aussage aller Kraber, der Reisenden an Bord und der Europäer, die auf den Dächern zusehen“, von französischer Seite fiel, und daß die französischen Soldaten blindlings und sinnlos jeden Kraber, der ihnen begegnete, niederschossen. Das alles ist durchaus nicht unwahrscheinlich — Kolonialkriege, das lehrt die Geschichte, sind stets eine Häufung von Greueln aller Art. Wenn sich Gegner der Kolonialpolitik darüber enträsten, so sind sie in ihrem Recht, elende Geuhelei aber ist es, wenn ein kolonialwütiges Blatt, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das zudem im Auftrage der Großindustriellen sein möglichstes tat, um Deutschland um Marokko willen in einen Krieg mit Frankreich zu treiben, plötzlich den Parteilichkeiten spielt. In seiner Dienstags-Morgenausgabe tobt dieses Blatt also:

„Je mehr Nachrichten aus Casablanca kommen, desto deutlicher wird, daß französische Truppen Greuelthaten verübt haben, die in ihrer Schrecklichkeit und Brutalität ihresgleichen suchen. Für alle Zeit ist der französische Name mit Schimpf und Schande dadurch bedeckt worden.“

Die übereilte Landung und das Bombardement einer großen Stadt, die an 20 000 Einwohner zählt, betreffen auf das deutlichste, daß Frankreich nur nach einem Vorwand suchte, um der friedlichen Durchdringung die kriegerische, die es stets im Grunde gewollt hat, folgen zu lassen. Darmlöse Einwohner, Frauen und Kinder, sind von einer blutdürstigen Soldateska hingeradelt worden, und auch die Plünderung der Stadt fällt auf das Konto des französischen Konsularvertreters Reubille und des Kommandanten des Kreuzers „Galilee“. Ginge es nach den sonst so oft von den französischen Rednern betonten Grundsätzen der Zivilisation, so gehörte dieser Kommandant, der eine Stadt ohne Ausrüstung bombardiert, vor ein Kriegsgericht.“

Welch während zartes Gewissen doch deutsche Imperialisten haben können, wenn es sich um Greuel französischer Soldaten handelt!

Warum so zurückhaltend?

Die freisinnige Presse behandelt die Abfrage der Regierung an den Freisinn mit auffällender Zurückhaltung. Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte unumwunden erklärt, daß die von der Regierung einzubringende preußische Wahlreformvorlage

nicht das Reichstagswahlrecht, sondern ein Vierklassenwahlrecht darstellen würde. Sie hatte ferner den Freisinn nachdrücklich davor gewarnt, etwa gar durch eine Massenagitation die Wahlrechtsbewegung nachdrücklicher zu gestalten.

Man hätte also erwarten sollen, daß die freisinnige Presse diesen bedeutsamen Auslassungen gegenüber erneut und unzweideutig der Stellung des Freisinnigen Ausdruck gegeben hätte. Aber die freisinnige Presse schweigt sich aus! Die „Freisinnige Zeitung“ hat keinen größeren Schmerz, als sich in einem Leitartikel über die Ungleichheit der Wahlkreiseinteilung zu verbreiten. Als ob nicht die Ungleichheit der Stimmen unter dem Dreiklassenwahlrecht ein viel schreienderes Unrecht darstellte! Und wenn der Freisinn wirklich das Reichstagswahlrecht für Preußen durchzusetzen erhofft, darf er doch erst recht hoffen, auch die Ungleichheit der Wahlkreise zu beseitigen. Zum Schluß freilich bemerkt dann das führende Organ der freisinnigen Volkspartei, daß der Freisinn nicht aus falscher Bescheidenheit „den Mund halten“, sondern „mit Nachdruck das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für den größten deutschen Bundesstaat fordern“ werde. Diese polemische Abwehr richtet sich aber nicht gegen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, sondern gegen die „Deutsche Tageszeitung“.

Warum so zurückhaltend?

Die gleiche eigentümliche Zurückhaltung übt auch das „Berl. Tageblatt“. Nur die „Vossische Zeitung“ ist weniger zurückhaltend. Freilich aber richtet sich ihre entschiedenere Stellungnahme nicht gegen das offiziöse Organ, sondern gegen die entschiedenere Elemente des Freisinnigen selbst!

Die „Vossische Zeitung“ schreibt:

„Damit weiß man freilich noch nicht, welches neue Wahlsystem Fürst Bülow vorzuschlagen gedenkt. Nur eins wird man mit einiger Sicherheit voraussagen dürfen: das neue Wahlgeseh wird den Ansprüchen der freisinnigen Parteien nicht vollkommen genügen. Denn diese Parteien verlangen die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Landtagswahlen. Sie hatten dahingehende Anträge im Abgeordnetenhaus gestellt und werden daran festhalten. Doch aber die Regierung ohne Vorbehalt das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen durchzuführen gewillt sei, kann auch nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen als ausgeschlossen gelten.“

„Dagegen wird er, Bülow, auch allen Anlaß haben, sich vor einer Vorlage zu hüten, die so unzulänglich ist, daß sie der unterschiedenen Beurteilung durch die bürgerliche Linke begegnen muß. Die freisinnigen Gruppen sind weit entfernt, wie ihnen von der äußersten Rechten nachgesagt wird, Erpressungspolitik zu treiben.“

„Wie Fürst Bülow dieses Ziel zu erreichen gedenkt, kann man getrost seiner diplomatischen Kunst überlassen. Inzwischen ist es Sache der freisinnigen Gruppen, mit allem Nachdruck ihre Ansichten zu vertreten und ihren grundsätzlichen Standpunkt zu wahren. Sie wollen, wünschen und verlangen die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Nur sind sie nicht Illusionisten genug, um zu glauben, sie brauchen nur zu wünschen und zu fordern, um ihren Willen durchzusetzen. So liegen die Dinge im praktischen Leben nicht, daß man die Formel aufstellen könnte: Entweder gebt Ihr Preußen das Reichstagswahlrecht oder der Bloß geht in Brüche! Damit läte man allenfalls der Sozialdemokratie und dem Zentrum einen Gefallen und hätte die Gemütskur, die preussische Wahlreform völlig zu hintertreiben.“

„Wir hegen auch einige Zweifel, ob nationalsoziale Eiferer, die sich anscheinend für die Alternative begeistern: „alles oder nichts“, in der Praxis nach dieser Richtschnur handeln würden, wenn die Vorlage des Fürsten Bülow die Klasseneinteilung, die indirekte Wahl und die öffentliche Abstimmung beseitigt, gleichwohl aber in einzelnen Punkten hinter dem Reichstagswahlrecht zurückbliebe. Wir selbst sind nicht geneigt, uns im Voraus auf die Ablehnung jedes Entwurfs zu binden, der nicht vollkommen mit dem Reichstagswahlrecht übereinstimmt.“

„Die freisinnigen Parteien werden sich dabei von niemand ins Schlepptau nehmen, auch von Angriffen ihrer Gegner nicht beirren lassen.“

Die „Voss. Ztg.“ beteuert also der offiziellen Vermahnung gegenüber, daß der Freisinn in Sachen der Wahlreform einem ruhigen Handel in der Tat nicht abgeneigt sei. Gewähre man nur das direkte und geheime Wahlrecht und verzichte auf die heutige Dreiklassenwahl, so werde der Freisinn mit sich reden lassen. Das heißt also: Pluralwahlrecht und ständische Vertretung seien auch für den Freisinn unter Umständen akzeptabel!

Besonders scharf schüttelt die „Voss. Ztg.“ die „nationalsozialen Eiferer“, also Herrn Kaumann, von sich ab. Zum Schluß aber gelobt das freisinnige Blatt der Regierung, sich von „niemand ins Schlepptau nehmen“ lassen zu wollen! Was ja im Zusammenhang mit der offiziellen Warnung nichts anderes heißen kann, als daß die „Voss. Ztg.“ von einem „Blasen der Panfaren“, von einem Appell an die Massen nichts wissen will!

Wer vertritt nun eigentlich die Auffassung des Freisinnigen, die „Voss. Ztg.“ oder die freisinnigen Abgeordneten, die sich vor wenigen Tagen für die Entschaffung eines Volkssturmes zur Erlämpfung des Wahlrechts aussprechen? Herr Kaumann schrieb damals:

„Nachdem der Herr Reichskanzler der Öffentlichkeit hat mitteilen lassen, daß er an eine Aenderung des preussischen Wahlrechts denkt, ist es nötig, daß die Verdüsterung sich mehr als bisher mit preussischen Verfassungsfragen beschäftigt. Insbesondere dürfen wir Liberalen es nicht den Sozialdemokraten überlassen, sich als die eigentlichen Träger der Wahlrechtsbewegung hinzustellen.“

„Für uns Liberale ist das, was wir tun sollen, ganz klar. Wir haben in der Richtung vorzugehen, die in den oben wiedergegebenen Sätzen der „Freisinnigen Zeitung“ zum Ausdruck kommt. Dazu aber brauchen wir die Unterstützung der Presse, der Vereine, der Volksstimme. Jetzt im Hochsommer kann natürlich eine lebhaftere politische Bewegung nicht erwartet werden, aber wenn der Herbst kommt, dann muß Panfare geblasen werden für die Erlangung des Reichstagswahlrechts in Preußen.“

Und Herr Bayer schrieb:

„Der ausschlaggebende Faktor sind am Ende das politische Verständnis und die politische Energie des preussischen Volkes. Auf dieses mit aller Macht einzuwirken, scheint nach mir deshalb die nächste Aufgabe. Gelingt es, das Volk auf die Schanzen zu bringen, so erleichtert das auch dem Reichskanzler die Stellungnahme. Denn ohne eine starke und nachhaltige Unterstützung von unten den Kampf gegen die Konservativen allein aufzunehmen, kann ihm eigentlich niemand zumuten.“

„Technisch äußerten sich die Herren Kaumann, Hermann, Ruggan! Und Herr Müller-Reiningen schrieb dieser Tage noch den „Münch. Neueste Nachr.“:

„Es gibt keinen Freisinnigen, der nicht die Demokratisierung des preussischen Wahlrechts im Sinne des Reichstagswahlrechts für ein Gebot der Gerechtigkeit, der staatsrechtlichen Logik und schließlich auch — auf Seiten der Regierung — staatsmännischer Klugheit halten würde. Es muß also alles geschehen, um in einer allgemeinen Volksbewegung dieses große Ziel womöglich unter Berücksichtigung des allein gerechten „Proporz“ zu erreichen.“

Wir begnügen uns einstweilig mit der Feststellung dieser unbegreiflichen Widersprüche! Da die freisinnigen Führer sich offenbar nicht einig sind, wird ja nun wohl bald auch die freisinnige Wählerschaft selbst sich rühren! Namentlich der proletarische Teil dieser Wähler hätte alle Ursache, auch seinen Wünschen Geltung zu verschaffen!

Zentrumsdiplomatie.

Das Zentrum mittert die Morgenluft einer neuen liberal-konservativen Ära. Seine Verabschiedung als Regierungspartei hat nicht nur im hohen Alter, sondern auch bei seinen eigenen konservativen Elementen argen Verdruss erregt, und wenn die leitenden Größen des Zentrums die Abstimmung des 13. Dezember 1906 hätten rückgängig machen können, so hätten sie längst dieses Datum aus ihrem politischen Kalender ausgelöscht. Doch taktische Rücksichten hielten die Zentrumskapazitäten bisher, wenn sie auch hin und wieder deutlich durchblicken ließen, daß ihre Partei zur Rückkehr in das alte Kabinatsverhältnis bereit sei, davon zurück, allzu offen um die Gunst der sogenannten allerhöchsten Stelle zu werben. Vielleicht auch glaubte man, daß vorläufig, solange Bülow als Reichskanzler fungiere, die Aussichten für eine Wiedererneuerung des konservativ-liberalen Bloßes so gering seien, daß es sich noch nicht lohnte, die spröde, erkünstelte Jüchigkeit aufzugeben. Doch die Aufwertung der Wahlrechtsfrage durch den Freisinn hat die letzten Schranken, die bisher das Zentrum an der Heiligung seiner Reize hinderten, hinweggeräumt. Während es noch bei der Eröffnung der letzten Landtagsession den Freisinn in schlecht verhüllter Demagogie an Begeisterung für den Sturz des Dreiklassenwahlrechts zu übertrumpfen suchte und, nachdem am 8. Januar der Freisinn seinen Antrag Kronsohn eingebracht hatte, sofort am 9. Januar den Antrag Vorisch und Genossen folgen ließ, hielten sich, als in der letzten Woche der Freisinn Miene machte, ernstlich den Wahlrechtskampf aufzunehmen, die Zentrumsdiplomaten vorsichtig zurück. Von der im Januar betonten heißen Vorliebe für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht war in der Zentrumspresse nichts zu spüren. Sie hatte nur ein jesuitisches Schmuzzeln für die freisinnigen Wahlrechtsforderungen, in denen sie nichts anderes sah als ein Mittel, den liberal-konservativen Bloß zu sprengen, Bülow zu Fall zu bringen und in die Stelle einzurücken, die der Freisinn im Bloß einnimmt. Zugleich aber scheint es die Zentrumsdiplomatie nötig gehalten zu haben, an sogenannter maßgebender Stelle wissen zu lassen, daß das Zentrum, wenn es wieder zur Regierungsspitze zugelassen wird, seine Oppositionsgefühle gegen die Flotten-, Welt- und Kolonialpolitik aufzugeben geneigt ist und künftig selbst an die höchsten imperialistischen Forderungen keinen Anstoß mehr nehmen wird. So mußte denn Herr Spahn, der gewandteste der Oberregisseure, heran und in Rheinbach eine Rede halten, in der er die schönen Zugeständnisse ausstrahlte, die das Zentrum zu bieten bereit ist. Nach dem Bericht der „Köln. Volksztg.“ sagte er:

„In der Ausgestaltung unserer Verteidigungsmittel stille zu stehen, ist uns leider nicht ermöglicht. Was nun diese betrifft, so steht die Organisation unseres Heeres fest, es steht nur ihr Ausbau in Einzelheiten, die Bewaffnung der Truppen, die Uniformierung und die Verstärkung unserer Befestigung in Frage. Der Mehraufwand für das Heer wird für 1908 auf 25 Mill. Mark geschätzt.“

Der Mehraufwand für die Flotte wird höher einzuschätzen sein, wenn wir die Untwidelung der Auslandsstotten berücksichtigen und sie für unsere Flotte verwerten. Unser Flottenbauplan ist allerdings gesetzlich festgelegt. Das kann aber nicht verhindern, daß unter Weibehaltung der Zahl der Schiffe in der Art des Baues der einzelnen Schiffe und in der Berechnung ihrer Lebensdauer auf Grund der bei den anderen Staaten gemachten Erfahrungen Aenderungen vorgenommen werden. Wir dürfen die Augen nicht verschließen vor der Gefechtsstärke, die andere Staaten ihren Schiffen geben. Man konnte eine Zeitlang zweifelhaft sein, was für die Taktik in der Seeschlacht wichtiger sei, die größere Geschwindigkeit der Schiffe oder ihre größere Gefechtsstärke. Bei den heutigen Wirkungen der Artillerie hat das an Gefechtsstärke dem gegnerischen Schiff nachschickende Linienschiff für die Schlacht selbst dann verminderten Wert, wenn es ihm an Geschwindigkeit überlegen ist; denn es wird zusammengeköllert, bevor es an den Feind herantkommt. Die Gefechtsstärke der Schiffe erfordert ein großes Displacement, weil nur dadurch die Tragfähigkeit der schweren Geschütze und die Ruhe ihrer Bedienung gewährleistet wird. Nun hat Nordamerika Schiffe mit einem Tonnengehalt von 22000 bis 23000 Tonnen in Bau gegeben, die mit ihrer Ausrüstung mit Geschützen gegen 40 Millionen Mark kosten. Wir werden diesem Vorgange bei unseren Neubauten folgen müssen. Unser Flottenbauplan beruht zwar darauf, daß die zu einem Geschwader gehörenden Schiffe an Größe, Gefechtsstärke und Geschwindigkeit annähernd gleich seien, einem gleichen Typ angehören. Wir dürfen aber daran nicht festhalten. Für die neuen Schiffe muß ein Displacement von über 10000 Tonnen und eine Armierung mit den schwersten Schiffskanonen gewählt werden. Das vergrößerte Displacement erfordert dann eine Erhöhung der Zahl der Schiffsbesatzung, die allerdings nicht erheblich sein wird. Folgen wir den Vorgängen der anderen Staaten, so müssen wir auch die Lebensdauer der Linienschiffe von 25 auf 30 Jahre herabsetzen, was zu einer Verringerung der Ersatzbauten und dadurch zu einer weiteren Erhöhung der Kosten führt. Auch erhöhen sich die Kosten der Instandhaltung der Flotte in den nächsten Jahren dadurch, daß die Schulschiffe bald nur noch Dampfer und nicht mehr Segelschiffe sind.

Tritt unsere Flotte in Aktion, so ist das Aktionsgebiet nicht die Ostsee, sondern die Nordsee. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit zur Erweiterung unserer Seeanlagen in der Nordsee und in der Elbe. Alles in allem wird keine Ueberschätzung in der Annahme liegen, daß unsere Flotte eine jährliche Mehrausgabe von 40 Millionen Mark erfordert.

Herr Spahn will also nicht nur 25 Millionen Mark pro Jahr mehr für das Heer bewilligen, sondern auch noch eine jährliche Mehrausgabe von 40 Millionen Mark für die Flotte — wenn es verlangt wird, auf gütliches Zureden auch noch etwas mehr. Ebenso ist er nicht abgeneigt, eventuell auch die Kolonialpolitik mit anderen Augen anzusehen; meinte er doch im weiteren Verlauf seiner Rede in bezug auf Südwestafrika:

„Wenn jemals der einer Partei gemachte Vorwurf antinationalen Verhaltens von den Tatsachen widerlegt worden ist, so ist es durch die Ereignisse in Südwestafrika geschehen. Von dem am 1. April in Südwestafrika anwesend gelwesen 7100 Mann werden 5000 Mann zurückbeordert, so daß 2100 in der Kolonie bleiben; von diesen 2100 scheiden etwa 400 als Ansiedler aus. Da die Schutztruppe vom 1. Oktober d. J. ab 4000 Mann stark sein soll, so sind 2900 Mann in der Heimat anzuwerben

und in die Kolonie zu senden. Ein Kampf hat seit November 1906 überhaupt nicht mehr stattgefunden. Es lag deshalb nahe, die Truppenstärke von 4000 Mann als zu hoch abzulesen. Nachdem aber in der Budgetkommission von dem damaligen Gouverneur, jetzigen Unterstaatssekretär v. Lindequist, erklärt worden war, daß die Kosten der Polizeitruppen sich höher stellen, wie noch in den früheren Etats angenommen worden war; daß an den Uebergang zu einer Kolonialarmee nicht gedacht werde; daß entgegen der Auffassung des Oberkommandos der Schutztruppe die starke Truppenreduktion lediglich auf seine Verantwortung im Bundesrat Longebiert worden sei, wobei er darauf vertraue, daß der Reichstag seine Verantwortlichkeit mit ihm teile, und daß er auf eine weitere Truppenreduktion hoffe, erschien bei dieser Uebereinstimmung der v. Lindequistischen Auffassung mit der vom Zentrum in Dezember 1906 bekundeten die Erhebung des Widerspruchs als verfehlt. Wir würden mit ihr uns zwecklos der Berechtigung berauben haben, in dieser Frage weiter mitzureden.“

Underschwärmer hat sich kaum je eine Partei ausgedenkt, als in dieser Rede das Zentrum — selbst der Nationalliberalismus vermag diese Leistung kaum zu überbieten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. August 1907.

Etwas unbescheidener!

Die Zentrumsblätter befolgen immer noch eine Taktik, die jedem, der wirklich die Eroberung des gleichen und geheimen Wahlrechts in Preußen will, nichts weniger denn als „unge Taktik“ erscheinen kann. Die „Köln. Volksztg.“ druckt mit großem Behagen einen längeren Artikel der „Deutschen Tagesztg.“ ab, der mit allerhand Zahlen die Schwäche des Freisinnigen nachzuweisen sucht und in der Mahnung an den Freisinn gipfelt, „etwas bescheidener“ zu sein. Es ist aber sicher nicht die Aufgabe der Anhänger des gleichen Rechts, die „Schwäche“ des Freisinnigen fortwährend hervorzuheben, oder die höchsten Betrachtungen der konservativen Blätter, die sich nicht so energisch wehren möchten, falls sie sich sicherer fühlten, kritisch zu übernehmen. Solche Redereien über die „Schwäche“ sind bloße Abwehrmanöver gegen den Freisinn, um ihn in Angst zu versetzen. Denn die Sache des gleichen Rechts ist gar keine Sache des Freisinnigen allein, sondern eine Sache des arbeitenden Volkes, eine „Sache“ der Entrechteten. Sie ist aber auch eine „Sache“, für die das Zentrum einzutreten verpflichtet ist. Hat ja doch das Zentrum selbst einen Antrag auf Einführung des gleichen Rechts gestellt und dadurch diese Verpflichtung anerkannt! Hinter dem gleichen Recht steht die überwiegende Masse des Volkes in Preußen, steht, wenn das Zentrum ehrlich ist, die Majorität des deutschen Reichstages! Das sind Wahrheiten, die selbstverständlich sind. Warum sagt sie aber die „Köln. Volkszeitung“ nicht? Warum beschränkt sie sich darauf, schadenfreudig den Zwiespalt im Bloß zu konstatieren? Ein wirklich billiges Vergnügen!

Wozu sucht sie die Konservativen, die doch wahrlich auch ohne das Zureden dritter jede Wahlrechtsreform zu verhindern suchen werden, gegen den Freisinn aufzubeten? Nicht den Freisinn zu Bescheidenheit zu ermahnen, ist Aufgabe der Wahlrechtskämpfer, sondern dem preussischen Volke seine Bescheidenheit auszutreiben.

Das Zentrum ist verpflichtet, und es hat die Macht dazu, durch energisches Eingreifen in den Wahlrechtskampf jede reaktionäre Bloßpolitik unmöglich zu machen und an Stelle der Bloßpolitik die Wahlrechtspolitik zu stellen. Oder spekuliert das Zentrum nur darauf, den Bloß zu sprengen, um selbst den Konservativen jene Dienste zu leisten, die dem Freisinn nach den Erklärungen seiner Führer zu schmutzig, zu reaktionär, zu volksfeindlich sind? Wir möchten nicht ohne weiteres annehmen, daß die Partei, die sich eine Volkspartei nennt, deren Anhängererschaft zu einem großen Teil aus Entrechteten besteht, daß diese Partei wirklich das Volkrecht verraten will, um das Gnadenbrot der Regierung sich zu erschleichen. Aber wir wollen endlich Antwort! Die Führer des Zentrums dürfen nicht vergessen, daß es sich nicht um ihre Sache allein handelt, sondern um eine Frage der politischen Entwicklung des ganzen Volkes. Das ist keine Frage der künstlichen Schachzüge einer klügelnden Taktik! Jeder Entrechtete kann die Antwort heißen auf die Frage, ob das Unrecht, das ihm geschieht, aufrechtbleiben soll, und jeder, der verantwortlich ist für dieses Unrecht, hat zu antworten. Das Zentrum aber ist in allererster Linie verantwortlich und es darf sich nicht mehr verstecken hinter den Ausflüchten, die ihm die Konservativen bereitwillig liefern. Wenn es den Freisinn nicht ernst nimmt, so muß es der Arbeiterklasse endlich sagen, was es selbst tun wird, um das Unrecht in Preußen zu Fall zu bringen.

Die Bescheidenheit der „Germania“ ist vollends nicht mehr zu überbieten, wenn sie meint, der „Vorwärts“ überschätze die Wirkung einer Aktion der aus Sozialdemokratie, Freisinn und Zentrum bestehenden Mehrheit im Reichstage, ebenso wie die Wirkung einer Volksbewegung dieser Parteien. Die „Germania“ weiß offenbar nicht, daß die drei genannten Parteien inkl. Deutscher Volkspartei und der Polen bei der letzten Wahl von 11 303 483 überhaupt abgegebenen Stimmen nicht weniger als 7 126 554 Stimmen auf sich vereinigen, also mehr als zwei Drittel der Stimmen! Und einem Volkssturm einer so isolierten Mehrheit des Volkes sollte die Reaktion Stand zu halten vermögen?!

Die „Germania“ bezweifelt also wohl im Ernste nicht sowohl das Gelingen einer solchen Volksbewegung, als vielmehr den dazu erforderlichen guten Willen der bürgerlichen Parteien! Und da mag die „Germania“ für ihre Partei auch nicht unrecht haben! Ob die Massen ihrer Anhänger freilich die Ansichten der Führer teilen, wird sich ja noch zeigen! —

Parteistimmen über den Wahlrechtskampf.

In der Breslauer „Volkswacht“ behandelt Genosse Eduard Bernstein eingehend die Frage: „Was kann die Sozialdemokratie in der Frage der Landtagswahlrechtsreform tun?“ Bernstein läßt sich zunächst über die Aktionen aus, von denen er sich besondere Erfolge nicht verspricht. So hält er eine frühere Einberufung der preussischen Landeskonferenz nicht für erforderlich. Das lassen prinzipieller Beschlüsse auf der Konferenz, das Abhalten von Massenversammlungen würden doch Regierung und Landtag nicht nötigen, schneller vorzugehen. Gegenwärtig aber über derartige Demonstrationen hinauszugehen, hieße das Pulver vor der Schloß beschießen. Wir können darin Bernstein unter einigen Vorbehalten zustimmen. Es wäre in der Tat eine schlechte Strategie, die stärksten Trümpe zuerst anzuspüren. Die Taktik des sozialdemokratischen Wahlrechtskampfes hat sich vielmehr den Umständen anzupassen. Wir halten es deshalb auch für überflüssig, schon jetzt, gleich der „Sächsl. Arbeiterzeitung“, die Frage aufzuwerfen, ob das preussische Proletariat

zum politischen Massenstreik schreiten wird. Die Sozialdemokratie wird es sicher nicht daran fehlen lassen, den Wahlrechtskampf mit größter Energie und steigendem Nachdruck zu führen. — Wenn Genosse Bernstein schließlich meint: „Gewehr bei Fuß ist im Moment die Parole“, so möchten wir diese Lösung denn doch nicht wörtlich genommen wissen. Schon im Augenblick hat die Presse den Kampf zu führen, haben die Organisationen alle Vorbereitungen zu treffen, um für jeden Augenblick gerüstet zu sein. Keine „Ueberfälligkeit“, aber auch kein lässiges Abwarten!

Nicht zu teilen vermögen wir Bernsteins Auffassung, daß die Sozialdemokratie kein Interesse daran habe, daß die Frage der Wahlreform schon im gegenwärtigen Landtag entschieden werde. Eine so wichtige Angelegenheit, meint Bernstein, gehöre zuerst vor die Wähler. Schlechter wie der gegenwärtige Landtag könne der neue Landtag unmöglich werden, er biete also höchstens bessere Chancen für eine wirkliche Wahlreform. — Wir sind der Auffassung, daß der Landtag aus sich heraus in keinem Falle eine brauchbare Wahlreform schaffen wird. Wir halten es deshalb für richtig, den Freisinn schon im alten Landtage vor die Alternative zu stellen: entweder die Regierung zum Eintreten für das Reichstagswahlrecht zu zwingen, was dann zur Auflösung des Landtages und zum Kampfe im Zeichen des Reichstagswahlrechts führen würde, oder aber gleich der Sozialdemokratie den Kampf gegen Reaktion und Regierung aufzunehmen.

Nur in diesem Zusammenhange scheint uns auch die Frage eines Wahlbündnisses mit dem Freisinn diskutabel! Begnügt sich der Freisinn mit dem Versprechen einer Wahlreform à la Sachsen, so beweist er damit, daß er die Forderung des Reichstagswahlrechts nur des Stimmenfanges wegen erhebt, um dann doch die Volksrechte schände zu verraten! Den Freisinn aber in einer so verräterischen Taktik zu unterstützen, hieße dem Volke, hieße dem sozialistischen Proletariat selbst eine Taktik des politischen Selbstmordes empfehlen! Entweder geht also der Freisinn mit den Massen gegen die Reaktion, oder er geht mit ihr gegen die entrechteten Massen!

Die nächste Aufgabe der Sozialdemokratie ist und bleibt es, Freisinn und Zentrum zu veranlassen, Farbe zu bekennen, damit sie durch die Tat zur Wahlrechtsfrage entschiedene Stellung nehmen müssen! Welchen Erfolg auch die sozialdemokratische Agitation haben mag: sie wird für unsere weitere Aktion ihre Früchte tragen! —

Zentrumslob aus Scharfmachermunde.

Zu den letzten Ausführungen der „Germania“ bemerkt die „Deutsche Tages-Ztg.“:

„An diesen Ausführungen ist dreierlei besonders beachtenswert: einmal das scharfe und besonnene Urteil über das Reichstagswahlrecht, dann die unzweideutige und scharfe Abfage an die Sozialdemokratie und ihre Wahlrechtsaktion und schließlich die Einsicht, daß die Widerstände gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nicht von heute auf morgen gebrochen werden können. Sollte sich also der Freisinn wirklich mit der Sozialdemokratie zu einer großen Massenaktion in der Wahlrechtsbewegung verbünden, so würde er nicht auf die Unterstützung, sondern auf den starken Widerstand des Zentrums rechnen können. Das ist auch ein nicht wertloser Beitrag zur Klärung der Frage.“

Offentlich sorgt die Zentrumspresse für die weiteste Verbreitung dieser Anerkennung aus dem Munde der enträgierten Gegner einer Wahlreform!

Das Bildungsniveau der Unteroffiziere.

Bei der Unterbringung der aus dem Heere ausscheidenden Unteroffiziere im Zivildienst hat die Regierung recht trübe Erfahrungen gemacht. Obgleich die Leiter der Verwaltungen, in welche die mit einem Zivildienstbescheinigungsausweis versehenen Unteroffiziere hineingestopft wurden, meist gerne ein Auge zudrückten, stellte sich ein derartiger Bildungsmangel der Stellvertreter Gottes a. D. heraus, daß mit ihnen nichts anzufangen war. Um diesem von den Zivilbehörden vielbesagten Uebelstand abzuhelfen, soll das Bildungsniveau der Unteroffiziere und Feldwebel gehoben werden. Das Kriegsministerium hat die Generalkommandos zur Verichterstattung darüber aufgefordert, wie weit unter Berücksichtigung der dienstlichen Verhältnisse, wenn möglich, ohne Mehrbelastung der Truppe, sich am zweckmäßigsten der bisherige Kapitulantenunterricht verbessern läßt. Nach Mitteilungen der „Kat.-Ztg.“ hat das Kriegsministerium sich dabei von folgenden weisen Erwägungen leiten lassen:

„Wenn auch der Unteroffizier in erster Linie für die Zwecke des praktischen Truppendienstes verfügbar sein muß, so bleibt doch die zwingende Notwendigkeit bestehen, seine Elementarkenntnisse zum Nutzen der Truppe und für seine spätere Verwendung im Zivildienst zu heben. Hierzu wird es erforderlich sein, den bisherigen Kapitulantenunterricht durch geeignete Lehrkräfte erteilen zu lassen, ihn soweit als möglich zu erweitern und zu vertiefen und endlich den Unteroffizieren vor ihrem Ausscheiden den Unterricht zu erteilen, dessen sie bedürfen, um eine angemessene Verfertigung im Zivildienst zu erlangen.“

Der alte Feig hatte es bekanntlich leichter, seine abgedienten Unteroffiziere unterzubringen; er schickte sie einfach in die Schulämter. —

Militärjustiz!

Wegen Ungehorsams, Beharrens im Ungehorsam, Achtungsbeleidigung und falscher Anschuldigung ist am 20. Juni der Arbeitssoldat Bruno Moritz Schmidt II von der Militärarbeiterabteilung in Dresden vom Kriegsgericht zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er soll einmal nicht schnell genug Beicht gemacht, einem Unteroffizier keine Antwort gegeben und während der Freistündepause gesprochen haben. Die dem Angeklagten zur Last gelegte falsche Anschuldigung besteht darin, daß er einmal zu einem Kameraden in Gegenwart eines Unteroffiziers die Ausrufung getan hat: „Wenn sie im Festungsgefängnis einen Schutzmacher brauchen (der Angeklagte ist ein solcher), dann brauchen sie sich nur an die Arbeiterabteilung zu wenden, es wird dann schon dafür gesorgt, daß man sich vergeht und wieder ins Festungsgefängnis kommt!“ Für diese Ausrufung hat der Angeklagte in der ersten Verhandlung einen Wahrheitsbeweis angetreten. Er bezichtigte verschiedene Unteroffiziere der mannigfaltigen Uebertreibungen. Als sich der Angeklagte einmal bei einem Unteroffizier über die Behandlung beschwerte, sagte dieser: „Was wollen Sie denn; an die Öffentlichkeit kommen Sie nicht, in die Briefe schreiben dürfen Sie nichts; ich mache mit Ihnen doch was ich will!“

Die Angaben des Angeklagten wurden von einigen Arbeitssoldaten bestätigt. Einige traten selbst mit Beschwerden vor, und einer der Unteroffiziere machte sogar von dem Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch, um sich nicht einer strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen. Trotz all dieser beachtenswerten Momente hielt das Kriegsgericht den Wahrheitsbeweis als nicht erbracht und warf obige Strafe aus.

Gegen das Urteil legte der Angeklagte Berufung ein. Dem Gerichtsherrn war dagegen die Strafe mit Rücksicht auf die Anschuldigungen zu niedrig! Auch er legte Berufung ein.

Das Oberkriegsgericht in Dresden verhandelte deshalb nochmals in dieser Angelegenheit. Auch hier erklärte Schmidt wieder, daß er und auch andere Arbeitssoldaten schikaniert und gereizt worden seien. Es wurde in der Berufungsverhandlung

festgestellt, daß auf Grund der Anschuldigungen des Angeklagten ein Unteroffizier wegen mehrerer Uebertreibungen zu 8 Tagen Arrest verurteilt worden ist und gegen einen anderen Unteroffizier wegen vorschriftswidriger Behandlung eine Untersuchung im Gange ist. Vor dem Oberkriegsgericht kam es zu einem Zwischenfall. Der Oberleutnant Giese von der Arbeiterabteilung hatte im Hörsaalraum Platz genommen und machte sich bei den Aufträgen der Arbeitssoldaten Notizen. Als schließlich ein Arbeitssoldat dieshalb nicht mit der Sprache heraus wollte, mußte der Oberleutnant den Saal verlassen und der Zeuge machte seine Aussage.

Nach mehrstündiger Beweisaufnahme und langer Beratung wurde das Urteil des Oberkriegsgerichts verkündet, es lautete ebenfalls auf 8 Monate Gefängnis! Die Berufung des Gerichtsherrn wurde verworfen. —

England.

Blutvergießen in Belfast.

Kum ist es auch im freien England zu einer Meute der Soldateska im Dienste der Kapitalisten gegen das Proletariat gekommen. Die Erbitterung, die die Parteinahme der Behörden gegen die streikenden Dordarbeiter und für die Streikbrecher sowie das Militäraufgebot hervorrief, hat zu heftigen Zusammenstößen der Massen mit den Truppen geführt. Fünf Tote und an 200 Verwundete sind das Ergebnis des ersten Tages der Straßenkämpfe — am Montag ist diese Zahl der Opfer noch weit größer gewesen. Vergeblich hatten am Sonnabend noch die Genossen Grayson und Pete Curran im Unterhause von der Regierung die Entsendung des Militärs gefordert! Jetzt werden die Truppen noch um eine Kompanie der Royal Engineers von Aldershot verstärkt.

Die Telegramme (die natürlich alle die Schuld den Volksmassen zuschreiben) lauten:

London, 13. August. Nach den bisherigen Meldungen aus Belfast sind bei den gestrigen Unruhen fünf Personen — darunter ein Kind — getötet und zahlreiche Personen verwundet worden. In der Stadt herrscht große Aufregung. Die Zahl der Opfer des gestrigen Tages ist noch größer, als die der Unruhen am Sonntag, wo 200 Personen verletzt worden sind. Ueber die Unruhen selbst ist noch zu berichten, daß junge Mädchen und Frauen die Kundgeber begleiteten und in ihren Schürzen Steine, Glascherben und andere Geschosse mit sich führten, welche gegen die Truppen und Polizeigenossen geschleudert wurden. Kavallerie und Infanterie machten erst von den Waffen Gebrauch, nachdem sie die Menge aufgefordert hatten, auseinanderzugehen. Bei Absendung des Telegramms dauerten die Unruhen noch fort.

Belfast, 13. August. Die gestrigen Aufrührungen waren sorgfältig vorbereitet. Ketten waren quer über die Straßen gespannt, um die Kavallerie zu behindern. Es war beabsichtigt, die Straßen- und Geschäftsbeleuchtung auszuschalten, um dadurch den Anruhestiftern Vorteile den Soldaten gegenüber zu bieten. Bis spät nach Mitternacht wurden die Soldaten und die Polizei mit Pfistersteinen beworfen, wobei Frauen und halbwüchsige Jungen einen großen Eifer an den Tag legten. Wiederholte Angriffe mit Bajonett und Polizeimitteln hatten nicht den Erfolg, die Menge in Furcht zu setzen, vielmehr wurden die Truppen zurückgedrängt und die Aufrührer schienen zeitweise die Oberhand behalten zu sollen. 30 Zivilpersonen sind ins Hospital gebracht, von denen sechs Gewehr- und Schußwunden hatten, ebenso auch einige Soldaten. Die Polizei nahm 50 Verhaftungen vor. Der Polizeigerichtshof ist Tag und Nacht mit der Aburteilung der Verhafteten beschäftigt. Die bisher verhängten Strafen gehen nicht über sechs Monate hinaus.

Belfast, 13. August. Die Unruhen haben gegen Mitternacht aufgehört. Die Krankenhäuser sind voll; mehrere hundert Personen sollen verwundet sein. Viele Soldaten und Polizeibeamte sind durch Steinwürfe schwer verletzt.

Ein Fortschritt des Frauenwahlrechts.

London, 12. August. Die bereits vom Oberhause angenommene Bill, nach der Frauen Mitglieder der Räte werden können, ist heute vom Unterhause in zweiter Lesung mit 132 gegen 18 Stimmen angenommen worden.

Holland.

Dem allgemeinen Wahlrecht entgegen.

Amsterdam, 9. August. Bei ihrem Amtsantritt im Jahre 1905 sagte die Regierung für das dritte Jahr ihrer Tätigkeit eine Wahlrechtsreform vor, die die das allgemeine Wahlrecht bringen solle. Nachdem die ernannte Staatskommission zur Untersuchung der Verfassung bereits vor einiger Zeit ihren Bericht der Regierung eingereicht hat, „hofft“ die letztere nunmehr, wie von gut unterrichteter Seite gemeldet wird, der Kammer während der nächsten Sitzungsperiode einige die Verfassungsänderung betreffende Gesetzentwürfe einzubringen, die eine Wahlrechtsreform in sich schließen.

Zwischenzeitlich rüft sich das holländische Proletariat zu seinen jährlichen, teils an Größe und Bedeutung zunehmenden Wahlrechtsdemonstrationen. Ein vorbereitendes provinzielles Meeting fand bereits am Sonntag statt, 9 weitere werden am Sonntag den 25. August zu Groningen, Leeuwarden, Reggel, Emschede, Amsterdam, Middelburg, Gindhoven, Maastricht, Arnhem und Utrecht stattfinden, während die Landesdemonstration am Siege der Regierung und der beiden Kammern, zu dem Haag, am 11. September abgehalten wird. Die Kundgebung verspricht alle bisherigen zu übertreffen; sie wird mit der gewohnten sozialdemokratischen Stimmenzahl bei den Wahlen vom Juni und Juli zu den Provinzialstaaten und den Gemeinderäten der Regierung und den herrschenden Parteien einen neuen, kräftigen Stoß nach vorwärts geben. Denn ohne das uneingeschränkte allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht wird sich das holländische Proletariat nicht mehr zufrieden geben. —

Defection aus Heer und Marine.

Amsterdam, 7. August. Vor einigen Wochen verließ beinahe eine ganze Eskadron der zu Rütphen stationierten Duzaren, 51 Mann mit ihren Unteroffizieren den Garnisonplatz und machte sich auf den Weg nach Brasilien, um ihrem früheren, dahin vertriehen und wie man sagt humanen Mittelmehr persönlich ihre Klagen über die Qualereien und über die für Nichtstun über sie verhängten zahlreichen Strafen ihres jetzigen Mittelmeeres, Baron Von Hennstra, vorzutragen. Zu Arnhem von Vorgesetzten wieder abgeholt, kehrten sie auf deren Zureden zurück, am Vahnhof vom Publikum, das die Gelegenheit von der ironischen Seite ausnahm, fröhlich begrüßt. Den Militärischen ist nicht wohl ob der wankenden Macht der Kasernendisziplin. Ratlos aber stehen sie nun vor einem neuen Fall, bei der Marine, der schon lange in militärischen Kreisen misstraut wird. Ein bereits Ende Juli dem Matrosenblatt „Het Anker“ zugegangenes Gerücht wird nämlich dahin bestätigt, daß von dem vor New York liegenden Kriegsschiff „Gelderland“ 35 Mann, wovon 5 Verbeiratete und unter diesen 3 Unteroffiziere, desertierten, um für sich und Frau und Kinder ein besseres Leben in Amerika zu suchen, als die holländische Kriegsmarine bietet.

Auch vom Kriegsschiff „Tromp“ in Ost-Indien desertierten fünf noch im jugendlichen Alter von höchstens 18 Jahren stehende Jungen.

Wohlt es so weiter, dann hat die holländische Marine bald keinen Mann mehr, um das „Vaterland“ und seine Kapitalisten gegen den „inneren“ und äußeren Feind zu verteidigen. Denn diesem Massenabzug gegenüber, wozu noch die wegen „antimilitaristischer Meinungen“ Entlassenen und aus Abneigung gegen den Dienst um Entlassung Nachsuchende kommen, fehlt kein genügender Ersatz gegenüber. Die Agitation gegen den Eintritt jugendlicher beim Militär hat ihren Erfolg gezeitigt. Unser neuer, vor kurzem als Stärkung der „rechten“ Richtung im liberalen Ministerium ernannter Marineminister Bentholt aber hat in seiner früheren Stellung als Kommandant zu den Felder genügend Zeugnis abgelegt von seinen

Fähigkeiten, die anti-militaristische Gesinnung im Marinepersonal durch anti-matrosenfreundliche Maßnahmen, durch Maßregelungen und durch Schikanierungen der Organisation der Marinematrosen, ja selbst derjenigen der Korporale und Subalternoffiziere, zu vertiefen. — Besorgt fragen sich die Militärischen: Wohin soll das führen? Und die Sozialdemokratie antwortet: Zur Abschaffung des militaristischen Systems und des stehenden Heeres! —

Norwegen.

Aufhebung der Beschlagnahme russischer Schriften.

Im September vorigen Jahres, bald nach der Auflösung der ersten russischen Reichsduma, konfiszierten bekanntlich die norwegischen Behörden einige russische Schriften, die in der Druckerei des sozialdemokratischen Organs „Finmarken“ in Bardø gedruckt worden waren. Das erste Verbot, das sich mit der Sache zu befassen hatte, das „Radomskrat“, hieß diesen der russischen Despotie erwiesenen Lokaldienst gut und beurteilte die angeklagten Russen Gratschoff und Gudloff, die Einziehung der Schriften zu dulden. Die eine der Schriften, das Manifest, das die aufgelöste Reichsduma in Wiborg beschloffen hatte, war übrigens von den norwegischen Behörden wieder freigegeben worden, obwohl es in Rußland verboten ist, während die übrigen konfiszierten Schriften in Rußland öffentlich verkauft werden können, wenngleich bei der Willkür der russischen Behörden wohl in dieser Hinsicht in den verschiedenen Landesteilen eine gewisse Unsicherheit herrscht. Die in Norwegen beschlagnahmten Schriften werden in anderen Ländern, in der Schweiz, in Frankreich, England und teilweise auch in Deutschland, ungehindert zwecks Einführung nach Rußland gedruckt. Diese Schriften sollten nun gegen den § 95 des norwegischen Strafgesetzbuches verstoßen, nämlich Aufreizung zu Haß gegen eine fremde Staatsmacht, sowie Verhöhnung dieser Staatsmacht enthalten und dadurch das „friedliche Verhältnis“ Norwegens zu jenem Staat in Gefahr gebracht haben.

In der vorigen Woche hatte die höhere Instanz, das „Lagmanns-rat“, über die Sache zu entscheiden. Die Verhandlungen dauerten den Donnerstag bis Sonnabend mittag. Der Verteidiger Obergerichtsanwalt Punterbold hatte auch diesmal vor dem „Radomskrat“, den Minister des Aeußern Lovland als Zeugen laden lassen, ferner mehrere Russen und Norweger. Bei der Vernehmung des Ministers wurde auf Gerichtsbeschluss die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nach dem, was später bekannt wurde, hat er ausgesagt, daß er besüßelt habe, das friedliche Verhältnis Norwegens zu Rußland könne durch die Herausgabe jener Schriften gefährdet werden. — Als die Angelegenheit seinerzeit im Störching zur Sprache kam, hatte Lovland mitgeteilt, daß der russische Gesandte in Kristiania nicht um Beschlagnahme der Schriften ersucht, aber angefragt habe, ob die betreffenden Russen nicht ausgewiesen werden könnten. Dazu lag aber ganz und gar kein gesetzlicher Grund vor, und darum wählte man die Beschlagnahme.

Der Gerichtsvorsitzende Lagmann Bogt zeigte sich in seiner Rechtsbelehrung der Laienrichter reichlich parteiisch, indem er ihnen unter anderem die Auffassung des öffentlichen Anklägers Staatsadvokat Siltje beizubringen suchte, daß die Worte „das friedliche Verhältnis in Gefahr bringen“ sich nicht nur auf Kriegsgefahr bezögen, sondern auch auf die Gefährdung des freundschaftlichen Verhältnisses zu einer anderen Staatsmacht. Aber das Verbot kam gleichwohl, im Gegensatz zu der unteren Instanz, zu einem freisprechenden Urteil und hob die Beschlagnahme der Schriften auf.

Der Lokaldienst, den die norwegische Regierung der russischen Despotie mit der Beschlagnahme erwiesenen wollte, hat also seinen Zweck gänzlich verfehlt. Statt Behinderung der sozialdemokratischen und freibeitlichen Agitation in Rußland ist durch den Prozeß in Norwegen viel zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die russischen Verhältnisse bewirkt worden, namentlich durch das reichhaltige Material, das die Verteidigung beibrachte, wie durch die Aussagen der russischen Zeugen. —

Montenegro.

Belgrad, 13. August. Das radikale Blatt „Dnemil List“ behauptet, Brest Nikolov von Montenegro bereite sich vor, die Opposition in seinem Lande unmöglich zu machen. Nach einem fingierten Attentat sollen die Oppositionsführer verhaftet und unschädlich gemacht werden. —

Gewerkschaftliches.

Deutsche Arbeiter als Streikbrecher im Auslande?

Wir verwiesen schon neulich darauf, daß in Antwerpen, wo bekanntlich die Hasenarbeiter sich in der Bewegung befinden, außer englischen Streikbrechern auch deutsche erwartet werden. Wir sind jetzt in der Lage, darüber Mitteilung zu machen, auf welchem Wege man den Antwerpener Hasenproben deutsche Streikbrecher zuführen versucht hat. Die Hamburger Needer sind es, die den Antwerpener Unternehmern mit einigen Hundert ihrer Kontraktarbeiter zu Hilfe zu kommen suchten, die nun auf Grund ihres Kontrakts und der famosen Sparkasse in Antwerpen Streikbrecherarbeit verrichten müssen. Die Hamburger Schauerleute haben die Leute durch ein Flugblatt davor gewarnt.

Um nun in Hamburg die Lücke wieder auszufüllen, beabsichtigen die dortigen Unternehmer, durch die bürgerliche Presse, wie die „Morgenpost“ usw., Leute als Kontraktarbeiter nach Hamburg zu locken. Es wird ein Wochenlohn von 30 M. geboten, ebenso 1 M. für die Stunde Nacht- oder Sonntagarbeit; die Sparkasse wird allerdings nicht erwähnt.

Genossen! Haltet den Zuzug von Kontraktarbeitern aus dem Hamburger Hafen fern! Der Schaub Kontraktarbeiter nach Antwerpen beweist deutlich, wozu die Leute gebraucht werden sollen, sobald sie das Kontraktverhältnis eingegangen sind.

Bei Beendigung der Aussperrung im April haben die Unternehmer Verhandlungen zum 1. Oktober zugesagt. Dann soll entweder der Sachtwechsel eingeführt oder der Lohnstarif der Schauerleute entsprechend verbessert werden. Wenn es ihnen jetzt gelingt, genügend Kontraktarbeiter zu finden, werden sie für Zugeständnisse nicht zu haben sein.

Dazu kommt, daß jeder Arbeiter, der als Kontraktarbeiter nach Hamburg geht, sich dem Unternehmertum gewissermaßen als internationaler Streikbrecher verschrieben hat. Sein Kontrakt zwingt ihn nicht nur, unter Umständen wider Willen seinen Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen, sondern er kann, wie Figura zeigt, in eine Rolle gedrängt werden, durch die er der deutschen Arbeiterchaft den Ruf der Solidarität raubt und ihre Ehre für alle Zeit schändet!

Soll die Arbeiterchaft des Auslandes mit Fingern auf das deutsche Proletariat zeigen? Soll der Ruf der deutschen Gewerkschaftsbewegung unter dem Unterstand einzelner Schanden leiden?

Wenn nicht, dann halte jeder organisierte Arbeiter den Zuzug von Antwerpen fern! Dann meide man aber auch den Hamburger Hasen, wo ehrlische Arbeiter durch einen von ihnen nicht verstandenen Kontrakt gezwungen werden, die deutsche Arbeiterchre im Auslande zu schänden!

Berlin und Umgegend.

Der Kampf im Baugewerbe.

An sämtlichen Anschlagtaulen Groß-Berlins veröffentlicht der Verband der Baugewerkschaften von Berlin und den Vororten heute folgende Bekanntmachung:

Nachdem der Streik im Baugewerbe durch die Organisationen der Arbeitnehmer aufgehoben worden ist, fordern wir alle Arbeitnehmer, die zu den Bedingungen des Verbandes der Baugeschäfte arbeiten wollen, sich zunächst bei ihren früheren Arbeitgebern zur ArbeitsEinstellung zu melden und, falls sie dort nicht eingestellt werden, sich bis spätestens Sonnabend, den 24. August, im Arbeitsnachweis des Verbandes, Beuflustraße 1, einschreiben zu lassen. Nach dem 24. August finden im Arbeitsnachweis Einschreibungen bis zum Schluß des Jahres nicht mehr statt.

Die Arbeiterorganisationen haben naturgemäß zu dieser Veröffentlichung bisher noch keine Stellung nehmen können. Für die Arbeiter aber ist diese Stellungnahme und nicht der Unternehmensnachweis maßgebend. Für die Zimmerer besteht überdies der Beschluß, nur gegen Bewilligung der Arbeitgeberforderungen die Arbeit aufzunehmen. Es scheint aber, daß auch in den übrigen Bauzweigen den Arbeitnehmern die Leute nicht in dem gewünschten Maße zustimmen. Wenn ja: warum die Furcht in die Öffentlichkeit?

Die Kosten der Holzarbeiter-Aussperrung.

Ueber zwei Millionen hat die Aussperrung in der Berliner Holzindustrie der Zahlstelle Berlin des Holzarbeiter-Verbandes gekostet. Wie der Kassierer Mielke in der Generalversammlung der Zahlstelle, über die wir an anderer Stelle berichten, mitteilte, wurden bis zum 1. Juli an Aussperrten 1 617 265 M. und an Arbeitslose 524 169 M., zusammen 2 141 435 M. ausgegeben. Das beste ist, daß die Berliner Holzarbeiter dank der eigenen Opferwilligkeit jederzeit in der Lage sind, einen gleichen Angriff des Unternehmens abzuschlagen.

Feinde der Arbeiterorganisation. Die Firma Werdmeister u. Regdorf, Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik, Berlin O., suchte kürzlich einen Meister für ihre Marzipanabteilung. Jemand, der sich um diese Stellung bewarb, erhielt von der genannten Firma ein Antwortschreiben, welches folgenden Schlupfwort enthält:

„Herrn, die Mitglieder des Zentralverbandes der Konditoren usw., City Hamburg, sind, finden in unserem Betriebe keine Aufnahme.“

Solche rücksichtslose Bekämpfung der Arbeiterorganisation erlaubt sich eine Firma, deren Fabrikate durch Zwischenhändler und Warenhäuser auch in Arbeiterkreisen Absatz finden. Die Firma wird diesen reaktionären Standpunkt aufgeben müssen, wenn die Mehrheit der Konditoren, was leider nicht der Fall ist, zum Klassenbewußtsein erwacht und sich dem von den Unternehmern bekämpften Verbände anschließt.

Des Obermeisters Feindschaft und Freundschaft. Als in den ersten Tagen des Väterfests eine große Zahl einschlichtiger Vätermeister die Forderungen der Gesellen bewilligt hatten, wurden sie in den Versammlungen und der Presse der Innungen von den ärgsten Schmähungen überhäuft. Besonders war es der „Konordia“-Obermeister Fritz Schmidt, welcher in der von ihm redigierten „Konordia-Fachzeitung“ die Vätermeister, welche bewilligt hatten, derart schmähete und verächtlich machte, daß verschiedene der Gesellen den Staatsanwalt gegen Herrn Schmidt anriefen, so daß ein gerichtliches Verfahren aus diesem Anlaß in Aussicht steht. Doch kürzlich verwandelte sich der wutentbrannte Herr Schmidt für einen Augenblick in einen äußerst freundlichen Mann. In dieselben Vätermeister, die Herr Schmidt vor wenigen Wochen in seiner Zeitung sowie in Flugblättern beleidigt und als Leute bezeichnet hatte, die nicht wert seien, als Kollegen betrachtet zu werden, sandte er folgende Postkarte:

Sehr geehrter Kollege!

Wenn Sie auch, durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, Bewilligungen mußten, so wollen wir dennoch nicht zwei Gruppen der Meisterschaft bilden. Der unterzeichnete Vorstand ladet Sie daher in eigenem Interesse zum Quartal am Montag, den 8. d. M., ein, da zu einem sehr wichtigen Punkt: „Der diesjährige Streik und Boykott, seine Wirkung und was lehrt uns derselbe?“ Stellung genommen werden soll.

Indem wir Sie nochmals versichern, daß es unser ernstes Bestreben sein wird, einen Ausgleich der Innungskollegen herbeizuführen, bitten wir Sie recht sehr, sich ebenfalls am Quartalstage einzufinden.

Mit kollegiallichem Gruß
Der Vorstand, J. V.: Fritz Schmidt.

Nicht alle Empfänger dieser Karte sind der freundlichen Einladung des Herrn Schmidt gefolgt. Die von ihnen, welche doch in die Quartalsversammlung gingen, waren arg enttäuscht. Von einem „Ausgleich der Innungskollegen“ war nichts zu merken. Dagegen sah man bald, wie sich die augenblickliche Freundlichkeit des Herrn Schmidt erklären lasse. Es handelte sich nämlich um die Neubefestigung des mit 1600 M. dotierten Obermeisterpostens, der durch den Tod Vogeler's vakant geworden war. Als Kandidat für diesen Posten kam der bisherige zweite Obermeister Fritz Schmidt in Frage. Die freundliche Einladung zu einem „Ausgleich der Innungskollegen“ sollte eine etwaige Opposition der beim Streik der von Herrn Schmidt beschimpften Meister verhindern. Dieser Zweck ist auch erreicht: Herr Fritz Schmidt wurde einstimmig zum Obermeister gewählt. Nachdem die Wahl vollzogen war, schwand sogleich die Freundlichkeit des Herrn Schmidt gegen die „geehrten Kollegen“, welche bewilligt hatten. Der neue Obermeister hielt nun zum „Ausgleich der Innungskollegen“ eine Rede, die genau auf denselben Ton gestimmt war wie seine Schimpfepistel in seiner Zeitung und in seinen Flugblättern. — Die freundlich eingeladenen und dann wieder beschimpften mögen hierdurch wohl belehrt sein, daß ein Ausgleich zwischen den vernünftig denkenden Vätermeistern und den rücksichtslosen Scharfmachern nicht möglich ist.

Achtung! Automobilfahrer! Die Differenz in der Automobilgarage Franz Richard, Rigdorf, Wilmannsstr. 25, ist beigelegt. Die Sperre ist somit aufgehoben.

Verein der Droschkenfahrer.
Mitgliedschaft IV des Transportarbeiter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Achtung, Formner und Kernmacher! Die Arbeit eingestellt haben am heutigen Tage 50 Formner und 6 Kernmacher der „Eisfabrik“ in Brandenburg a. S.

Der Grund der ArbeitsEinstellung ist darin zu finden, daß die Werkleitung jeder Anschwärmung und Verschuldigung, welche von Seiten der Mitglieder des in dem Betrieb vorhandenen gelben Vereins gegen Mitglieder der freien Gewerkschaften erhoben wurde, ohne irgend eine Prüfung zu veranlassen, Rechnung trug und die verurteilten Arbeiter sofort entließ. Die Werkleitung ging sogar so weit, die Entlassenen persönlich zu beschimpfen, ohne dabei zu bedenken, daß sie das tat, weswegen sie angeblich die Arbeiter entließ.

Der Zug von Formnern und Kernmachern ist streng ferngehalten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltung Brandenburg a. S.

Ein großer Teil der Arbeiter der Gasuhrfabrik von Kromschroder zu Dönsabrück ist in den Ausstand getreten.

Achtung, Vötker!

Die Firma Wehrhahn u. Co. hat bis jetzt durch Postkarten, Briefe und Zirkulare vergebens Zeit und Geld geopfert, um Arbeitswillige herbeizuschaffen. Sie hat deshalb ein anderes Mittel gefunden, um die heißersehnten Hausbesitzer zu erhalten. Wir lassen im Arbeitsmarkt der „Berliner Morgenpost“:

6 tüchtige

Vötker auf Lagerkäffer nach außerhalb sofort gesucht gegen hohen Lohn. Zu erfragen beim Portier von 5-6 Uhr Dorotheenstr. 85.

Wir waren nun, wie immer, neugierig, wo und bei wem diese tüchtigen Vötker bei hohem Lohn gesucht würden und erkundigten uns deshalb an der notwendigen Stelle. Hier erfuhren wir, daß in Nordhausen, im sogenannten Vulgaren, bei den Herren Wehrhahn u. Co., dieses Vötkerlaborado sei.

Rum verließen allerdings die Zumeinhaber, den Arbeitswilligen den Nordhäuser Aufenthalt so ungenügend als möglich zu gestalten. Eine besondere „Nebenwichtigkeit“ legt hierbei Herr Kaiser an den Tag. Am Sonnabend abend empfing er am Bahnhof einen von seinem Berliner Portier geschickten fremden Vötker und Seite an Seite wanderten beide der Villa des Herrn Kaiser zu. Es wurde aufgetragen und in der herrschaftlichen Wohnung durfte der fremde Vötker, der in Gestalt des Herrn Kaiser einen neuen „Freund“ erhalten, nach Herzogenlust und ungenügend seinen Speisebehälter füllen. Dann legte er sich zur Ruhe. Am Montagmorgen sollte die Arbeit beginnen; aber die ausländischen Vötker wußten längst was zu tun war und — der gut bewirtete Vötker, erklärte sich mit den weiteren Freundschaft des Herrn Kaiser und erklärte sich mit den Kollegen, die mit der Firma im Streit liegen, solidarisch.

Zentralverband der Vötker.

Aus dem Aussperrungsgebiete in Wiesen.

Immer noch beharren die Herren Zigarrenfabrikanten auf ihrem Herrenstandpunkt. „Bedingungslose Unterwerfung“ lautet die Parole; zum christlichen Frieden ist keine Neigung vorhanden. Die Aussperrung wird jedoch den Herren Fabrikanten auf Jahre hinaus im Wege liegen. Der Geist der Aussperrten ist ein vorzüglicher. In allen Versammlungen, wie Launsbach, Garbenreich, Alfenbusch, Trohe, Krosdorf, Gleiberg, Heuchelheim, waren alle Aussperrten am Platze. In Wiesel referierte Genosse Müller (Metallarbeiter) vor vollbesetztem Hause. In fernigen Worten legte Redner nochmals die Situation des ganzen Schlachtfeldes dar. Laufend weibliche und männliche Tabakarbeiter stehen fest wie eine Mauer für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schon 10 Wochen im Kampfe; der Angriff des Unternehmens prallt an der Entschlossenheit der Aussperrten ab. In der Ueberzeugung, daß trotz schwerer Ringens der Sieg den Aussperrten gehört, wurden alle Versammlungen in gehobener Stimmung geschlossen.

Ausland.

Achtung, Vergolder! In Göteborg und Karstad in Schweden sind die Goldleistenarbeiter in Lohnstreik geraten. Der Zug nach Schweden ist darum streng ferngehalten.

Die Zentralkommission der Vergolder.

Die Gold- und Silberindustrie Finnlands befinden sich im Ausstande. Die Unternehmer versuchen Arbeitswillige aus Deutschland heranzuholen. Vor Zug wird getwart. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Der Telegraphistenstreik in Amerika.

Die Streiklösung scheint überall erfolgreich besorgt zu werden. Fünf Sechstel der Telegraphisten sind organisiert. Die Ausdehnung des Streiks wird auf die ganze Union und Kanada beschränkt. Die Bahntelegisten stellen ihr Vermögen im Betrage von 1 Million Dollar den Streikenden zur Verfügung.

Der Kongreß der französischen Metallarbeiter.

Die französischen Gewerkschaften befinden sich in ihrer großen Mehrzahl (eine Ausnahme bilden bis jetzt nur die Buchdrucker) noch in einer Periode der geringen Beitragsleistung. Die Ansammlung von Fonds zur Unterstützung bei Streiks, Arbeitslosigkeit usw. wird von der großen Masse der organisierten Arbeiter für überflüssig erachtet und bei Beginn eines Streiks fängt man dann sofort an, sich an die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft zu wenden. Die Furcht, Mitglieder zu verlieren, hält selbst diejenigen Führer, die von der Notwendigkeit hoher Beitragsleistung überzeugt sind, davon ab, für die Erhöhung einzutreten, der größte Teil aber glaubt in der Tat durch den „Elan“ mit Hilfe der „direkten Aktion“ alles erreichen zu können. Diese Auffassung hat auch dazu beigetragen, daß noch heute in Frankreich auf dem gewerkschaftlichen Gebiete eine arge Zersplitterung vorherrscht, die Massen haben sich noch nicht von der Notwendigkeit überzeugen lassen, daß die Beiträge in Zentralfonds abgeführt werden und daß Bewegungen von einer Zentralstelle aus geleitet werden müssen.

Nach und nach können sich jedoch auch die französischen Syndikalistischen den harten Tatsachen nicht verschließen; sie finden, daß ihre Lohnbewegungen vielfach aus Mangel an Mitteln resultatlos verlaufen. Zu denjenigen wenigen Organisationen, die sich bemühen, ihre Beiträge zu erhöhen und eine mehr zentralistische Leitung zu schaffen, gehört die Federation der Maschinenbauer. Dieser Verband hielt in den letzten Tagen in Paris seinen Nationalkongreß ab, um hauptsächlich die Frage der Beitragserhöhung und die Verschmelzung mit anderen Metallarbeitersyndikaten zu verhandeln. Es gibt in Frankreich zurzeit 5 verschiedene Verbände von Metallarbeitern, es sind das die Maschinenbauer (Mecaniciens), die Verbände der Metallarbeiter, Formner, Schmiede und Zwiller. Auf dem Kongreß waren die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen der richtigen Ordnung wegen stark vertreten; anwesend waren Delegierte von Deutschland, Schweiz, Oesterreich, Ungarn, England und Skandinavien. Die ausländischen Vertreter, insbesondere Reichel vom deutschen Metallarbeiterverband, Hugler (Schweiz) und Stephenson vom englischen Maschinenbauerverband führten ihren französischen Kameraden die Wichtigkeit starker Berufsvereinigungen mit großer Wärme und Ueberzeugungskraft vor Augen. Durch zwei Sitzungen hindurch ging die Diskussion, bis man eine Kommission wählte, die mit Hilfe des internationalen Sekretärs Schilde sich mit anderen Metallarbeiterorganisationen in Verbindung setzen sollte, um zu erfahren, ob dieselben zu einer Verschmelzung oder doch wenigstens zum Abschluß eines Kartellverhältnisses geneigt seien. Die Kommission konnte am nächsten Tage leider nur berichten, daß sie eine abschlägige Antwort erhalten habe, der Verband der Metallarbeiter lehnt jedes Kartell ab. Darauf stimmte der Kongreß einer Resolution zu, in welcher erklärt wird, daß die Maschinenbauer in Zukunft noch mehr bestrebt sein würden, Streikfonds zu gründen, die es erlauben, die Kämpfe um Verfürgung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes erfolgreich zu führen. Nach wie vor erklärt sich die Federation der Maschinenbauer bereit, eine Verständigung mit den übrigen Bruderorganisationen herbeizuführen. Durch die dauerliche Hartnäckigkeit, mit der namentlich die französische Federation der Metallarbeiter unter der Leitung von Jean-Lapierre an den alten Kampfes- und Organisationsmethoden festhält, scheint zunächst jede Verständigung unter den französischen Metallarbeitern ausgeschlossen. Dagegen gelang es in der anderen Frage, der Erhöhung der Beiträge, einen erfreulichen Beschluß herbeizuführen. Mit 88 gegen 13 Stimmen wurde beschloffen, die Beiträge an die Hauptkasse auf 60 Centimes pro Monat und Mitglied zu erhöhen, das ist, wohlverstanden, der Beitrag, den die Freigewerkschaften an die Kasse der Federation für die allgemeinen Bedürfnisse des Verbandes abzuführen haben. Gegen den üblichen Beitrag von 15, 20 oder 30 Centimes, wie ihn die meisten französischen Gewerkschaften an ihre Zentralfonds abführen, bedeutet dies immerhin einen erfreulichen Fortschritt. Bis zum nächsten Kongreß will man den Beitrag auf 75 Centimes steigern.

Aus der Frauenbewegung.

Nicht beschwären lassen!

Wir sind wohl gegen den Verdacht gereift, strenggläubige Anhänger der zumstümpften Medizin zu sein. Aber wir sind auch nicht blind für die Schäden der Kurpfuscherei. Wir halten es vielmehr für unsere Pflicht, im Kampfe gegen Krupellose Ausübung der Unwissenheit durch sogenannte Naturheilkundige und Verkäufer „hygienischer“ Kräfte mitzuarbeiten. Und wir sind auch gewiß, damit dem Verfall aller jener Interessenten zu finden, die ernsthaft

bestrebt sind, Krankheiten zu bekämpfen und zu heilen, denen Gewissenhaftigkeit es verbietet, die Leiden anderer als hochwillkommene unverfügbare Gewinnquelle zu betrachten. Leider gibt es genug Menschen, welche die Not und Unwissenheit anderer ausbeuten. Nicht nur das; die auch noch in verbrecherischer Unverantwortlichkeit Habsichte zu Tode kurieren oder ihnen unerlässlichen Schaden an der Gesundheit zufügen. Das Doktor-Diplom ist nicht immer Garantie gegen solche „Erfolge“. Und besonders die speziellen Frauenkrankheiten dienen oft zu Krupellosen Verleumdungen lachender Charlatane. Bei Behandlung innerer Krankheiten ist die erste Bedingung: gründliche anatomische Kenntnisse, intime Vertrautheit mit den Funktionen der einzelnen Organe und den Wirkungen mechanischer oder medizinischer Behandlung einzelner Organe auf diese und den Gesamtorganismus. Wo diese Kenntnisse fehlen, kann jede Behandlung irgend eines Krankheitszustandes großen Schaden herbeiführen. Aus diesem Grunde ist größte Vorsicht bei den reklamirten Auskündigungen wie: sichere Heilung auch der aussichtslosesten Fälle und dergleichen vielversprechenden Versprechungen geboten. Das gilt auch dann, wenn vermischt wird, Frauen- und Mädchenvereine zum Zummelpfad solcher Reklame zu machen. Ganz besonders begegne man mit Mißtrauen den Anpreisungen sogenannter hygienischer Artikel, die oft unverschämte teuer und dabei vollständig wert- und zwecklos sind.

Neue Schutzhetze für Frauen und Jugendliche treten mit dem 1. Oktober für den Staat New-York durch das Gesetz vom 15. Juli 1907 in Kraft. Danach werden 4 Klassen von geschäftigen Arbeitern bzw. Arbeiterinnen geschaffen, nämlich Kinder beiderlei Geschlechts von 14-16 Jahren, junge Männer von 16 bis 18 Jahren; junge Frauen von 16 bis 21 Jahren und Frauen im Alter von über 21 Jahren. Kinder unter 14 Jahren sind von der Arbeit in den Fabriken gänzlich ausgeschlossen. Für die jungen Leute bis zu 16 Jahren wurde die zulässige Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden pro Tag herabgesetzt, und zwar hat diese in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags zu fallen. Für die anderen 3 Klassen darf die Arbeitszeit im Maximum 60 Stunden die Woche, 10 Stunden pro Tag betragen. Die Tageszeit, in welcher die Arbeit geleistet werden darf, variiert von Klasse zu Klasse. Die jungen Mädchen dürfen nach 9 Uhr abends nicht mehr beschäftigt werden, die jungen Männer dürfen in der Zeit von Mitternacht bis 4 Uhr morgens zur Arbeit nicht herangezogen werden und Frauen von über 21 Jahren können nach dem neuesten richterlichen Entscheid zu jeder Tageszeit beschäftigt werden. Dagegen ist von demselben Gerichtshof ausdrücklich anerkannt worden, daß die Bestimmung bezüglich der Maximaldauer der Arbeitszeit für Frauen (10 Stunden pro Tag) „konstitutionell“ ist, also zu recht besteht. Eine weitere Ausdehnung erfährt der Jebsundentag vom 1. Oktober ab für die Straßenbahner. Er galt für diese bisher in Städten von 100 000 Einwohnern und darüber, in Zukunft soll er noch in Städten von 50 000 Einwohnern auswärts Geltung haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Güter der Ordnung.

Breslau, 13. August. (Privatdepesche des „Vortrags“) Der Schuhmann Dronk wurde heute wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an drei Kindern, verhaftet.

Bergmannslos.

Wien, 13. August. (W. T. V.) Auf der Joch „Pluto“ bei Roehlinghausen wurde in Schacht 5 bei der Mittagschicht infolge zu frühen Aufgehens eines Schusses ein Bergmann getötet, neun Arbeiter wurden teils schwer, teils leicht verletzt.

Nationalitätenkämpfe.

Wien, 13. August. (W. T. V.) Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Saloniki vom 13. August telegraphiert: Auf dem Wege nach Serres wurden ein griechischer Flarrer und zwei Bauern von Bulgaren getötet. — Die türkischen Truppen vernichteten bei Melnik, im Kreise Serres, und bei Tiholiza, im Kreise Kostoria, zwei bulgarische Bauden. Es wurden Kanonen verwundet. 26 Bulgaren wurden getötet.

Ein brennendes Dorf.

Legendorf (Bavern), 13. August. (W. T. V.) Heute mittag brach in dem eine halbe Stunde von Straubing entfernten großen Pfarrdorse Alburg in dem Anwesen des Oekonomem Max Buchner Feuer aus, das sich sehr schnell über einen großen Teil des Dorfes verbreitete. Bislang sind 21 Häuser abgebrannt, darunter das Kloster und Schulhaus. Die Kirche konnte nur mit großer Mühe gerettet werden. Zu Hilfe gerufen ist das ganze 7. Chevauzelegers-Regiment von Straubing und eine Abteilung des 11. Infanterie-Regiments aus Regensburg. Der Schaden ist sehr groß. Das Feuer entstand dadurch, daß von der Lokomotive einer Dreschmaschine Funken in das Stroh flogen.

Die Belfaster Unruhen vor dem Unterhause.

London, 13. August. (W. T. V.) Unterhause. In der heutigen Sitzung gaben die Unruhen in Belfast zu verschiedenen Fragen an die Regierung Anlaß. Curran (Arbeiterpartei) erklärt unter dem Beifall des Hauses, daß seine Partei den Ausständigen stets ein ruhiges Verhalten geraten habe, und hat dann die Regierung, Schritte zu tun, um die Arbeitgeber zur Anerkennung der Notwendigkeit zu bringen, den Konflikt einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Er empfiehlt gleichzeitig, inzwischen die Truppen für eine bestimmte Zeit aus Belfast zurückzuziehen. Minister Birrell erwidert, die Regierung erkenne die Dringlichkeit der Angelegenheit vollkommen an; er habe erfahren, daß die Gewerkschaften willens wären, die Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten, und er hoffe ernstlich, daß die Verhandlungen, die jetzt auf allen Seiten gepflogen würden, binnen wenigen Stunden ein günstiges Ergebnis haben würden. Er glaube nicht, daß die Entfernung der Truppen das Gefühl der Sicherheit in Belfast erhöhen würde. Er nehme von Curran Erklärung bezüglich der Haltung der Arbeiterpartei gern Kenntnis und er wisse, daß die Teilnehmer an den beflagrerten Ausschreitungen nicht Ausständige gewesen seien, sondern Pöbel. Warham (Liberal) lenkt die Aufmerksamkeit auf die jüngste bestige Rede des Sozialisten Oranston in Huddersfield und fragt, ob dieser wegen Ausweisung zum Tumult verfolgt werden würde. Minister Birrell erwidert, jetzt wäre wohl nicht der richtige Augenblick, einer leidenschaftlichen Rede Aufmerksamkeit zu schenken, der seiner Meinung nach die Verdüsterung von Belfast keine große Bedeutung beimesse. Trotz aller ihrer Fehler würden sich die Bewohner von Belfast wahrscheinlich nicht von Oranston leiten lassen. (Beifall.) Kriegsminister Saldate verliest dann ein langes Telegramm vom dem kommandierenden Offizier in Belfast. Die Stelle in dem Telegramm, die die Gebuld und Pflichttreue der Soldaten unter schwierigen Verhältnissen lobend hervorhebt, wird mit allgemeinem Beifall aufgenommen.

Gefangenen-Ausstand.

Odesa, 13. August. (W. T. V.) Im heutigen Gefängnis fand eine Revolte der politischen Gefangenen statt. Militär machte von der Schußwaffe Gebrauch und verletzte mehrere Gefangene.

Der Parteitag des französischen Sozialismus.

Rancy, 11. August. (Fig. Ver.)

Der Parteitag der französischen Genossen hat heute früh seine Verhandlungen begonnen.

Das Volkshaus.

Das Volkshaus von Rancy, in dessen geräumigem Hauptsaal der Parteitag seine Sitzungen abhält, ist ein Bau, der bei aller Anpruchslosigkeit der architektonischer Schönheit so reichen Stadt Ehre macht. Er ist vor 5 Jahren von dem Architekten Gharbortier errichtet worden, der die Elemente des modernen Stils mit sicherem Geschnack zur Verwendung brachte. Wenn das alte Rancy der Bischöfe und Herzöge auf seiner prächtigen Place Stanislas die Leppigkeit der Barockzeit zeigt, so war dem Haus eines Proletariats Einfachheit, Klarheit, Zweckmäßigkeit angemessen. Daß trotz des bescheidenen Budgets auch die Schönheit nicht zu kurz kam, ist dem Mitwirkenden bedeutender Künstler mit zu verdanken. Den Giebel krönt ein vortreffliches Bildwerk: Der freie Gedanke von Viktor Prouvé. Ueber dem Eingangstor sieht man die kraftvolle Gestalt eines auf seinen Hammer gestützten Schmieds. Eine besondere Piere des Hauses ist die Plastik. Sie ist ein Werk des berühmten Emile Gallé, des verstorbenen Schöpfers der modernen Glaskunst in Frankreich. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß der jungen Föderation des Departements — sie ist erst nach dem Amsterdamer Kongreß gegründet worden — bei der Errichtung ihres Hauses die Opferwilligkeit eines begüterten Parteigenossen, des Ingenieurs Keller — „Vater Keller“ — wie ihn die Arbeiter von Rancy nennen — zu Hilfe gekommen ist. Er hat ihr den Baugrund geschenkt und auch sonst das Werk mit Rat und Tat vorwärts gebracht.

Am Vorabend.

Dem alten Parteibranch entsprechend fanden gestern in Rancy und den Nachbarorten Volksversammlungen statt, in denen Delegierte referierten. Am impopulärsten verlief die in Rancy selbst, wo Jaurès, Vaillant und Schleicher aus Reden sprachen. Guesde mußte wegen Unwohlsein auf das Wort verzichten. Die Versammlung hat eine ausgezeichnete propagandistische Wirkung gehabt und wird hoffentlich helfen, die bisher recht rückwärtige sozialistische Bewegung im industriereichen Lothringen zu fördern.

Die Situation.

Der Parteitag beginnt seine Verhandlung unter einer unlegbaren Verfassung, die ihre Ursache in einer sehr unerquicklichen Freypolemik hat. Bekanntlich hat die „Humanité“ eine „gewerkschaftliche Tribüne“ eingerichtet, in der auch die außerhalb der Partei stehenden, ja dieser feindlich gegenüberstehenden Syndikalisten zu Wort kommen. Diese Freiheit hat nun der bekannte Sekretär der Arbeiterföderation Griffelhuus in einer ebenso taktlosen wie gehässigen Art mißbraucht. In einem Artikel betitelt „Kriegserklärung“, der sich gegen den von der Föderation der Nordogne gemachten Vorschlag wendete, die Parteiorganisationen mit den Gewerkschaften zu gelegentlicher Kooperation zu vereinigen, griff er die Gegner seiner antiparlamentarischen Anschauungen mit allerlei Verdrehungen, Unterstellungen und Beschimpfungen an, namentlich den Genossen Guesde, den er ganz im Stil der Skandalpresse als Kirchenhaupt verhöhnte, des Strebens nach einem Ministerposten verdächtigte und sogar „von der Villa in Cannes, der Kiste in Biarritz und vom Schloß in Périgord“ aus seine Pläne ins Werk legen ließ, wo doch alle Welt in Frankreich, die Gegner wie die Freunde Guesdes, wissen, daß dieser Genosse zur Zeit, als er kein Abgeordnetenmandat hatte, in geradezu ärmlichen Verhältnissen gelebt hat.

Diese an Argumenten ebenso arme wie lässigste Polemik hat wegen des Orts, wo sie stand, begrifflicherweise viele Parteigenossen befremdet, die es nicht verstehen konnten, daß das Tagblatt der geeinigten Partei einen verdienten Genossen von einem Nichtparteigenossen im Namen der Meinungsfreiheit roh anempfehlen lassen müsse. Im „Socialiste“ veröffentlichten Vertreter von 5 Arbeitshörsen einen Protest. Der Verwaltungsrat der „Humanité“ sah sich gezwungen, eine Erklärung abzugeben, die den Sinn der von den Mitarbeitern des Blattes gewährten Freiheit der Äußerung in der Weise auslegte, daß persönliche Angriffe vermieden werden sollten. Im Grunde genommen war der unverfälschte Abdruck des Griffelhuus'schen Artikels ohne jede redaktionelle Intervention wohl ein Versehen der sommerlich gelichteten Redaktion. Aber er war geeignet, alte Empfindlichkeiten wieder zu erwecken und vor allen hat er die ganze Frage: Partei und Gewerkschaft wieder zu höchster Aktualität gebracht, obendrein aber mit persönlichen Momenten verknüpft.

In einem großen Teil der Partei trat die Meinung zutage, daß der syndikalistische Propaganda im Parteiorgan überhaupt ein Ende bereitet werden müßte. Auf ihrem Departementalkongreß am 4. d. aber beschloß die Nordföderation, deren Mitglieder Griffelhuus gleichfalls in beleidigender Weise traktiert hatte, eine Resolution, die erklärt, daß die „Humanité“ in einem Augenblick, wo sie Verleumdungen und ungerechtfertigte Angriffe gegen die Organisationen der Föderation veröffentlichte, kein Geldopfer beanspruchen könne.

Dem Parteitage wohnten als Gäste die Genossen Schleicher (Neh. für die Genossen Eliaß-Lothringens), Maes (Belgien) und Boris Reinstein (Sozialistische Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten) bei.

Die Verhandlungen.

Die Vormittagssitzung wird mit Angelegenheiten formalen Charakters ausgefüllt. Zu Vorsitzenden des Kongresses werden Groussier, Jaurès und Delory gewählt. Eine lebhafteste Debatte entspinnt sich über den Antrag der Nordföderation, den Kongreß für nicht öffentlich zu erklären, das heißt, nur Parteigenossen und die Parteipresse zuzulassen. Der Antrag wird mit 155 gegen 120 Stimmen abgelehnt. 37 Delegierte sind abwesend oder entkulten sich.

Schleicher begrüßt den Parteitag im Namen der lothringischen und elässischen Genossen und verliest eine Erklärung, die hervorhebt, daß zum erstenmal seit der Annexion dieser Länder keine Bewohner den Weidern aus ihrem alten Vaterland die Hand drücken. Wie die deutschen Sozialisten seinerzeit gegen die Annexion gestimmt haben, so protestieren auch heute die Sozialisten überall gegen jede Annexion eines Landes gegen den Willen seiner Bewohner.

Es sind 148 Delegierte anwesend, mit 203 Mandaten. Sechs Föderationen haben keine Vertretung auf dem Parteitag.

Der Parteitag beschließt den Speise des jüngsten Gemeindegeldes in den Vogesen seine Teilnahme, den Mörtern seine Entrüstung auszusprechen. Mit Akklamation wird auch eine Resolution für die russischen Revolutionäre angenommen.

Nachmittags-Sitzung.

Dubreuilh erstattet und kommentiert den Parteibericht. Compère-Morel (Seine-et-Oise) bringt die persönlichen Angriffe zur Sprache, die Griffelhuus, der Sekretär der Arbeiterföderation, in der „Humanité“ vor einigen Tagen gegen Jules Guesde gerichtet hat, und erklärt, es sei unbillig, daß im Organ der Partei, das von allen Föderationen gefördert wird, fortwährend in der „gewerkschaftlichen Tribüne“ gegen die Partei gearbeitet wird. In der „Humanité“ kommen Leute zu Worte, die im Lande die Parteiarbeit stören, die anarcho-syndikalistische Politik betreiben — eine Tätigkeit, deren Spuren im Rückgang der Seinesföderation und der starken Behaltenshaltung im Seine-Departement sichtbar sind. Der Redner legt eine Resolution vor, die die

Möglichkeit der gewerkschaftlichen Tribüne der „Humanité“ anerkennt, aber erklärt, daß nur Parteimitglieder zur Mitarbeit zugelassen werden sollen.

Jaurès spricht in demselben Sinn, wobei er auch die Ausführungen des Syndikalisten Latorie hervorhebt, der in der „Humanité“ erklärt hat, was in Stuttgart beschlossen werde, sei ohne jede Bedeutung.

Jaurès erklärt, daß niemand mehr als er die Angriffe gegen Guesde, die während seiner Abwesenheit erschienen seien, beklage. Er habe es für würdiger gehalten, daß die Verwaltungskommission eine Erklärung abgebe, als er für seine Person. Wichtiger als dieser Zwischenfall, der zwischen ihm und Guesde nicht die leiseste Verständigung zurücklassen werde (Guesde stimmt laut zu), sei die Frage der Aufrechterhaltung der Mitarbeit der Syndikalisten, die mit der Frage „Partei und Gewerkschaften“ im engsten Zusammenhang stehe. Jaurès hält diese Mitarbeit für notwendig. Mit der Existenz der Arbeiterföderation müsse man einmal rechnen, wenn man mit ihren Tendenzen auch nicht zufrieden sei. Wir müssen der Arbeiterklasse das Vertrauen bewahren, daß sie im Feuer des Klassenkampfes ihre Ideen läutern wird.

Constans (Montluçon): Wenn die Syndikalisten recht haben, dann spielen wir hier eine unwürdige Komödie. Aber es ist eben nicht wahr, daß die Gewerkschaft „sich selbst genügt“.

Compère-Morel sagt, daß es sich nicht um die Anerkennung der Föderation, sondern um die Redaktion der „Humanité“ handele. Die Arbeiter haben nicht Zeit, viel zu lesen. Wir dürfen ihnen in unserem Blatt nicht einen Lesestoff bieten, der sie verwirrt und gegen ihre eigene Partei beeinflusst.

Lauche fragt, wie man ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften für möglich halte, wenn man sie von der Mitarbeit im Parteiorgan ausschließe. Tatsächlich habe sich auch eine Annäherung gerade infolge dieser Mitarbeit vollzogen. Die Syndikalisten, die für die „Humanité“ schreiben, sind gerade von ihren Gefinnungsgenossen am heftigsten angegriffen worden.

Renaudel findet, daß manche Genossen alle Tendenzen im Proletariat, die ihnen nicht passen, als Anarchismus abtun wollen. Es gibt Sozialisten auch innerhalb der Partei — sonst würden wir den Vorkort der sozialistischen Wahlpolitik erklären. Er wirft der Nordföderation vor, wenig für die „Humanité“ getan zu haben. Warum hat Guesde selbst nie für das Blatt geschrieben? Renaudel verliest die Erklärung des Redaktionskomitees der „Humanité“ nach dem Zwischenfall Griffelhuus, von dem er glaubt, daß er den Verletzten jede Genugtuung gibt.

Die Debatte zieht sich in die Länge und wird recht ermüdend. Schließlich zieht Renaud noch einmal die Argumente der Nordföderation zusammen: Seine Freunde hätten nicht im geringsten die Absicht, die Föderation zu vernichten, im Gegenteil, sie hätten sie für notwendig. Aber sie seien entschlossen, die libertären Tendenzen in ihr zu bekämpfen. Im Norddepartement habe man für die „Humanité“ eifrig gearbeitet, bis zu dem Zwischenfall. Er appelliert an den Kongreß, Klarheit zu schaffen.

Jaurès versichert noch einmal, daß in der Redaktion der „Humanité“ keine Voreingenommenheit gegen irgend eine Richtung in der Partei herrsche. Wenn man die gewählten Repräsentanten der Föderation nicht zur Mitarbeit eingeladen hätte, wäre das eine Kundgebung des Mißtrauens gegen diese Arbeiterorganisation gewesen. Jaurès erklärt, die Annahme des Vorschlages Compère-Morels wäre eine Verurteilung seiner ganzen Tätigkeit beim Blatt und er müßte die Konsequenzen daraus ziehen.

Es liegt außer Compère-Morels Antrag eine Resolution Renaudels vor, die unter Billigung der Erklärung des Verwaltungskomitees der „Humanité“ — die die Notwendigkeit hervorhebt, persönliche Angriffe zu vermeiden — den Uebergang zur Tagesordnung auspricht.

Die Resolution Renaudel wird mit 162 gegen 116 Stimmen angenommen bei 5 Stimmenthaltungen. 9 Föderationen sind bei der Abstimmung nicht vertreten.

Camolinet erstattet den Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen betragen 78 000 Fr., die Ausgaben 52 000 Fr. Der Kassenbestand 26 000 Fr. Unter den Einnahmen ist die Parteikasse der Deputierten mit 34 000 Fr. verzeichnet.

Sozialdemokratische Landeskongferenz für Sachien.

Erster Tag.

Dresden, den 12. August.

Im Volkshaus, im eigenen Heim der Arbeiterschaft Dresdens finden die Verhandlungen statt. Allein die Tagesordnungspunkte: Die Reichstagswahlen, vor allem aber: Die Wahlrechtsfrage und die nächsten Landtagswahlen in Sachien geben diesen Verhandlungen eine ganz besondere politische Bedeutung. Zu Vorsitzenden werden Fleißner-Dresden und Lipinski-Leipzig gewählt. Richter-Dresden begrüßt die Konferenz im Namen des Lokalkomitees und betont, daß Dresdens Arbeiterschaft eifrig an der Arbeit sei, die Scharte vom 25. Januar — den Verlust von Dresden-Alstadt wieder auszuweichen. In Dresdens 3 Wahlkreisen seien gestiegen: die politisch Organisierten von 12 800 auf 19 500, die Gewerkschaftlichen von 70 000 auf 100 000 und die Abonnenten der Parteipresse von 27 000 auf 38 000.

Zum Geschäftsbericht des Zentralkomitees, — dessen wichtigste Zahlen wir kürzlich brachten und die ein gewaltiges Anwachsen der Parteiorganisationen und Abonnenten zeigen — bemerkt der Vorsitzende des Komitees Sindermann, daß die vom Zentralkomitee vorgeschlagene Beitragserhöhung für die Parteiorganisationen auf 10 Pf. pro Woche und Mitglied notwendig sei und ebenso unzulänglich die Einwände dagegen. In den 6 Kreisen, die 10 Pf. Beiträge erheben, seien die Organisationen am stärksten — von 28 432 auf 44 665 gestiegen. Lebhafteste Debatte ruft die Frage der Beitragserhöhung hervor. Vertreter einiger Wahlkreise im Gebirge und mit Landbevölkerung, wo Stundenlöhne von 17 bis 20 Pf. gezahlt werden, halten höhere Beiträge nicht für möglich. Dagegen wird aber besonders von Lipinski aus den stark ländlichen Wahlkreisen der Nachweis geliefert, daß dort solche Beitragserhöhung größere Stabilität und Anwachsen der Mitgliederzahlen brachten. Beschlossen wird, den Beitrag pro Woche und Mitglied auf 10 Pf. zu erhöhen.

Sodann wird Genosse Lipinski-Leipzig beauftragt, eine Broschüre zu bearbeiten, die die behördlichen Maßnahmen in Sachien gegen die Arbeiterbewegung auf dem Gebiete der Versammlungen und Vereinsrechte zusammenstellt.

Braune-Dresden empfiehlt, das Obligatorium für die sächsischen Gemeindevertreter zum Bezuge der „Kommunalen Praxis“ aufzuheben. Von den sächsischen Gemeindevertretern seien berechtigte Beschwerden darüber vorgebracht, daß die sächsischen Gemeindeverhältnisse nicht genügend berücksichtigt würden. Dagegen führt Bruns-Berlin als Vertreter der „Kommunalen Praxis“ verlegenden Buchhandlung „Vorwärts“ aus, daß von den 55 000 Drucken der „Kommunalen Praxis“ in den letzten beiden Jahren allein 14 000 die sächsischen Verhältnisse behandelten. Sindermann hebt aber hervor, daß wohl die beiden Städte Leipzig und Dresden den größten Teil der 14 000 Zeilen in Anspruch nahmen, aber die Verhältnisse der 1250 Landgemeinden nicht genügend berücksichtigt und behandelt wurden. In dem heutigen Zustand könne sie den Vertretern der Landgemeinden nichts nützen. Bruns-Berlin meint, daß es

ihm scheine, als wenn man wieder einen besonderen Teil der „Kommunalen Praxis“ haben wolle. Da läge es doch im Interesse der Partei, sich an den Parteitag zu wenden und dort eine neue andere Ausgestaltung des Organes zu beantragen. Auch nicht eine einzige Beschwerde oder Anregung in dieser Richtung sei von den sächsischen Genossen in den letzten 2 Jahren gekommen.

Die Konferenz beschließt, das Obligatorium aufzuheben, den Gemeindevertretern den Bezug der „Kommunalen Praxis“ zu empfehlen.

Dresden, 13. August.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Nach Referaten Lipinski und Goldsteins beschloß die Landeskonferenz einstimmig einen scharfen Protest gegen den Wahlrechtsentwurf der Regierung und die sonstigen Vorschläge bürgerlicher Parteien, da sie Versuche sind, die Entrechtung der Arbeiter Sachiens zu bereichern. Sie fordert das allgemeine Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 21 Jahre. Die Agitation zu den Landtagswahlen im Herbst soll bemerkt werden, um diese Forderung energisch zu propagieren. Der Sitz des Landeskomitees bleibt in Dresden. Die nächste Konferenz soll in Plauen tagen.

Zweiter Internationaler Kongreß für Schulhygiene.

London, 9. August.

In der Sektion für die „hygienische Unterweisung für Lehrer und Schüler“ trat Prof. Dr. Hartmann-Leipzig für den Kampf gegen den Alkoholismus auch in der Schule ein. — Lehrer Weigl-München verlangte die Aufklärung der Jugend über die Wirkungen der Genußgifte. Dazu gehören nicht nur der Alkohol, sondern auch Caffein und Nikotin. Es müßten den Schülern die besten Ersatzstoffe bekannt gemacht werden. — Eine andere Sektion befuhrvorziele nach Referaten von Dr. Hoff-Dresden, Mme. Linderschweden und Prof. Guttmann-Wien die körperliche Ausbildung der Schüler wie überhaupt die Förderung der persönlichen Gesundheitspflege.

In der 8. Sektion „Sonderschulen für schwachbegabte und abnorme Kinder“ gab Stadtschulrat Dr. Wehrhahn-Hannover, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Hilfsschulen, einen Überblick über den Stand des deutschen Hilfsschulwesens. Ingesamt gäbe es jetzt in Preußen 130 Städte mit 204 Hilfsschulen, in denen 505 Lehrer und 100 Lehrkräften 13 102 Kinder unterrichten. In den übrigen Bundesstaaten seien noch 88 Städte mit 110 Hilfsschulen und 7644 Hilfsschülern vorhanden. Ingesamt konnten 67 Proz. als gänzlich erwerbsfähig entlassen werden, 9 Proz. blieben erwerbsunfähig. Die Zahl der Klassen habe seit 1903 um 66 Proz., die der Hilfsschüler gar um 68 Proz. zugenommen.

In der letzten Sektion schließlich wurde die wichtige Frage der „sexuellen Aufklärung in der Schule“ verhandelt. Dr. Cohen-Berlin hielt systematische Kenntnisse der sexuellen Hygiene für ein Erfordernis der berufsmäßigen Erzieher. Als Vorbereitung zur Aufklärung müßten schon im frühen Alter botanische und zoologische Studien getrieben werden. Hier könnten Vereine viel leisten. Der Erfolg des Deutschen Vereins zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beweise, was getan werden könne. Schule und Elternhaus müßten hier Hand in Hand arbeiten. — Lehrer Seandts-Böhmen behandelte die Frage, ob in sexuellen Sachen die Aufklärung imstande sei, die sexuellen Verirrungen der Jugend gänzlich zu verhindern. Das könne geschehen, wenn Aufklärung und Vorbild Hand in Hand gehen und wenn die Aufklärung die notwendige Autorität der Eltern und des Lehrers besitze. Auch sei die Autorität des Schularztes in diesen sexuellen Angelegenheiten von größter Wichtigkeit. Eine andere Aufklärung werde als Verhinderungsmittel gerade so wenig ausreichen als die Furcht vor Strafe. — Tuschor-Wien legte dar, daß die sexuellen Verirrungen der Kinder die verbreitetsten Ursachen auffallender Mißerfolge in der Erziehung seien. Das große Quellengebiet der Ursachen sexueller Anormalien liege im nichtgeordneten Leben vieler Familien. Den sexuellen Verirrungen müßte entgegengearbeitet werden durch eine naturgemäße Ernährung und durch Vermehrung aller Reizmittel einerseits und durch sittliche und religiöse Belehrungen andererseits. Die Erziehung von Schulwerkstätten zur Ausübung eines Handfertigkeitunterrichts sei besonders zu empfehlen. Sexuelle hygienische Belehrungen müßten beim Verlassen der Schule den Kindern beiderlei Geschlechts gegeben werden. Vor allen Dingen aber müßten Ärzte, Lehrer und Eltern hier zusammenarbeiten. — Damit waren die Arbeiten der Sektionen beendet. In einer gemeinsamen Schlusssitzung wurde heute noch einmal das geleistete Arbeitspensum durchgesprochen und gebilligt. Zur Erledigung einiger wichtiger schulhygienischer Fragen wurde ein internationales Komitee gebildet, in das für Deutschland Prof. Griesbach-Rühlhausen i. Elb. gewählt wurde. Der 3. Internationale Kongreß für Schulhygiene soll 1910 in Paris stattfinden.

Internationaler Metallarbeiter-Kongreß in Brüssel.

Brüssel, 12. August. (Fig. Ver.)

Heute begannen im „Maison du Peuple“ die Beratungen des fünften internationalen Metallarbeiterkongresses, der eine so starke Beteiligung aufweist, daß sich der für die Verhandlungen in Aussicht genommene Saal als zu klein zeigte. Die morgigen Verhandlungen werden daher in dem geräumigeren „Reichen Saal“ tagen. Genauere Angaben über die Zahl der Teilnehmer sind zur Stunde nicht möglich, da die Präsenzliste noch nicht vorliegt. Erwähnen wir aber die Vertreter bedeutender Organisationen: für England Geo Barnes (Mechaniker), der 100 000 Mitglieder vertritt, J. Davis (Rupferschmiede), John Hodge (Eisen gießer), ferner Walls, Outbertson, Seadie, Gohson, Chay und Killechipp Walsall. Deutschland ist durch zehn Delegierte vertreten, darunter Schilde (Verband deutscher Metallarbeiter), Cohen, Dikmann, Ischinger, Seedorf, Haal, Wasner, Lange, Wischhoff, Oesterreich zählt fünf Delegierte, darunter der Redakteur des österreichischen „Metallarbeiter“, Heinrich Beer, Domes, Egner, und Harnaf. Vertreter sind ferner Ungarn (drei Delegierte), Amerika, Holland, Belgien (15 Delegierte) und Frankreich.

Der Kongreß beginnt seine Verhandlungen vormittags mit einer Ansprache des Sekretärs der belgischen Metallarbeiter, Genossen Solan, der in herzlicher Weise die Anwesenden auf belgischem Boden begrüßt. Für die deutschen Metallarbeiter spricht Genosse Schilde, der auch der Freude der Deutschen Ausdruck gibt, die Gelegenheit hatten, den Jubiläumsfestlichkeiten des „Maison du Peuple“ beizuwohnen. Schilde spricht dann der belgischen Metallarbeiterorganisation über ihre jüngsten Fortschritte seine Anerkennung aus. Es bewahrheitet sich, was die deutsche Metallarbeiterorganisation stets vertreten hat: daß die internationale Organisation nur mächtig sein werde, wenn die nationalen Organisationen aufs kräftigste zentralisiert sein werden.

Die Kongressdauer wird sodann auf vier Tage festgesetzt, doch soll dem Wunsche der Engländer, die Arbeiten in drei Tagen zu beenden, möglichst Rechnung getragen werden.

Als Präsidenten für die verschiedenen Delegationen werden bestimmt: Solan (Belgien), Hugler (Frankreich), Reichel (Deutschland), Dadye (England).

Einen breiten Raum nimmt die Diskussion über die Geschäftsordnung in Anspruch, insbesondere über den Artikel 2, der bestimmt, daß jeder Antrag, der nicht mindestens von fünf Delegierten unterstützt wird, nicht zur Diskussion zugelassen wird. Besonders Latapie (französl. Metallarbeiter) bekämpft diese Bestimmung, die das Initiativrecht der schwachen Organisation entwürde. Auch Wael schließt sich diesem Protest an. Es wird hierauf noch einer Erklärung Cohens von der betreffenden Bestimmung abgesehen, jedoch die schriftliche Formulierung als Bedingung gefordert.

In der Nachmittagsitzung mußte eine Verschiebung der Tagesordnung vorgenommen werden, da Genosse Schlicke infolge ausgebliebener Postkutsche, die er für seinen Bericht als Sekretär benötigte, nicht in der Lage war, sein Referat zu halten. Der Kongress einigte sich dahin, die Alkoholfrage in Behandlung zu nehmen. In der Diskussion ergreift als erster Redner Janzen (Holland) das Wort. Er hält dafür, daß eine breite Behandlung der Alkoholfrage in den wirtschaftlichen Organisationen eine Ablenkung des gewerkschaftlichen Kampfes nach sich ziehe. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter werde auch den Alkoholisimus allmählich beseitigen. Man müsse in dieser Frage einer materialistischen Denkweise Raum geben.

Genosse Beer (Österreich) ist der Meinung, daß es nicht angehe, über eine zweifellos so wichtige Frage, wie es die Antialkoholbewegung ist, in so oberflächlicher Weise zu debattieren, wie es von den Vorrednern geschehen sei. Es sei eine banale Phrase, zu erklären, daß mit dem Verschwinden des wirtschaftlichen Elends auch der Alkoholisimus verschwinden werde. Der Kampf gegen den Alkohol ist eine Kulturbewegung, die für die Arbeitererschaft und ihren Emanzipationskampf von der allergrößten Bedeutung ist. Beer verweist auch darauf, daß der Alkoholisimus bei Streiks eine die Arbeiter schädigende Rolle spielt und daß die Arbeiterchaft aller Länder keine Ursache hat, durch eine unernste und saloppe Behandlung der Frage die Wirkungen der Antialkoholbewegungen zu beeinträchtigen. Er wünscht, daß der Kongress den gemeinsamen Willen befunde, auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung den Alkoholisimus zu bekämpfen.

Sehr energisch spricht sich Cohen gegen ein Hineinzerren der Antialkoholbewegung in die gewerkschaftlichen Kämpfe aus. Nachdem noch Vertreter der englischen und ungarischen Delegationen gesprochen, werden die vorgelegten Resolutionen abgelehnt, womit natürlich der Kongress nur seine prinzipielle Auffassung über die Antialkoholpropaganda innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen bekräftigen wollte. Daß der Antialkoholbewegung ihr Platz innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung gebührt, ist selbstredend von allen ausgesprochen worden.

Als Berichterstatter des nun als Verhandlungsgegenstand bestimmten Punktes

Generaldirekt.

erhält Latapie (Frankreich) das Wort. Sein Referat, das etwas rasig gefährt die revolutionäre Terminologie der französischen Syndikalistin umschreibt, findet starken Widerspruch. Von ihm und der lebhaften Diskussion, die zur Stunde noch währt, wird morgen berichtet werden.

Aus der Partei.

Zur Budgetbewilligung der württembergischen Sozialdemokratie bringt die „Münchener Post“, nachdem sie vorher die beiden „Vorwärts“-Artikel in der Dienstagnummer abgedruckt, einen Leitartikel, der da erklärt, daß die Gründe, die bisher die württembergischen Landtagsabgeordneten für ihre Haltung vorgebracht haben, nicht so schwerwiegend, als daß sie eine Verwerfung der alten Form rechtfertigen. Der Artikel behandelt im übrigen die Ablehnung des Budgets als eine überlieferte Form, die den Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und dem kapitalistischen Staat charakterisiert und die man nicht ohne gewichtige Gründe in den Scherbenhaufen werfen darf. Der Artikel polemisiert sodann gegen die in den betreffenden Artikeln des „Vorwärts“ ausgesprochene Abweisung des Gedankens eines allmählichen Wachstums des Kapitalismus in den Sozialismus.

Da die württembergische Landtagsfraktion ihre Darlegung zur Sache bis nach dem Stuttgarter Kongress verschoben hat, so halten wir es für angebracht, das, was wir zum Artikel der „Münchener Post“ zu sagen hätten, zu vertagen, bis die Äußerung der württembergischen Genossen vorliegt.

Auf der Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Potsdam-Osthavelland, die am Sonntag in Hennigsdorf tagte, fand im Anschluß an den Jahresbericht des Vorstandes eine eingehende Diskussion über den Antrag der Spandauer Genossen statt, für die Provinz Brandenburg ein neues Parteiblatt zu schaffen und zwar in erster Linie für den Wahlkreis Spandau-Potsdam-Osthavelland. Der Antrag wurde von mehreren Spandauer Genossen mit dem Hinweis auf die in den Spandauer Staatsverwaltungen beschäftigten Arbeiter eifrig befürwortet. Es wurde gefordert, der Parteivorstand solle eventuell die Mittel flüssig machen, um den Plan durchzuführen. (Nach Berechnungen der Siebener-Kommission, die vom Verband der Wahlvereine Großberlins und der Provinz Brandenburg zur Prüfung dieser Angelegenheit eingesetzt war, hat sich nämlich herausgestellt, daß das Unternehmen auf eigenen Füßen sich nicht halten könnte.) Zu diesem Zweck soll der Antrag dem Parteitag in Essen unterbreitet werden. Die Antragsteller machen geltend, daß weder der „Vorwärts“ noch die „Brandenburger Zeitung“ imstande seien, die Spandauer Verhältnisse nach Gebühr zu würdigen. Auf kommunalem und sozialem Gebiet liege eine Fülle von Material vor, das in den Redaktionen der beiden genannten Parteiblätter nicht verarbeitet werden könnte. Dagegen zeige das Beispiel Kiel, welchen Einfluß eine besonders mit Rücksicht auf die Staatsarbeiter redigierte Zeitung gewinnen möchte. Der Antrag wurde von den übrigen Delegierten aus praktischen Bedenken sowie wegen seiner Konsequenzen als zurzeit noch unbrauchbar bezeichnet und den Spandauer Genossen empfohlen, es doch zunächst mit Anstellung eines besoldeten Lokalberichterstatters zu versuchen, um dadurch dem „Vorwärts“ sowohl wie der „Brandenburger Zeitung“ brauchbares Material aus Spandau zu liefern, dann aber auch mit allen Kräften für weitestgehende Verbreitung dieser beiden Parteiorgane zu agitieren. Der Kandidat des Kreises, Genosse Dr. Karl Liebknecht, machte schließlich noch den Vermittlungsvorschlag, neben der vorhandenen Parteipresse für Spandau ein lokales Wochenblatt nach Art der eingegangenen „Latene“ zu gründen. Schließlich wurde, nachdem auch noch Genosse Staab-Potsdam seine Meinung dahin ausgesprochen hatte, daß mit Rücksicht auf die ausgebreiteten Verbreitungsgebiete der beiden bestehenden Provinzparteiorgane die Schaffung eines neuen Blattes im Interesse der Parteibewegung liege, der Spandauer Antrag in folgender Fassung angenommen:

Für die Provinz Brandenburg ist ein neues Parteiorgan zu schaffen und womöglich der Reichstagswahlkreis Spandau-Potsdam-Osthavelland zu berücksichtigen, da es infolge der besonderen Verhältnisse in den Staatsverwaltungen zu Spandau, Potsdam usw. unmöglich ist, den Wahlkreis, um den schon jahrelang mit größter Anstrengung gekämpft wurde, für die Partei zu erobern. Die Verhältnisse in Kiel mit seinem lok. Fortschritt zeigen, daß nur eine für diese besonderen Verhältnisse redigierte Presse in der Lage ist, Einfluß auf die Staatsbetriebe zu gewinnen.

Dieser Antrag soll der Provinzialkonferenz und sodann dem Parteitag unterbreitet werden.

Ueber den Stuttgarter Kongress, den Parteitag in Essen und den in Preußen hielt Genosse Dr. Karl

Liebknecht; sodann einen Vortrag, worin er unter anderem sagte: Hoffentlich werde das Experiment, das mit der Einberufung des internationalen Kongresses auf deutschem Boden gemacht ist, glücken; er vermute allerdings, manche Herrschaften in Deutschland werden Ehrenlaufen bekommen, wenn unsere ausländischen Parteifreunde sich in Stuttgart ebenso freimütig ausdrücken, wie sie das in ihren Ländern und von den früheren Kongressen der gewohnt sind. Der Kongress werde die weitverbreitete Ansicht, als ob der internationale Sozialismus nur die deutsche Sozialdemokratie nebst einigen Anhängern im Ausland sei, gründlich widerlegen. Denn während die Tradition von der „siegegekrönten deutschen Sozialdemokratie“ durch den allerdings nur äußerlichen Mißerfolg bei der letzten Reichstagswahl erschüttert ist, haben unsere ausländischen Bruderparteien, namentlich in England, der Schweiz und Österreich glänzende Fortschritte gemacht und werden dementsprechend auch ihren Einfluß auf dem internationalen Kongress geltend zu machen wissen. Das wird namentlich in der Frage des Antimilitarismus geschehen. Die deutsche Reichstagsfraktion hat in dieser Frage unter dem frischen Eindruck des Mandatsverlustes eine Haltung eingenommen, die einem anglistischen Juristensprecher vor dem revolutionären Prinzip sehr ähnelnd ist und auch ziemlich allgemein verurteilt werden ist. Unsere französischen und belgischen Genossen werden voraussichtlich darüber noch deutlicher sprechen. Redner kam dann auch auf die gegen ihn schwebende Hochverratsanklage zu sprechen und prophezeite, daß der Prozeß zu einem politischen Skandal ersten Ranges führen werde. Er (Redner) freue sich über die Anklage, sie erweise ihm wie ein wahres Gottesgeschick, weil uns mit ihr für den Kampf gegen die Reaktion in Preußen-Deutschland eine unschätzbare Waffe in die Hände geliefert worden sei. Nicht eine Einschüchterung, sondern eine Verschärfung der antimilitaristischen Propaganda werde die Folge sein. Auch vom Essener Parteitag dürfe wohl erwartet werden, daß er sich auf keine Abschwächung unseres grundsätzlichen ablehnenden Standpunktes zum Militarismus einlassen werde.

Auf Antrag eines Spandauer Genossen beschloß der Kreistag, den bekannten Antrag betreffend Entfaltung einer besonderen systematischen antimilitaristischen Propaganda dem Parteitag in Essen auf neue zu unterbreiten.

Als Parteitagdelegierte wurden Dr. Liebknecht, Pieper-Spandau und Staab-Potsdam gewählt.

Der Wahlverein für den Kreis Königsberg N.-M. hielt am Sonntag seine Generalversammlung im Vereinssaal zu Gästehaus ab. Anwesend waren 21 Delegierte aus zehn Wahlkreisen. Blesin war nicht vertreten, Jellin ebensowenig, letzteres hatte auch keine Abrechnung eingeleitet. Als Vertreter der Agitationskommission war Genosse Hadelbusch, als Vertreter des vierten Kreises Genosse Kupfer erschienen; ferner war zugegen der Kandidat des Kreises Stadtverordneter Vorgmann-Berlin. Der Bericht des Vorstandes weist eine Steigerung der Mitgliederzahl von 888 auf 881 im letzten Halbjahr nach. Die Einnahme beträgt 408 M., darin ist jedoch ein Zulauß der Agitationskommission von 150 M. enthalten, die Ausgabe 282,04 M., sodas ein Bestand von 215,96 M. verbleibt. Der Antrag Kästrens, den Sitz nach dort zu verlegen, wurde abgelehnt. Als Vorsitzender wurde Wilhelm Rathes, als Kassierer Blumberg, beide in Gästehaus, wiedergewählt. Zur Provinzialkonferenz wurde Grohe-Küstern, Ebel-Neuenhagen und Volat-Neudamm entsandt. Das Referat über den Preuentag hielt Hadelbusch, als Delegierter dazu wurden gewählt: Fischer-Jäferid und Blumberg-Gästehaus. Ueber den Parteitag in Essen referierte Vorgmann. Er sowie Fischer werden als Delegierte nach dort entsandt.

Der Anregung, für die drei Kreise der Neumark eine eigene Zeitung zu gründen, wurde keine große Sympathie entgegen gebracht, namentlich Neudamm verhielt sich vollständig ablehnend; nicht viel besser sprach sich Kästren aus. Als wünschenswert wurde die Schaffung eines eigenen Organs allgemein bezeichnet, aber ebenso sehr die praktische Durchführbarkeit wenigstens für den Kreis Königsberg bezweifelt.

Für die Abstinenz war die Versammlung eine reime Freude; es gab nur Wasser zu trinken, da die Schankkonzession bisher noch nicht erteilt ist.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralvereins für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Altona-Stormarn und Lauenburg), die am Sonntag in Lauenburg tagte, war von 64 Delegierten und Parteifunktionsären besucht. Der gedruckte vorliegende, sehr umfangreiche Jahresbericht konstatiert ein erfreuliches Wachstum und eine innere Erstarkung der Partei. Die Mitgliederzahl des Vereins betrug am 1. Juli 1907 im 8. Kreise 7742, im 10. Kreise 603, zusammen also 8345 gegen 7584 am 1. Juli des Vorjahres. Mitin hat sich die Mitgliederzahl im letzten Geschäftsjahr um 761 erhöht. Nehulich so verhält es sich mit der Presse. Die Abonnentenzahl z. B. des „Hamburger Echo“ stieg von 8497 auf 8875, die der „Gleichheit“ von 571 auf 780. An Flugblättern, Broschüren, Kalendern und sonstigen Schriften wurden, außer in der Wahlperiode, 16 in rund 280 000 Exemplaren verbreitet. Bei der Reichstagswahl kamen 321 000 Flugblätter und 94 000 Wahlzetteln zur Verteilung. Versammlungen wurden außer der Wahlzeit abgehalten 68 öffentliche und 146 Vereinsversammlungen, 60 Wählerversammlungen haben stattgefunden.

Die Hauptkasse hatte am 1. Juli v. J. einen Kasienbestand von 7001,20 M. und vereinnahmte im Berichtsjahre 42 262,15 M., zusammen 49 263,34 M. Die Ausgabe betrug 40 294,51 M., so daß ein Kasienbestand von 2968,83 M. verblieb. Die Kosten der Reichstagswahl belaufen sich inklusive 3000 M., die an die Provinzial-Agitationskommission überwiesen wurden, auf 22 887,28 M. Dazu hat die Hauptkasse 7615,14 M. beigetragen, das übrige ist gedeckt worden durch Eingänge auf Sammellisten und sonstigen Zuwendungen. Die Mitgliedschaften und Vertrauenspersonen des Vereins hatten zusammen mit einem Kasienbestande von 10 984,79 M. im Juli v. J. eine Einnahme von 54 281,40 M. und eine Ausgabe von 46 519,13 M., mithin verblieb ein Kasienbestand von 7762,27 M. Von den vorausgabten Geldern sind 28 175,60 M. in die Hauptkasse geflossen.

In der umfangreichen Debatte wurde von fast allen Rednern die Notwendigkeit der Anstellung eines besoldeten Beamten betont. Der Antrag wurde gegen sechs Stimmen angenommen.

An Stelle der als veraltet bezeichneten seitherigen schriftlichen Agitation durch Flugblätter usw. wurde beschlossen, für beide Kreise eine vierteljährlich alle zwei oder drei Monate erscheinende Landarbeiter-Zeitung herauszugeben, in der auch den Verleumdungen der aus dem Reichstagenverbände usw. gespeisten Kreisblatt-presse entgegengetreten werden soll.

Annahme fand ein Antrag Wandsbels: „Die Generalversammlung möge beschließen, daß unsererseits bürgerlichen Parteien bei Reichstagswahlen keine Unterstützung zu teil werde.“

Der Antrag wird zunächst dem Provinzial- und dann dem allgemeinen Parteitag überwiesen.

Beide Kreise sollen durch vier Delegierte auf dem Parteitag vertreten werden. Die Wahlen finden in vier Bezirken statt. Angenommen wurde der Antrag:

„Die pp. Versammlung ersucht den Parteitag in Essen, endlich einmal der Frage zwecks Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher mit einheitlichen Beitragsmarken für die sozialdemokratischen Organisationen Deutschlands näher zu treten und den Parteivorstand zu ersuchen, sich mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen.“

Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag, der verlangt, daß der Parteitag zur Alkoholfrage einen Korreferenten aus der Reihe der Abstinenz bestimmen möge, weil der Referent zu diesem Punkt, Genosse Wurm, kein Abstinenz sei.

Zum preußischen Parteitag bleiben die Mandate der im vorigen Jahre als Delegierte gewählten Genossen Heinrich und Siedert-Altona, Rosdijki-Wandsbel, Poling-Schiffel und Wagner-Mölan bestehen.

Dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen wurde der Antrag:

„Der Vorstand wird beauftragt, baldigst ein Flugblatt herauszugeben, das die Wirkungen der deutschen Zoll- und Handelspolitik in volkstümlicher Weise schildert und sich ganz besonders mit den jetzigen hohen Lebensmittels- und Kohlenpreisen beschäftigt.“

Die Generalversammlung der Sozialdemokratie des Fürstentums Neuchâtel fand am Sonntag in Sachswitz bei Greiz statt. Beschied war sie aus den einzelnen Orten von 39 Delegierten. Weiter waren anwesend der Kandidat und frühere Reichstagsabgeordnete Genosse Förster-Hamburg, der Parteisekretär Genosse Leber-Jena und als Vertreter der Leipziger Buchdrucker-Altien-gesellschaft (Abt. Gera) der Genosse Vetterlein-Gera.

Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Genossen Feustel-Greiz, spiegelte ein tätiges Stillschreiten wider. Wenn auch die Gegner durch Anwendung der schiefen Mittel — genau wie im Jahre 1887 — den Wahlkreis erobert haben, so steht die niedergeritene Sozialdemokratie doch mächtiger da, als je. Indes, so erklärte der Redner, müßten auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Neuchâtel sich mehr der politischen Organisation zuwenden. Darin bleibe noch viel zu wünschen übrig.

Eine Resolution wurde angenommen, die den Genossen die Verpflichtung auferlegt, schon jetzt mit allen Mitteln in die Agitation für die im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen in Neuchâtel einzutreten.

Aus dem Kasienbericht — der dem Genossen Rib vorgetragen wird — ist zu entnehmen, daß im letzten Jahre — ausschließlich der Reichstagswahl — eine Einnahme und Ausgabe von 3088,80 M. zu verzeichnen ist. Die höchste Einnahme, die bis jetzt im Wahlkreis — der in der Hauptsache mit schlecht entlohnenden Textilarbeitern zu rechnen hat — erzielt worden ist. Eine Resolution, die den Wunsch ausdrückt, die in den einzelnen Ortsgruppen liegenden Gelder nach Möglichkeit der Hauptkasse zu überweisen, wird angenommen. Beim Punkt Presse wird die am 1. April 1907 vorgenommene Umänderung der „Neuchâtel Volkszeitung“ erwähnt. Sämtliche Delegierte geben ihrer Freude dahin Ausdruck, daß es gelungen ist, auch für Neuchâtel ein Parteiblatt zu schaffen, welches den höchsten Ansprüchen gerecht wird. Außerdem wird konstatiert, daß eine Zunahme von 700 Abonnenten zu verzeichnen ist.

Ueber Bildungsvesen, Jugendorganisation und Frauenbewegung referierten die Genossen Körner und Leber. Ohne Debatte wird eine Resolution angenommen, die es den Parteigenossen zur Pflicht macht, auch auf diesen Gebieten ihr Möglichstes leisten zu wollen.

Als Reichstagskandidat wird Genosse Förster-Hamburg einstimmig wiedergewählt.

Als Delegierter zum deutschen Parteitag nach Essen wird — da Genosse Förster, der jetzt eine vierwöchentliche Agitationstour im Agitationsbezirk macht, es ablehnt, nach Essen zu gehen — Genosse Philipp-Jeulencroda gewählt. Als Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins für Neuchâtel wird Genosse Franz Feustel-Greiz einstimmig wiedergewählt. Als Kassierer Paul Körner-Greiz.

Wahlkreis Erfurt-Schleisingen-Riegenrück. Die Generalversammlung des Kreisvereins tagte am Sonntag, den 11. August, im gotthardischen Orte Zella-St. Blasii. Es ist eine alte „süße“ Gewohnheit der Erfurter Genossen, mit ihren Kreisberatungen ins „Ausland“ zu gehen, um die preussische Polizei zu ärgern, die leider im gotthardischen Vaterländchen nichts zu übersehen und zu bevorzugen hat. Die Konferenz war von 41 Delegierten aus 16 Orten besucht, außerdem war der Kandidat des Kreises, Genosse Heinrich Schulz-Berlin, anwesend. Der Vorstand berichtete, daß der Kreisverein aus 12 Ortsgruppen, gegen 10 im Vorjahre, besteht, die eine Mitgliederzahl von 1909, gegen 1527 im Vorjahre, umfassen. Die Einnahmen betragen 2767,26 M., die Ausgaben 2485,26 M., der Kasienbestand 227 M. Bei den Beratungen über das Ergebnis der Reichstagswahl war man einmütig der Meinung, daß durch Einrichtung von Unterküsten mehr als bisher für die Mitglieder geschehen müsse. Geplant ist, daß einige Delegierte zu dem Kurulus des Genossen Rühle, der im Oktober stattfinden soll, aus verschiedenen Orten des Kreises entsandt, ferner besondere Kurse von einheimischen Kräften in Zahl abgehalten werden sollen, die am Sonntag stattfinden und zugleich für die Genossen der umliegenden Orte bestimmt sind. Genosse Schulz wurde einstimmig wiederum als Reichstagskandidat aufgestellt. Der Kalender wird in diesem Jahre zum letzten Mal verbreitet werden. Der Beitrag, der bis jetzt nur 25 Pf. monatlich betrug, wurde nach lebhaften Debatten auf 10 Pf. pro Woche erhöht. Einer Bezirksorganisation für den Regierungsbezirk Erfurt wurde im Prinzip zugestimmt. Das Mandat für den deutschen Parteitag wurde dem Genossen Schulz-Berlin übertragen, für den preussischen Parteitag wurde Genosse Riese-wetter-Erfurt gewählt. Der letztere wird auch, nachdem Erfurt wieder als Kreisvorort bestimmt war, mit dem Amt des Kreisvorsitzenden betraut.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Religionsvergehens war die Genossin Gränberg, Arbeitersekretärin in Rürnberg, angeklagt. Sie soll in einer Versammlung in Oberfranken die heilige Jungfrau Maria beleidigt und die katholische Kirche beschimpft haben. Aus einer Kritik des Verhaltens der katholischen Geistlichkeit des betreffenden Ortes, die uneheliche Mütter einzuschüchtern und von der Organisation abzuhalten suchte, hatte man das blödsinnigste Zeug zusammenkonstruiert, um die Genossin dem Staatsanwalt auszuliefern. Zur Verhandlung am Landgericht in Bamberg war Genosse Kurt Eisner als Sachverständiger geladen. Er sagte, er nehme nicht an, daß die Angeklagte die Worte, so wie sie in der Anklageschrift stehen, gebraucht habe; er gab keine Erfahrungen darüber kund, wie Anlagen gegen Verleumdungsbredner zustande kommen, wie selbst tätige Journalisten eine Rede oft nicht sinngemäß wiedergeben könnten, geschweige denn weniger gebildete Personen und dazu — wie in diesem Fall — erst nach einigen Monaten. — Der Staatsanwalt beantragte fünf Tage Gefängnis, jedoch bedingte Vergnügung; er sah die Verurteilung, trotz des jämmerlichen Beweismaterials als erwiesen an, betrachtete sie aber als eine Entseufung. Das Gericht sah die Muttergottesbeleidigung als nicht erwiesen an und erkannte auf Freisprechung. Der Vorsitzende des Gerichts war der Bruder des Erzbischofs von Bamberg.

Der dritte Verbandstag der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands

tagte in der vergangenen Woche in Gera. 64 Delegierte waren anwesend.

Nach dem Kasienbericht, den Ginke-Berlin erstattete, beträgt der Mitgliederbestand jetzt in 49 Wahlstellen 8688 gegen 2800 im Vorjahre. Die Einnahmen in den Wahlstellen betragen 57 850 M., wovon 33 172,51 M. an die Hauptkasse abgeliefert wurden. Die Ausgaben der letzteren betragen 18 535,88 M., der Gesamtbestand beträgt 39 314,63 M. — In der Diskussion ergrünte u. a. Durbohm-Hamburg, der dortigen Ortsverwaltung den Beitrag von 1000 M., der den freitenden Schankverleumdungen gewährt worden ist, von der Hauptkasse zurück zu erlangen.

Hierauf erstattete Verbandsvorsitzender Litfin-Berlin den Berichtsbericht. Die Agitation war teilweise recht schwierig, da viele Wirte, die als Parteigenossen gelten dürfen, eine Sonderorganisation für Gastwirte für überflüssig halten, wieder andere es vorziehen, dem deutschen Verbande anzugehören, obwohl dessen Leiter mit den Ratadoren des Reichsverbandes zur Verleumdung der Arbeiterchaft gemeinsame Sache machen und in Hannover sozialdemokratisch gesinnte Gastwirte wegen politischer Umtriebe“ ausgeschlossen worden sind. Der umfangreiche Bericht enthielt eine Reihe Hin-

weise dafür, wie die Agitation am besten und erfolgversprechendsten betrieben werden kann. Der Vorstand empfiehlt, einen ständigen, besoldeten Geschäftsführer anzustellen.

In der Diskussion befragt es Kaiser-Rixdorf, daß die Gewerkschaften das Bestreben des Verbandes nicht genügend würdigen.

Der Verbandstag bewilligt nachträglich die Beiträge von je 1000 M., die durch den Vorstand dem Parteivorstande als Beitrag für die Reichstagswahlen und den streikenden Schauerleuten in Hamburg gewährt worden sind.

Hierauf referiert von der Heyden-Köln über Organisation und Agitation.

Die Konzeptionssteuer, die von einigen Stadtverwaltungen im Automobiltempo eingeführt wird, leiste der Agitation gute Dienste. Viele Wirte glaubten freilich, schon genug getan zu haben, wenn sie eine bürgerlichen Organisationen beitrugen. Die auf dem letzten Verbandstage der bürgerlichen Gastwirte laut gewordene Erwartung, daß sich der freie Verband bald bei der bürgerlichen Organisation zur Aufnahme melden wird, würde nie in Erfüllung gehen. Gewiß habe die Klage viel Berechtigung, daß viele Arbeiter noch bei bürgerlichen Wirten verkehren und sich nicht verpflichtet fühlen, die politisch organisierten Gastwirte zu unterstützen; doch das sei die Folge mangelhafter Erziehung. Andererseits habe man ja auch Wirte, die heute Mitglied des freien Verbandes werden und morgen volle Lokale haben wollen. Es müsse hüten wie drüben darauf hngewirkt werden, daß das Wort Solidarität keine Seifenblase ist. Bei der Agitation dürfe man nie mit dem sozialdemokratischen Prinzip in Widerspruch geraten. (Beifall.) Der Referent legte eine später einstimmig angenommene Resolution vor, nach der das Reich in 18 Agitationsbezirke eingeteilt, deren Leitung Bezirksvorständen in die Hände gegeben werden soll, die auf alljährlich stattfindenden Bezirkskongressen zu wählen wären. Diese Vorstände sollen halbjährliche Berichte und Abrechnungen einreichen, die im Organ veröffentlicht werden sollen. Die Resolution regelt ferner die Kostenfrage für Agitation, Verwaltung usw.

In der Diskussion erklärten sich alle Redner mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die meisten wenden sich besonders gleich dem Referenten gegen den Antrag, daß der Passus des § 2 des Statuts, der lautet, daß nur aufgenommen werden kann, wer sich mit den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei einverstanden erklärt und politisch organisiert ist, gestrichen werden soll. Einige Redner dagegen meinen, daß mit der Aenderung der fraglichen Bestimmung das Prinzip nicht aufgegeben werde. Der Vertreter von Chemnitz wendet sich scharf gegen die Beibehaltung der Fassung, weil er meint, daß es für einen überzeugten Sozialdemokraten dieses Ausschüßes nicht bedürfe. Keine einzige gewerkschaftliche Organisation habe eine derartige Bestimmung. In den bürgerlichen Organisationen befinden sich noch viele, die nur wenig von der Sozialdemokratie trennt. Die Leute müsse man zu gewinnen suchen und sie dann im Verbande zu überzeugten Sozialdemokraten machen. Die Klasse betrachte die den politischen Charakter des Verbandes betonende Bestimmung als ein Ausschüßes, durch das man Geschäfte machen wolle. (Lebhafte Widerspruch.) In längeren Ausführungen trat Ewald-Berlin diesen Ausführungen unter lebhafter Zustimmung entgegen. Von dem Gebaren der blauen und schwarzen Organisationen angeleitet, habe man feinerzeit den Verband gegründet; man wolle mit Kurzsichtern und Spalierbildnern nichts mehr gemeinsam haben. Wollte man jetzt den Namen ändern, dann werde man sich mit Recht fragen lassen müssen, daß die freien Gastwirte kein Jota besser sind als die anderen. Verbandsvorsitzender Litfin macht einen Vermittlungsvorschlag, die jetzige Fassung des § 2 zu belassen, aber hinzuzufügen, daß dem Vorstande das Recht zusteht, im Verbandsinteresse Ausnahmen zuzulassen. Der Verbandstag habe es ja in der Hand, sich einen Vorstand zu wählen, der die Verbandsinteressen wahrte. Nach weiterer Debatte, in welcher auch der Vermittlungsvorschlag Litfins bekämpft wird, wurde durch einen Schlußantrag der Debatte, für die nach 18 Redner vorgemacht waren, ein Ende gemacht. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde der Vermittlungsvorschlag Litfins mit großer Mehrheit abgelehnt und sodann in namentlicher Abstimmung mit 49 gegen 13 Stimmen beschlossen, die jetzige Fassung des Statuts beizubehalten.

Ueber die Schankkonzessionssteuer in Preußen

referiert Oßf-Schöneberg. Er zeigt, was in den letzten zwanzig Jahren den Gastwirten alles aufgehalbt worden ist. Es bleibe nicht mehr viel übrig, um sie vollends zu ruinieren. Die preussische Schankkonzessionssteuer ist ein weiterer Schritt dazu, denn sie läßt es zu, daß die Kommunen nach den Gewerbesteuerklassen Sätze bis zu 8000 M. erheben. Die meisten Kommunen schiden sich auch schon an, von der Einführung dieser Steuer den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Es müsse von Verbands wegen mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Steuer protestiert werden, denn auf ein mannhafte Vorgehen der gewerkschaftlichen Organisationen sei nicht zu rechnen. Sie werden zwar momentan sich entrüsten, bei den Wahlen aber wieder diejenigen wählen, die solche Steuern erst schaffen. Lasse sich gegen die neue Besteuerung nichts ausdrücken, so sei die Schuld jenen zuzuschreiben, die in Patriotismus aufgehen und kein Verständnis dafür haben, wie der eigene Stand zu schützen ist. (Beifall.) — Nach kurzer Debatte wurde einstimmig beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, eine Resolution auszuarbeiten und alles anzubieten, um die Sache vor dem Forum des Reichstages zur Sprache zu bringen.

Hierauf referierte v. d. Heyden-Köln über das Branntweinschankverbot vor 8 Uhr früh und die Alkoholfrage.

In verschiedenen Regierungsbezirken Preußens besteht seit Jahren ein Verbot des Branntweinschankes vor 8 Uhr früh, das mit Zunahme der Antialkoholbewegung immer scharfer in Anwendung gebracht wird. Die hohen Herrschaften, deren Keller von Wein überflutet ist und die für ein Fuder Wein mehr ausgeben, als eine Arbeiterfamilie im Jahre verdient, dieselben Herrschaften gönnen es dem Arbeiter nicht, daß er vor 8 Uhr früh sein Schnapschen trinkt. Dabei wendet die Polizei allerhand Tricks an, um die Wirte zu bescheln, und vergünstigt jene Wirte, die nicht im Verdachte stehen, sozialdemokratisch gesinnt zu sein. Die Antialkoholbewegung ergreift aber auch weitere Kreise innerhalb der Partei. Der Kampf gegen den Mißbrauch des Alkohols sei gewiß durchaus berechtigt, heute nimmt aber dieser Kampf vielfach fanatische Formen an und wende sich gegen die Verkäufer des Alkohols, während die Erzeuger dieses „Teufels“ Millionen und Abermillionen Liebesgaben in die Tasche gesteckt erhalten. Wissenschaftliche Autoritäten weisen einwandfrei nach, daß der Alkohol nur bei übermäßigem Genuß Schaden anrichten kann. Antialkoholiker aber, wie Kassenstein, sagen demgegenüber, daß die Kinderwertigkeit der Kinder und alles Unglück in der Familie nur die Folge des Alkohols sei. Da müssen sich ja Marx, Lassalle und die englischen Fabrikinspektoren gründlich geirrt haben, als sie nachwiesen, daß die erwähnten Schäden durch die Auspoierung der zum Darben verurteilten Arbeiter in den sinkenden Fabriken eintreten. Und haben etwa unsere Klassiker ihre besten Sünden und unsere größten Meister ihre schönsten Melodien bei Selterwasser gemacht? Kein anständiger Wirt habe ein Interesse daran, daß sich seine Gäste betrunken. (Sehr richtig!) Aber alle Wirte müßten sich darüber empören, daß sie als die Schuldigen der angeblichen Alkoholschäden beurteilt werden, während die Erzeuger des gemeinlichen Übels, die Schnapsjunker, Prämien erhalten. Ein solcher Fanatismus fordere zum schärfsten Protest heraus. (Beifall.) Der Referent legte folgende Resolutionen vor:

1. Zu dem Verbot des Branntweinschankes vor 8 Uhr morgens:

Der Verbandstag der freien Gastwirte Deutschlands protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die ungleichartige und rigorose Behandlung der Gast- und Schankwirte in den verschiedenen Provinzen des preussischen Staates durch die polizeiliche Einschränkung des Branntweinschankes vor 8 Uhr morgens. Da der Verbandstag fest davon überzeugt ist, daß das Verbot mehr zur Förderung als Herabminderung der Trunksucht

dient und die ungleiche Behandlung der Schankwirte und der Bevölkerung innerhalb ein und desselben Staates einen ausnahms-gesellschaftlichen, schändlichen Charakter an der Stirne trägt und damit das Rechtsbewußtsein untergräbt, verpflichten sich die Delegierten, mit allen zulässigen Mitteln das Verbot zu bekämpfen und aus der Welt zu schaffen.

2. Gegen die Antialkoholbewegung:

Der Verbandstag der freien Gastwirte Deutschlands hält vollstimmige Beschlüsse über die schädlichen Wirkungen des übermäßigen Alkoholgenußes für dringend geboten, protestiert aber zugleich ganz entschieden gegen die teils übertriebenen, teils abernern Lehren sogenannter Abstinenter, die alles Elend, alle menschlichen Gebrechen und Unvollkommenheiten und sogar die Degeneration der Arbeiterklasse aus dem Schnaps- und Biergenusse herleiten und damit abschließend und unabsehlich den Wachtbüchern und beifühenden Klassen alle Verantwortung für die Not und elende Lage des eigentlichen Volkes abnehmen. Wenn das wahr wäre, was von vielen Abstinenten behauptet wird, dann würden die Lehren der Statistil über die schädlichen Wirkungen der schauergewöhnlichen Luft in Fabriken und Bergwerken, der mangelhaften Ernährung und der überlangen Arbeitszeit auf den menschlichen Organismus nichts als eine große Lüge sein, und ein Quetelet, ein Molejshott, ein Marx, ein Lassalle hätten umsonst gelebt.

Der Verbandstag bezeichnet es ferner als plumpen Schwindel, daß der Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke in Traktäthen und Broschüren den Bier- und Schnaps-genuß der Arbeiter bekämpft und in für andere Kreise bestimmten literarischen Erzeugnissen die ostelbischen Kartoffelbrennereien und Spiritusfabriken geschildert wissen will, ja sogar die Beibehaltung der sogenannten Liebesgabenpolitik befürwortet. Wenn es dem genannten Verein wirklich ernst ist mit der Bekämpfung des Alkoholismus, dann muß er ein Verbot der Kartoffelbrennereierzeugung herbeiführen, womit eine Hauptquelle des Übels verstopft werden würde. Solange aber die Tonangebenden des Vereins nur in der höheren Besteuerung der von der arbeitenden Klasse konsumierten geistigen Getränke und in der stärkeren Belastung und polizeilichen Schikanzierung der Gastwirte das Heil des Volkes erblicken, wird der Verband der freien Gastwirte Deutschlands dieselben als falsche Propheten, als Alister des ostelbischen Junkertums und als Schrittmacher des Steuerfiskus mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln bekämpfen.

Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Die Resolution zur Alkoholfrage soll dem Parteivorstande übermittelt werden.

Die Anträge auf Aenderung des Statuts und des Rechtsschutzreglements wurden einer Kommission überwiesen. Angenommen wurden zwei Anträge v. d. Heyden-Köln, die besagen, daß die Frage der Einrichtung einer Kranken- und einer Darlehensklasse dem Vorstande zu überweisen ist mit dem Auftrage, dem nächsten Verbandstage eine Vorlage zu machen. Ein Antrag der Zahlstelle Oera, bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands dahin zu wirken, daß durch einen Vertrag festgelegt wird, daß bei Uebertritt eines Gewerkschaftsmitgliedes zum freien Gastwirtsverbande, sowie bei Uebertritt eines Verbandsmitgliedes zu einer Gewerkschaft die Betreffenden als vollberechtigt anzunehmen sind, wurde debattelos einstimmig angenommen. Weiter beschloß der Verbandstag einstimmig, im Wege einer Petition den preussischen Kriegsminister um Aufhebung der Militärpflicht zu ersuchen, die über Wirte verhängt sind, deren Lokale zu sozialdemokratischen Versammlungen zur Verfügung stehen.

Die Frage der

Stellung des Verbandes zur Boykott

ist zwar von der Tagesordnung abgesetzt worden; auf Antrag der Delegierten für den Halberstädter Bezirk findet aber dennoch eine Besprechung dieser Angelegenheit statt. Die Parteimitglieder dieses Bezirks sind Konjunktur einer Brauerei, über die wegen Entlassung eines Arbeiters von den Gewerkschaften der Boykott verhängt worden ist. Infolgedessen ist diesen Wirten das Kapital gekündigt worden. Einige davon hatten Verträge unterschrieben, laut deren sie, wenn sie anderes Bier bezögen, pro Tonne 5 M. Entschädigung bezögen müssen. Der Verbandstag möge sich äußern, wie sich die Mitglieder in solchen Fragen verhalten sollen. Der Vertreter für Weimar bringt die dortigen Verhältnisse zur Sprache. Es wird auch von anderer Seite bemängelt, daß vielfach Boykotts verlangt werden, ohne vorher mit den Wirten, die in Mitleidenschaft gezogen werden, Rücksprache zu nehmen. Der Verbandstag beschloß daher, den Vorstand zu beauftragen, mit der Generalkommission der Gewerkschaften oder mit dem Zentralvorstande der Brauereiarbeiter darüber zu verhandeln, daß bei Boykottüberhängungen die Mitglieder des Verbandes freier Gastwirte am Orte zur Beratung zugezogen werden.

Zur Frage der

Stellung des Verbandes zur Partei und zu den Gewerkschaften

wurde noch folgende Resolution angenommen: „In Anbetracht, daß wir bei Erweiterung unserer Organisation vielfach auf Widerstand seitens der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen in den einzelnen Orten stoßen, beschließt der dritte Verbandstag, den Vorstand zu beauftragen, ein Flugblatt auszuarbeiten und über ganz Deutschland zu verbreiten, in welchem die Bestrebungen und Ziele des Verbandes klargelegt werden, so daß die organisierte Arbeiterschaft begreift, daß wie gegenüber sämtlichen bestehenden Gastwirtsorganisationen die einzige sind, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, wie dies auch statutarisch festgelegt ist. Es soll dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, in jene Orte einzudringen, wo die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen bereits festen Fuß gefaßt haben.“

Daß der Vorstand nach diesen Grundsätzen handelt, beweisen die in großen Massen von den einzelnen Zahlstellen geleisteten finanziellen Unterstüzungen bei Sitz- und Aussperrungen.

Der Verbandstag erwartet daher, daß in Zukunft die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen diesen Bestrebungen mehr Entgegenkommen zeigen werden.“

Zum Punkt „Presse“ beantragt die Beschwerdekommision, daß vom 1. Oktober ab die Zeitung wöchentlich erscheinen soll. Der Posten eines Redakteurs soll ausgeschrieben werden. — Als Ort für den nächsten Verbandstag wurde Köln bestimmt. Vorsitzender Litfin und Kassierer Wink wurden fast einstimmig wiedergewählt. Mit einem Hoch auf den Verband und die Partei wurde der Verbandstag geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Ueberschüsse.

Soweit Ausweise vorliegen, haben die Bergwerksunternehmen in der ersten Hälfte des laufenden Jahres mit erhöhten Ueberschüssen abgeschlossen, so daß das Jahr 1907 aller Voraussicht nach, wenn nicht ganz erhebliche Veränderungen auf dem Wirtschaftsmarkt eintreten, noch glänzendere Gewinnziffern bringen wird als das Vorjahr. Es betrug z. B. der Gewinn im ersten Semester resp. im zweiten Quartal 1907

	1907	1906
Steinkohlenbergwerk Graf Bismarck	1 511 746	1 600 302
Bohmer Bergwerksverein	195 494	141 120
Aplerbecker Aktienverein	203 952	255 326
Rege Ewald (2. Quartal)	1 818 554	1 908 909
Königsborn	1 700 020	1 296 153
Effener Bergwerksber. König Wilhelm	1 443 163	1 402 258
Harpen (2. Quartal)	5 378 000	5 008 600
Gewerkschaft Tremonia	174 452	108 809
Wilhelmer Bergwerksverein	1 858 828	1 285 608
Bergwerks-A.-G. Röhren	671 721	627 967
Sibernia (2. Quartal)	3 978 888	3 728 804

Die angegebenen Summen sind teils als Ueberschüssen, teils als Ueberschüssen ausgewiesen; sie zeigen durchgängig für die letzte Periode eine Steigerung. Die Berg-Kapitalisten erfreuen sich einer kräftigen — Lohnzunahme.

Lage des deutschen Arbeitsmarktes. Die Lage des Arbeitsmarktes, so schreibt die Arbeitsmarktkorrespondenz, hat im Monat Juli eine bedenkliche Wendung erfahren: der Andrang auf hundert offene Stellen ist von 94,4 im Juni auf 115,1 im Juli hinaufgegangen. Das Bedenkliche in dieser Bewegung liegt nun nicht etwa darin, daß eine Zunahme eingetreten ist, denn die Zunahme des Andranges von Juni auf Juli ist eine alljährlich wiederkehrende Erscheinung; was vielmehr Beforgnis erregt, ist die Schärfe, mit der der Andrang emporgeschnellt ist, des weiteren aber die Tatsache, daß nunmehr die Besserung des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vorjahr nicht nur verschwunden, sondern sogar eine auffallende Verschlechterung gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres eingetreten ist. Nach der ganz besonderen Gunst im Juni, die durch ein starkes Wiederangebot von Arbeitskräften gekennzeichnet war, muß die plötzliche relative Ungunst im Juli natürlich um so schärfer ins Auge fallen.

Altienbrauereien.

Der Abschlag der 489 deutschen Altienbrauereien betrug im letzten Jahre 30 839 994 Hektoliter; im Vorjahre erzielten 486 Brauereien 29 539 778 Hektoliter. Der Rohgewinn wuchs von 98 503 274 Mark oder 3,33 M. per Hektoliter auf 106 504 810 M. oder 3,45 M. per Hektoliter. Einen höheren Reingewinn erzielten 287 Gesellschaften; 185 erreichten das Vorjahr nicht und 17 blieben auf der letztjährigen Höhe. 14 Gesellschaften mit einem Abschlag von 188 048 Hektoliter erlitten einen Betriebsverlust von 366 722 M. oder 1,95 M. per Hektoliter, welcher jedoch vom obigen Rohgewinn bereits in Abzug gebracht wurde; die gewinnbringenden 475 Altienbrauereien mit 30 651 943 Hektoliter Absatz erzielten somit einen Rohgewinn von 106 931 532 M. oder 3,49 M. per Hektoliter gegen 3,33 M. im Vorjahre. Der Reingewinn vermehrte sich von 57 190 585 M. oder 10,16 Prozent des Altienkapitals um 4 732 807 M. oder 0,60 Proz. auf 61 923 432 M. oder 10,85 Proz. Einen höheren Gewinn verzeichneten 317 Brauereien, während 152 hinter dem Ertrage des Vorjahres zurückblieben und 20 auf der letztjährigen Höhe beharrten. 33 Gesellschaften mit einem Altienkapital von 15 243 675 M. verzeichnen einen, vom obigen Reingewinn allerdings bereits gezögten Verlust von 1 908 737 M. oder 12,91 Proz. des Altienkapitals; bei den 456 gewinnbringenden Brauereien mit einem Altienkapital von 555 448 750 M. berechnet sich der Reingewinn von 63 892 169 M. somit auf 11,50 Proz. gegen 11,03 Proz. i. S. Die Dividende stieg von 42 850 918 M. oder 7,61 Proz. um 1 866 806 M. oder 0,14 Proz. auf 44 217 724 M. oder 7,75 Proz. Höhere Dividenden verteilten 111 Gesellschaften, 58 geringere und 220 blieben auf der vorjährigen Höhe. 94 Gesellschaften mit einem Altienkapital von 55 418 675 M. konnten keine Dividende bezahlen.

Die russischen Gesteinszufuhren auf dem Rogerviehofe in Friedrichsfelde nehmen von Woche zu Woche beständig zu. Die Zufuhren waren in der Zeit vom 12. bis 18. Juli 38 100 Gänse, 1600 Enten und 1800 Hühner. Auf 45 950 Gänse und 1825 Enten stiegen die Zufuhren vom 19. bis 25. Juli. Eine ganz gewaltige Zunahme brachten die beiden letzten Wochen. Vom 26. Juli bis 1. August trafen 62 100 Gänse, 3115 Enten und 500 Hühner ein und vom 2. bis 8. d. M. sogar 79 200 Gänse, 3310 Enten und 2200 Hühner. Trotzdem die Zufuhren in den beiden letzten Wochen bedeutend größer waren, sind die Preise für Gänse von 2,80 bis 3,70 M. auf 3,00 bis 4,20 M. gestiegen. Die Preise für Enten sind in der Zeit vom 26. Juli bis 1. August auf 1,50 bis 1,75 M. gestiegen, gingen aber in den letzten Tagen auf 1,40 bis 1,60 M. zurück. Für Hühner sind die Preise gefallen. Es wurden für junge 80 Pf. und für alte 1,60 M. gezahlt.

Die amerikanische Koksindustrie hat in den letzten 25 Jahren einen enormen Aufschwung genommen. Das nimmt natürlich nicht wunder; hat doch die Kohlenförderung in Amerika ein Wachstum erfahren, gegen das alle anderen Länder, sogar England, zurückgeblieben sind. Amerika ist damit an die Spitze der Kohlenproduktion getreten; seine Förderung macht bereits über ein Drittel der gesamten der Erde aus. Nach dem soeben erschienenen Jahresbericht 1906 hat sich die Zahl der Koks produzierenden Betriebe (278) seit 1880 mehr als verdoppelt, das in ihnen investierte Kapital aber hat sich verzehnfacht, es beträgt jetzt 381 000 000 M. Die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter hat sich verfünffacht und beträgt jetzt 18 981. Die Lohnsumme hat dagegen natürlich stärker zugenommen, von 5 Mill. M. (1880) auf 39,3 Millionen Mark im Jahre 1906, also um 677 Proz. Der Wert des Selbes ist ja in den letzten 25 Jahren erheblich gesunken. Entsprechend der technischen Vervollkommnung der Betriebe weist der Wert des verarbeiteten Materials aber eine noch stärkere Steigerung auf. 1880 wurde für 12,6 Millionen Mark Material verarbeitet, 1906 dagegen für 125 Millionen Mark, darunter für 123 Millionen Mark Koks. Das bedeutet eine Steigerung um fast 900 Proz. Der Wert der hergestellten Produkte ist fast ebenso stark gestiegen. Er betrug 1880 nur 22,5 Millionen Mark, 1906 dagegen 217 Millionen Mark, die Steigerung macht hier also 865 Proz. aus. Die Nebenprodukte nehmen jetzt mit 11,5 Millionen Mark Wertsumme Anteil. — Die Betriebe befinden sich naturgemäß in erster Linie in der Nähe der amerikanischen Koksgruben. Allein 112 liegen in Pennsylvania (südlich an den Staat New York grenzend), 80 in West-Virginien (südlich von Pennsylvania), 24 in Alabama (am Golf von Mexiko) usw. Demgemäß entfiel auch der größte Anteil des verbrauchten Materials (62 Proz.) sowie des erzeugten Wertes an Produkten (65 Proz.) auf Pennsylvania, wo auch inselgedessen die größte Ausbeute aus dem verarbeiteten Rohmaterial erzielt wird (70 Proz.). Sodann folgen West-Virginien, Alabama, Virginia, Colorado, Tennessee, Ohio usw. Die Zahl der im Betrieb befindlichen Koksöfen beträgt in Pennsylvania 37 205, in West-Virginien 9010, in Alabama 5247, in Virginia 3426, in Colorado 2250 usw., in der ganzen Union 62 973. Der Jahresbericht arbeitet auch mit Anschauungsmitteln; er enthält eine ganze Reihe von Abbildungen, die die Ausdehnung und die Gewaltigkeit der Betriebe und Anlagen klar erkennen lassen.

Der Wert der gewonnenen Nebenprodukte beträgt 13,1 Millionen Mark, davon entfielen 2,6 Millionen Mark auf Leer, 3,4 Millionen Mark auf Ammoniumsulfat, 3,2 Millionen Mark auf flüssiges Ammoniak, 3,8 Millionen Mark auf gewisse Gase und der Rest von 0,45 Millionen Mark auf andere Produkte. Infolge dieses Wachstums der Koksindustrie ist natürlich auch der Export an Koks stark gewachsen. 1896 betrug er erst 2,1 Millionen Mark, 1906 aber schon 9,4 Millionen Mark. Die Einfuhr an Koks ist trotzdem erheblich gestiegen. 1896 betrug sie noch nicht ¼ Millionen Mark, 1906 dagegen schon 3¼ Millionen Mark. Der Import an Nebenprodukten geht dagegen zurück, während die Ausfuhr wächst. Nur Ammonialsalze werden in steigender Masse eingeführt, 1906 für 3,4 Millionen Mark.

Seitenstand in Amerika. Nach dem Monatsbericht des Ackerbauereis betrug der Durchschnittsstand am 1. August: Frühjahrswegen 79,4, Mais 82,8, Gerste 84,5, Hafer 75,0, Roggen 83,9, 86,9, 88,1, 80,3, 82,8 und 80,8 im Vorjahre, alles in Prozenten. Nach vorläufiger Schätzung dürfte Winterweizen ein Durchschnittsergebnis von 14,6 Bushels per Acre gegen 16,7 im Vorjahre ergeben.

Soziales.

Amlich beschäftigt!

Die Ungünstigkeit des Arbeiterschutzes wird dokumentiert in dem Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten in Elsch-Postlingen für das Jahr 1906.

Von überhaupt 7028 Fabriken mit 200 816 Arbeitern wurden 1784 Betriebe mit 104 801 beschäftigten Arbeitern revidiert, gleich 60 Proz. der Arbeiter und 81 Proz. der Betriebe. Die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter hat um 723, die der beschäftigten Kinder um 23 zugenommen. Die stärkste Zunahme zeigt die Textilindustrie im Ober-Rhein. Dort wurden an Stelle der streikenden jugendlichen Arbeiter eingestellt. Junge Leute von 14-16 Jahren wurden in allen 8 Aufsichtsbezirken 15127 und Kinder unter 14 Jahren 1162 beschäftigt. Bezeichnendweise wird über Mangel an „jungen Leuten“ in den meisten Industriezweigen und auch im Handwerk geklagt. Die größere Zahl der jungen Leute wurde von dem zum Hüttenwesen gehörigen Anlagen absorbiert. Im Ober-Rhein beträgt die Zahl der jugendlichen Arbeiter 8191 bei einer Gesamtarbeiterzahl von 88 755 Personen. Wohl war der Beschäftigung ein guter und stiegen die Löhne, aber — sagt der Bericht wörtlich: „Die Lebensmittelpreise sind in den letzten Jahren schneller in die Höhe gegangen als die Löhne in den meisten Erwerbszweigen, so daß es im allgemeinen den Leuten kaum möglich war, den früheren Stand ihrer Lebenshaltung aufrecht zu erhalten.“

Zahlreich wurden die Handhabungen der gesetzlichen Bestimmungen durch die Unternehmer von den Aufsichtsbeamten beanstandet. In Sägewerken, Schotterwerken, Steinbrüchen und Ziegeleien, in Spinnereien, vor allem aber in Tabakfabriken wurden jugendliche Arbeiter über 10 Stunden hinaus beschäftigt. In zwei Ziegeleien wurde ungesetzliche Beschäftigung von Kindern beobachtet. Resigniert meint der Bericht, daß die in Ziegeleien da und dort noch auftretende ungesetzliche Arbeit von Kindern und Frauen „sich nur durch eine ausgiebige Mitwirkung der Ortspolizeibehörden wird völlig beseitigen lassen“. Zu schmerzlichen Ausbeutungspraktiken griffen zwei neugegründete Zigarrenfabriken. Die eine schloß mit 25 von 44 beschäftigten Personen „Verträge“ ab, worin die Lehrlinge sich zur Zahlung von Entschädigung verpflichteten, falls sie vor Ablauf von zwei Jahren die Fabrik verlassen. Die jungen Leute wurden aber als Widelmacher — eine Arbeit, die man in 14 Tagen lernt — und obendrein noch im Affordlohn beschäftigt. Die andere Fabrik unterschied sich nur darin von der eben genannten, daß sie drei Jahre Lehrgeld und 100 M. (!) Entschädigung forderte. — Wegen dieser „Menschenfreundlichkeit“ legte die Inspektion ihr Veto ein.

Die Verordnungen gegen das Kinderschutzgesetz wurden in bedeutender Zahl festgesetzt. In einer Ziegelei wurden zwei italienische Kinder unter 13 Jahren beschäftigt. Der Beamte von Lothringen hat festgestellt, daß in einzelnen Gemeinden des Kantons Saaralben Schulkind bis nachts 10 und 11 Uhr, oft bis Mitternacht mit Flechtarbeiten in der hausindustriellen Strohhutflöchterei beschäftigt wurden. Unter den ungünstigsten Licht- und Luftverhältnissen wurden selbst noch nicht schulpflichtige Kinder herangezogen. Im günstigsten Falle verdient eine erwachsene Geschickte Person bei einer Arbeitszeit von morgens früh bis nachts 1 Uhr — 2 Mark. (!!) Der gewöhnliche Verdienst schwankt zwischen 0,80 bis 1,20 Mark. Ungeschickte verdienen noch weniger. Wörtlich sagt der Bericht hierzu:

„Die Ernährung ist daher eine sehr schlechte, vielfach nur Brot und Schnaps (!!), Kaffee und Kartoffeln, und bedingt mit den in jeder Hinsicht gesundheitswidrigen Arbeitsverhältnissen eine frühzeitige Abmagerung. Die jungen Leute werden militäranfänglich, die Mädchen allen früh und sind fast sämtlich blutarm und krank.“

Und der Beamte bemerkt weiter, daß die Polizeibehörden auch in anderen Erwerbszweigen Mißstände ähnlicher Art festgestellt haben. Und wenn etwas geeignet ist, die Notwendigkeit zu zeigen, daß auch der Klassenstaat der Heimarbeit mehr Aufmerksamkeit zuwenden, dann die Bemerkung seines Beamten, daß es dem vielbeschäftigten Gewerbeaufsichtsbeamten beim besten Willen nicht möglich sei, die Ueberwachung der gesetzlichen Bestimmungen allein durchzuführen.

Uebereinstimmend konstatiert ferner der Bericht, daß bei der häufig vorkommenden Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auffallend niedrige Geldstrafen von den Gerichten festgesetzt werden. Oftmals seien die Ersparnisse durch Nichtanbringung von Schutzvorrichtungen vorteilhafter als die niedrigeren Geldstrafen. Der Beamte bestätigt, was wir schon oft sagten:

„Solange von den Gerichten so überaus niedrige Strafen für schwere materielle Vergehen gegen die Arbeiterschutzvorschriften, nicht allein gegenüber Jugendlichen, sondern gegen alle Arbeiter, verhängt werden, ist auf eine Verminderung der Zuwiderhandlungen nicht zu rechnen.“

Wir sind sogar der Meinung, daß solche „Strafen“ direkt einen Anreiz bilden, die Gesetze zu überschreiten. Der Unternehmer macht dabei immer noch seinen Profit.

Im Gegensatz zu dem Verhalten der Unternehmer konstatiert der Bericht vom Ober-Rhein, daß die Arbeiter sich immer mehr um die Anbringung von Schutzvorrichtungen kümmern und Bekümmern über das Fehlen solcher Einrichtungen mehrfach im Berichtsjahre einliefern“. Insbesondere wirkten die Bauarbeiter bei der Ausführung des Arbeiterschutzes auf Wauten mit.

Einer Tuchweberei mußte unterlagert werden, gallische Arbeiter belerbet Geschlechts in durchaus feuchten und verwahrlosten Räumen zu lassen. In einer Ziegelei benutzten Mann, Frau und Schwägerin einen Schlafraum. In einer anderen Ziegelei schliefen acht Italienerinnen in einem Speicher neben dem Maschinenraum. Jede Ausstattung des Raumes fehlte. Die abgelegten Kleider mußten an den Sparren des unverkalteten Daches untergebracht werden.

Der Bericht bringt auch einige erfreuliche Mitteilungen über die Verkürzung der Arbeitszeit. Im Unter-Rhein haben fünf größere Betriebe die zehnstündige Arbeitszeit unter Fortzahlung der früheren Verdienste für die Beschäftigten durchgeführt und „sehr gute Erfahrungen gemacht“. Das Wasserwerk der Stadt Strahburg hat bei seinem Tag- und Nachtbetrieb — unter Vermehrung der Arbeiterzahl — drei achtsündige Beschäftigten eingeführt. Im Kreise Schwetzer, in der Stadt Colmar, in den Seidenhandwebereien von St. Ludwig, ja selbst da und dort in den Textilbetrieben der Gebirgsdäler ist der 10- oder 10 1/2 stündige Arbeitstag durchgeführt worden. Interessant ist eine Statistik, die eine Schwetzer Firma ausgenommen hat. Vor dem Streik wurde bei ihr 11, nach dem Streik 10 1/2 Stunden gearbeitet. Pro Stunde und Weibstuhl wurden vor dem Streik durchschnittlich 2,5175 Meter produziert. Nach dem Streik aber: vom 21. April bis 5. Mai 2,468 Meter, vom 5. Mai bis 19. Mai 2,548 Meter und vom 19. Mai bis 2. Juni 2,601 Meter. Das beweist, daß bei kürzerer Arbeitszeit die Leistungsfähigkeit des Arbeiters steigt.

Gerichts-Zeitung.

Eine Anklage wegen Postposthinterziehung, die für die weitesten Kreise der Geschäftswelt von großem Interesse sein dürfte, wurde gestern vor der ersten Ferienkammer des Landgerichts II verhandelt. Auf der Anklagebank mußten der Verlagsbuchhändler Dr. Ohneschütz, Richter, der Schriftsteller Dr. Schulz-Engelhard und der Kaufmann Edward Karber Platz nehmen, um sich wegen Vergehens gegen den § 1 des Reichsgesetzes über das deutsche Reichspostwesen vom 28. Oktober 1871 zu verantworten. Die beiden ersten genannten Angeklagten sind Geschäftsführer bzw. Teilhaber der „Repostelle“ Anklagegesellschaft m. b. H., während der dritte Angeklagte Angestellter der Berliner Paketfahrt-A. G. Starke u. Co. ist. Im Frühjahr dieses Jahres wurden von der genannten Ver-

lagsanstalt an zahlreiche Personen besseren Standes ohne vorherige Bestellung 16 Kunstblätter zum Preise von 1,60 M. übersendet. Zwischen dem Verlage und der Paketfahrtgesellschaft kam ein Vertrag zustande, nach welchem letztere gegen eine bestimmte Gebühr den Versand der Kunstblätter übernahm. Der Versand selbst geschah in der Weise, daß die Blätter in einem großen verschlossenen Kuvert, welches mit bestimmter Adresse versehen war, an die einzelnen Personen von Angestellten der Paketfahrt abgeliefert wurden. Am 27. Dezember v. J. sandte die Verlagsgesellschaft dem Studiosus der Medizinien Kienopf im verschlossenen Kuvert jene Kunstblätter zu. Zufälligerweise ist der Empfänger der Sohn des Postdirektors K., der darin einen Verstoß gegen das Postgesetz erblickte. Dies schreibt vor, daß Briefe ausschließlich von der Postbehörde befördert werden dürfen. Eine Verletzung dieser Verordnung zieht eine Bestrafung mit dem vierfachen Betrage der hinterzogenen Portosumme nach sich. Seitens der kaiserlichen Oberpostdirektion wurde Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet, die das jetzige Strafverfahren zur Folge hatte. — Vor Gericht behaupteten die Angeklagten, nach keiner Richtung hin gegen das Monopol der Postbehörde sich vergangen zu haben. Es sei allgemein in der Berliner Geschäftswelt üblich, leichtgewichtige Waren als Paket durch die Paketfahrtgesellschaft beforgen zu lassen. Einen Brief könne man keineswegs in den Sendungen erblicken, sondern nur ein Paket. Der Staatsanwalt hielt die Angeklagten jedoch einer Portofraudation für schuldig. Nach der konstanten Rechtsprechung des Reichsgerichts sei alles, was unter 250 Gramm wiege und in einer briefähnlichen Umhüllung untergebracht werden könne, als Brief im Sinne des Postgesetzes anzusehen. In dem vorliegenden Falle habe die Sendung sogar nur 224 Gramm gewogen. Da nach einer eigenen Angabe etwa 7000 Exemplare verandt worden seien, so entspreche dies einem Portosatz von 350 M. In Gemäßheit der Strafbestimmungen des Postgesetzes beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 1400 M. Das Gericht erblickte ebenfalls in den Sendungen der Angeklagten eine Briefform und erkannte auf eine Geldstrafe von je 1400 M.

„Schwerer“ Diebstahl.

Daß vor unternehmungsküftigen Spitzbuben wirklich nichts sicher ist, als etwa glühendes Eisen, wurde durch eine Anklage bestätigt, welche die vorbestraften Arbeiter Franz Karl und Karl Elzner gestern vor der zweiten Ferienkammer des Landgerichts Berlin III führte. Die kleine alte Kirche, die vor Erbauung der neuen großen Kirche in Woghen-Kummelsburg die Stätte für Abhaltung des Gottesdienstes bildete, hat die Wandelbarkeit der irdischen Beside auch an sich erfahren müssen: nachdem sie für die geistlichen Zwecke überflüssig geworden war, wurde sie verkauft und einer profaneren Bestimmung zugeführt. Aus dem Kirchlein, dessen kleines Türmchen eine Glocke beherbergte, wurde ein Restaurationslokal, in dessen Räumen lebensfrohe Menschen bei lustigen Tanzweisen einen kleinen Vorstoß auf die Seligkeit zu nehmen pflegen. Die Glocke, die auch noch bei der Restauration des alten Bauwerks in dem kleinen Turm hängen blieb, hatte es den beiden Angeklagten angetan. In der Nacht vom 10. zum 11. April kletterten sie geräuschlos auf das Dach, lösten kunstgerecht die 105 Pfund schwere Glocke aus dem Glockenstuhl und es gelang ihnen wirklich, mit ihrer gewichtigen Beute unbemerkt zu entkommen. Sie haben die gestohlene Glocke für 35 M. verkauft. Nach kurzer Zeit waren die Persönlichkeiten der dreifachen Diebe festgesetzt und Karl, der mit Rücksicht auf die Zahl seiner Vorstrafen fluchtverdächtig schien, wurde in Untersuchungshaft genommen. Er wurde gestern vom Gerichtshof zu 5 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft verurteilt. Gegen Elzner lautete das Urteil auf 3 Monate Gefängnis.

Die für im Rückfalle verübten Diebstahl oder Betrug angebrochten Strafen

Reisen oft in keinem Verhältnis zu dem Werte, um den es sich bei der Tat handelte. So wurde vom Landgericht Chemnitz ein Bergarbeiter, der sich seinen Kassekrug mit Kohlen füllte deren Wert neun Pfennig betrug, wegen einfachen Rückfallebstahls zu der Mindeststrafe für dieses Delikt zu dreimonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt. Eine arme Arbeiterweibchen stahl für ihr Kind, das sie unter dem Herzen trug, vom Weichspähe weg, auf den sie durch Ueberreifen gelangt war, etwas Silber und eine von geringem Werte. Sie wurde wegen im Rückfalle verübten schweren Diebstahls mit der Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis belegt. In beiden Fällen waren den Angeklagten mildernde Umstände zugestanden worden; ins Justizhaus wanderten sie, wenn ihnen mildernde Umstände verjagt worden wären, wie dem Handarbeiter Groppe, der, ein Mann von 53 Jahren, nach der Verbüßung seiner Strafe sich wieder auf seine Schwindelereien verlegte. Er benutzte die Dienstbotennot auf dem Lande und erreichte in 16 Fällen, daß ihm Beträge von 20 Pf. bis 2 M. ausgehändigt wurden für Versorgung von Dienstboten, für die er sich angeboten, an die er aber gar nicht gedacht hatte; in 7 Fällen hatte er keinen Erfolg gehabt. Da er als rückfälliger Betrüger vor das Gericht kam und dieses ihm mildernde Umstände verjagte, mußte er zu Justizhausstrafe und Geldstrafe zugleich verurteilt werden. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Justizhaus und 2700 M. Geldstrafe, an deren Stelle weitere 124 Tage Justizhaus treten, denn der arme Teufel hätte ja die Schwindelereien nicht ausgeführt, wenn er soviel Geld hätte. — Graulich harte Strafen müssen oft von den Gerichten verhängt werden, weil den Richtern durch die Minimalgrenze die Hände gebunden sind. Da können die Verhältnisse, die den Taten zugrunde lagen und für manchen Täter zwingend waren, nicht berücksichtigt werden. Oft geben dann die Richter den Rat, die Gnade des Landesherren anzurufen. Laut und dem Gesegeben vernünftig muß aber die Forderung erhoben werden: Weg mit der hohen Minimalstrafgrenze!

Ein ganz unglaubliches Verbrechen

hat der Russer Wilhelm Dellmer begangen. Er ist am 22. Juni vom Schwurgericht Landshut a. W. wegen Raubtotschlags, begangen an seiner eigenen 60 Jahre alten Mutter, verurteilt worden. Seine Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Sein eigenes Geld gestohlen.

Wegen Rückfallebstahls und Hehlerei ist am 22. Juni vom Landgericht Reusetal der Tischlergeselle Friedrich Holz zu 1 Jahr 6 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er hat das Verstoß seines Vaters gewaltsam geöffnet und zwei Hundertmarkscheine daraus entnommen. — In seiner Revision machte er geltend, daß das Geld eigentlich ihm selbst gehört habe, da es zu seinem Erbteil gehörte, dessen Nießbrauch der Vater nur habe. — Das Reichsgericht erkannte gestern auf Verwerfung der Revision, da dieser Umstand einen Diebstahl nicht ausschließt.

Ein gefährliches Dienstmädchen.

Vom Landgericht Traunstein ist am 29. Mai die noch nicht 18 Jahre alte Dienstmagd Anna Heinerich wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt worden. Es geschah ihr bei ihrer Herrschaft nicht, um aus der Stelle zu kommen, zündete sie einfach das Haus ihrer Herrschaft an, wodurch dieser ein großer Schaden entstand. — Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob das Reichsgericht das Urteil im Strafmaß auf und verurteilte die Angeklagte zu der gesetzlich zulässigen Mindeststrafe von einem Jahre Gefängnis.

Ein dreifacher Betrugschwindler

beschäftigte das Reichsgericht. Vom Landgericht I in München ist am 15. Juni der Monteur Joseph Köd wegen Rückfallebetruges und Urkundenfälschung, ferner wegen mehrfachen Schwere und einfachen Diebstahls im wiederholten Rückfalle und verbotenen Waffentragens zu 9 Jahren Justizhaus verurteilt worden. Als er Anfang Dezember 1906 fünf Tage in Steinbrügg als Inzeratenteil veranlo: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vortwärts

Monteur tätig war, knüpfte er mit der Kassnerin L. ein Liebesverhältnis an, obwohl er schon zwei „Bräute“ hatte. Er versprach ihr, sie zu heiraten und unterhielt von München aus mit ihr einen Briefwechsel. Er versprach ihr auch, ihr eine gute Stelle zu beschaffen und suchte sich auch auf andere Weise in ihr Vertrauen einzuschleichen. Alles dies tat er nur, um ihr nach und nach ihre Ersparnisse in Höhe von 47 M. abzuschwindeln. Einem anderen Mädchen schwindelte er auf ähnliche Weise 480 M. ab. Dann hat er noch eine Reihe von Diebstählen ausgeführt, bei denen seine Geliebte, die Mitangeklagte Schwenberger, Hehlendienste leistete. — Die nur von Köd eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

Verfammlungen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am Montag eine Versammlung ab, in der zunächst die Neuwahl des Ausschusses vorgenommen wurde. Die Auszählung der Stimmzettel ergab, daß folgende Genossen in den Ausschuh gewählt waren: Wilhelm Hörner, Tabakarbeiter; Ernst Brückner, Seabauer; Josef Hartmann, Metallarbeiter; Hermann Raab, Holzarbeiter; Paul Schade, Buchbinder; Oswald Schumann, Handelshilfsarbeiter und Billi Siering, Schmied.

Sodann berichtete Runge, Schneider, über den Wohlstand in der Konfektion. Er bemerkte einleitend, daß die Schneider, als sie vor fünf Vierteljahre die Verhandlungen mit Partei und Gewerkschaften anknüpfen, geglaubt hätten, die Sache werde etwas schneller durchgeführt werden. Sie könnten bis jetzt jedoch mit dem erzielten Erfolge vollaus zufrieden sein. Selbstverständlich sei es, daß die Zwischenmeister dem Hauptzweck des Boykotts lebhaften Widerstand entgegensetzten, weil sie selbst daran interessiert seien, das Zwischenmeisterrechtssystem aufrecht zu erhalten. Der Redner zeigte an einigen Beispielen, welche Gewinne Zwischenmeister durch ihre Tätigkeit des Abholens und Lieferens der Arbeit erzielen, und erwähnte u. a. einen Zwischenmeister, der vier Arbeiter und eine Arbeiterin beschäftigt, im ganzen 111 M. Lohn die Woche auszahlt, selbst aber für seine eigene Person 74 M. Gewinn erzielt. Man könne, so führte der Redner weiter aus, natürlich nicht aus Rücksicht auf die Existenz dieser Zwischenmeister die Interessen der großen Masse seiner Kollegen preisgeben. Die Kollegen, die nicht bei Großfirmen arbeiten, könnten nun ja nicht von diesen selbst fordern, daß sie Werkstätten einrichten sollten. Aus diesem Grunde habe man das ja auch von der Berliner Arbeiterkammer anerkannte Verfahren einzufragen müssen. Damit habe man nun zunächst erzielt, daß ungefähr 25 Detailgeschäfte, die für den eigenen Bedarf arbeiten, Werkstätten einrichteten, in denen ungefähr 300 Personen tätig sind. Der Boykott der Detailgeschäfte, die von Großfirmen beziehen, wirkte aber auch dahin, daß die Großkonfektionäre selbst sich genötigt sahen, eigene Werkstätten zu errichten, um die Kundenschaft der Detailisten nicht zu verlieren. Einige Detailgeschäfte, die bisher alles von Großfirmen bezogen, haben nämlich eigene Werkstätten errichtet, weil sie in der Heimarbeit hergestellte Ware der Großkonfektionäre nicht mehr an den Mann bringen konnten. Bis zum Herbst würden für 800 bis 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen Werkstätten eingerichtet sein. Das sei für den ersten Anlauf ein guter Erfolg. Nun könne man ja annehmen, daß die Gesetzgebung durch eine Reglementierung der Heimarbeit eingreifen werde. An sich sei von solchen Maßnahmen nicht viel zu erwarten, doch würden wahrscheinlich manche Großfirmen aus Furcht und Abneigung vor der vielen Schreiberei und Kontrolle, die damit verbunden sein werde, lieber in eigenen Werkstätten arbeiten lassen. Wenn die Gesetzgebung dazu beitrage, so könne das der Schneiderorganisation lieber sein, als alle Reglementierung der Heimarbeit. — Der Redner erwähnte ferner die einstweilige Verfügung und den Prozeß, den der Boykott der Firma Böhm, Staligerstraße, zur Folge hatte. Die einstweilige Verfügung wurde bekanntlich vom Landgericht aufgehoben, aber darauf vom Kammergericht wieder für zu Recht bestehend erklärt. Der Redner meinte, daß nun vor dem Reichsgericht wohl der Schneiderverband wieder an der Reihe sei, Recht zu erhalten. Im übrigen sei die Firma Böhm in der Staligerstraße gerade durch den Prozeß jedenfalls bekannt genug geworden, so daß das Verbot, sie zu boykottieren, der Sache selbst nichts schaden könne. Auf andere Firmen bezog sich das Verbot ja nicht; wenn diese vielleicht Lust hätten, den ganzen Sommer über des Boykotts wegen zu projekzieren, sei das ihre Sache. — Zum Schluß ersuchte der Redner die Gewerkschaftsvertreter, dafür zu sorgen, daß den Vertretern der Schneiderorganisation Gelegenheiten gegeben werde, in Versammlungen der einzelnen Gewerkschaften über die ganze Angelegenheit zu sprechen, und sprach im Namen seiner Organisation den Dank dafür aus, daß die Arbeiterkammer bisher für eine gute Wirkung des Boykotts gesorgt hat.

Hierauf machte der Gewerkschaftssekretär Körtzen eine Mitteilung, die sich auf den Verfall der Sternwarte in Treptow bezog. Ueber die Sache selbst hat bekanntlich der „Vorwärts“ kürzlich unter dem Titel „Ein Koschrei“ berichtet. Der preussische Staat hat bekanntlich für dieses gemeinnützige Institut kein Geld übrig, und die Stadt Berlin begnügte sich damit, die vierprozentige Verzinsung eines Kapitals von 100 000 M. zu garantieren. Von Privatleuten sind 96 000 M. für das Institut aufgebracht. Der Neubau soll so hergestellt werden, daß er den Ansprüchen weit mehr als der alte Bau genügt, und mit einem Vortragraum, der 600 bis 700 Personen Platz bietet. Dazu sind 250 000 bis 280 000 M. nötig. Der Direktor der Sternwarte hat sich nun an die Gewerkschaften gewandt mit dem Angebot, ihnen für eine Summe von im ganzen 80 000 M. 100 000 Doppelbilletts zur Verfügung zu stellen, und sich auch erbieten, für die Einzelbilletts in großen Sälen Berlins Projektionsvorträge zu halten. Die Doppelbilletts gelten für Vortrag und Fernrohr der Sternwarte. Den Gewerkschaften steht es frei, für die Wahrung mit dem Vertriebe der Biletts einen Aufschlag zu berechnen. Für die Gültigkeitsdauer der Biletts ist eine Grenze nicht festgesetzt. Die Sache ist um so mehr zu empfehlen, als vom Jahre 1908 ein Kommet, zunächst erst durch das Fernrohr, nach zwei Jahren auch mit bloßem Auge sichtbar wird, der seit 1835 nicht mehr beobachtet werden konnte. — Der Redner forderte die Delegierten auf, die Angelegenheit ihren Gewerkschaften zu unterbreiten, damit sich jede ihrer Mitgliederzahl und ihren Mitteln entsprechend daran beteiligen kann.

Zum Schluß ersuchte Körtzen die anwesenden Gewerbegehilfen, zwei Anträge an den Ausschuh des Berliner Gewerbegerichts zu unterzeichnen, von denen der eine die Abänderung des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes zum Ziele hat, während der andere sich auf die Konkursverfahren bezieht, die ja jetzt auch vor dem Gewerbegericht immer mehr eine Rolle spielt. — Die Verlesung der Präsenzliste ergab, daß folgende Berufe und Unterkommissionen nicht vertreten waren: Bildhauer, Brauer, Bierauangehörige, Chemigrafer, Glaschleifer, Kupferschmiede, Lagerhalter, Rarmorarbeiter, Steinarbeiter, Steinsetzer, Technisches Wägenpersonal, Zuschneider, Lichtenberg, Reinickendorf, Kummelsburg, Schöneberg und Tegel.

Die Generalversammlung des Verbandes der hauseigenen Hilfsarbeiter fand am Sonntag vormittag in der Brauerei „Friedrichshain“ statt. Nach dem Bericht des Kassierers Wittcher über das 2. Quartal 1907 betragen die Einnahmen 123 247,21 M. Der Bestand vom 1. Quartal war 55 366,11 M. Somit waren als Einnahmen insgesamt zu buchen 208 613,32 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 114 814,03 M., bleibt also zum 3. Quartal ein Bestand von 94 299,29 M.

Die Erziehung für einen Revisor war vorzunehmen und Theodor Schmidt wurde gewählt. — Wittcher legte dann eine Streikabrechnung vor und unterbreitete der Versammlung einen Antrag des Vorstandes, daß die Mitglieder einer Extrabeitrag von 60 Pf. pro Woche für die Zeit von zehn Wochen leisten sollen. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag mit großer Majorität angenommen.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der Inhaber des Lokals von Kettlich in Treptow, Herr Gijch, weigert sich, seiner durch Unterschrift bekräftigten Verpflichtung nachzukommen...

Bris-Bundow. Am heutigen Mittwoch, abends 1/2 9 Uhr, findet im Lokal „Landhaus“ (Wosfnoff), Chausseestraße 97 die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Stralsau. Der heutige Zahlabend des zweiten Bezirks fällt aus. Der Zahlabend des ersten Bezirks findet wie gewöhnlich am dritten Mittwoch jeden Monats im Lokal von Paul Schöps, Alt-Stralsau 17 statt.

Waldmannslust und Umgegend. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet Sonnabend, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, im Schweizerhäuschen, Waldmannslust, Dianastraße statt.

Berliner Nachrichten.

Ein Berliner Schulhaus-Idyll.

Am Dienstag haben die Schulen Berlins der mehr oder minder lernbegierigen Jugend wieder ihre Pforten geöffnet. Auch die 48. Knaben-Gemeinschaft in der Scharnhorststraße hat das getan...

Hinter dem Grundstück befindet sich die Pumpstation des 4. Radialsystems, die dort an die Kanäle grenzt. Diese Pumpstation hat bisher von der Scharnhorststraße her keine eigene Einfahrt gehabt, so daß der gesamte Wagenverkehr zur Station seinen Weg durch den für die Knaben bestimmten Eingang des Schulhauses und über den Schulhof hinweg nehmen mußte.

Der notwendige Umbau ist nun noch jetzt in vollem Gange. Die neue Einfahrt muß zwar gleichfalls durch das Schulhaus hindurchgeführt werden, sie wird aber wenigstens an die Grenze des Schulgrundstückes verlegt. Der alte Eingang ist für die Kinder unpassierbar; der Schulhof ist mit Baumaterialien aller Art bedeckt...

Wir machen uns darauf gefaßt, daß man im Rathaus diesmal um eine Ausrede nicht verlegen sein wird. Wahrscheinlich wird man hinausposaunen, an all dem sei nur der Maurerstreik schuld, der die Umbauarbeiten aufgehalten habe.

Die Existenzfrage der Treptower Sternwarte. Das wissenschaftliche Institut, draußen am schönen Treptower Park gelegen, befindet sich, wie wir bereits vor etwa fünf Wochen einmal mitteilten, in einem äußerst üblen Zustande.

bereits die sichere Gewähr zu einer vollständigen Erneuerung und Erweiterung des Instituts vorhanden wäre. Wer hätte wohl damals, als die Sternwarte errichtet wurde, geglaubt, daß das dürftige Gebäude in Ermangelung von Mitteln über ein Jahrzehnt aushalten müsse.

Der Direktor der Sternwarte hat sich nun, wie aus dem Bericht über die letzte Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission hervorgeht, an die Berliner Gewerkschaften gewandt und zum Zwecke eines Neubaus ein Anerbieten gemacht...

Wir zweifeln nicht daran, daß, wenn es sich um die Förderung eines wissenschaftlichen Instituts handelt, die organisierte Arbeiterschaft Berlins ihre Unterstützung zusagen wird.

Zur Frage der Verkehrsgemeinschaft Groß-Berlin hat die hierfür eingesetzte Kommission jetzt den Statutenentwurf fertiggestellt. Wir haben bereits vor einiger Zeit auf diesen Entwurf, der jetzt den zuständigen Körperschaften zur Beschlussfassung zugegangen ist, Bezug genommen.

Eine neue Straßenbahnlinie wird am morgigen Tage eröffnet. Es wird von diesem Tage ab die letzte Gemeinde Groß-Berlins, die noch keine Straßenbahnverbindung mit der Reichshauptstadt hatte, Kummelsburg, eine solche erhalten.

Das Freibad am Wannsee, das am Sonntag der Erholungsort Rehnhausen war, soll in Gefahr schweben, aufgehoben zu werden. Die Fortverwaltung hat sich mit einer Beschwerde an den Regierungspräsidenten gewandt und gegen die vielfachen Unzulänglichkeiten, die durch das badende Publikum hervorgerufen werden, Klage geführt.

Unfälle im Straßenverkehr.

Montagnachmittag gegen 3 Uhr wurden zwei Kinder am Alexanderplatz von einem Dreirad-Automobil überfahren. Der von einem Hausdiener einer hiesigen Konditorei geführte Kraftwagen fuhr, aus der Königstraße kommend, über den Platz, wobei der neunjährige Schüler Karl Ritter und ein achtjähriger unbekannter Knabe fast gleichzeitig von dem Automobil erfaßt und zu Boden geschleudert wurden.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich noch in der gleichen Zeit an der Ecke der Wichmann- und Reithstraße. Der Berliner Karl Siebricht aus der Zimmerstraße 46 hatte beim Ueberfahren des Fahrdammes nicht das Gerannahen des Droschkenautomobils Nr. 9019 beobachtet.

Ein tragischer Automobilunfall hat sich gestern nachmittag an der Ecke der Rantkeffel- und Oranienstraße ereignet. Die 27jährige Ehefrau Karlen aus der Stalitzerstraße war, ihren alten Vater am Arme führend, über den Fahrdamm geschritten, als plötzlich ein Privatautomobil in scharfem Tempo auf die beiden zugefahren kam.

Ein Opfer des Kindermörders, die fünf Jahre alte Tochter Else des Zigarrenhändlers Anispl aus der Prenzlauer Allee 25 konnte gestern vormittag das Krankenhaus am Friedrichshain verlassen. Sie ist jetzt fast ganz geheilt und braucht nur noch einige Male die Poliklinik zu besuchen.

wunden in den Unterleib erhalten hat, befindet sich ebenfalls auf dem Wege fortschreitender Besserung, muß aber voraussichtlich noch zehn bis zwölf Tage im Krankenhaus bleiben.

Auf einem Dampfer gestorben ist der 33jährige Zigarrenhändler Paul Mahler, Waldemarstraße 34 wohnhaft. Er hatte mit einem Feriendampfer einen Ausflug nach Wolterdorfer Schleuse unternommen. Am Abend bei der Rückfahrt befand sich M. auf dem Deck des Fahrzeuges, als er plötzlich über Uebelkeit klagte und bald darauf beinnungslos zusammenbrach.

Zwei Opfer hat vorgestern der Zegeler See gefordert. Bei Zegeler erkrankte der 20 Jahre alte Kaufmann Ludwig Pietsch aus der Swinemünderstraße. Der junge Mann hatte ein Freibad genommen und sich etwas zu weit in die Pluten hinausgewagt.

Die Linienstraße von der Prenzlauer- bis zur Kleinen Alexanderstraße wird behufs Ausführung von Sanitationsarbeiten von heute ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

In große Verlegenheit ist der Techniker Rudolf Effenberger geraten. Derselbe hat am Sonntag am Badestrand in Wannsee eine Brieftasche mit einem Hundertmarkschein und wichtigen Dokumenten verloren. Da derselbe für den Verlust ersparlich ist, wird der Finder der Tasche gebeten, dieselbe in der Fabrik Kessel u. Köhl, W., Linienstraße 15, abzugeben.

Feuerwehrbericht. In großer Lebensgefahr schwebte gestern in der Königbergerstraße 16 ein Kind, das von den Eltern unbewußt in der Wohnung zurückgelassen worden war. Das Kind hatte in der Küche Betten in Brand gesteckt. Durch den Qualm wurden Hausbewohner aufmerksam; sie drangen noch vor Anbruch der Feuerwehr in die Wohnung ein und holten das Kind heraus.

Vorort-Nachrichten.

Friedenan.

Der Wahlverein hielt vergangene Woche eine außerordentliche Generalversammlung im „Reinschloß“ ab, um zu der Tagesordnung des Ehener Parteitag Stellung zu nehmen. Das leitende Referat hierzu gab Genosse Thielde. Redner wünschte, daß der Vorstandsbericht den Genossen etwas früher zugänglich gemacht würde.

Genosse Kahrenstein stellte zu beiden Fragen folgende Anträge:

Antrag 1: Die Kreis-Generalversammlung ersucht von dem Parteitag einen kräftigen Anstoß zur Förderung des Kampfes gegen die verheerenden Wirkungen des Alkohols. Sie erklärt die plamplagische Behauptung über die Schäden und Gefahren des Alkohols, insbesondere für die Aufgaben des kämpfenden Proletariats und die Nachkommenschaft des arbeitenden Volkes, für eine Pflicht der Arbeiterpresse und der Organisationen.

Antrag 2: Die Generalversammlung beantragt:

- 1. Auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen: „Die Landarbeiterfrage“.
2. Den Parteitag zu beauftragen: Vor dem nächsten Parteitag eine Darstellung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse in den verschiedenen Teilen des Reiches, eine Zusammenfassung des auf dem Gebiete des Landarbeiterschutzes und der Landarbeiterorganisationen bisher von der deutschen Partei wie von den ausländischen Arbeiterparteien Geleisteten zu veröffentlichen.
3. Unter Zuziehung von Fachleuten den Entwurf eines umfassenden Arbeiterschutzesprogramms ausgearbeiten.

In der Diskussion trat Genosse Grundwald der Meinung Thieldes, sich bei Stimmabgaben der Stimme zu enthalten, entgegen; er müsse hier von Fall zu Fall entscheiden werden. Zur „Alkoholfrage“ betont Redner, daß er die Schädlichkeit des Alkohols auf sozialem Gebiete wohl anerkennt, er auch ganz entschieden für Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs eintritt.

Zur Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen Döring, Petri und Klemann, zur Ergänzung des Vorstandes als zweiter Vorsitzender Genosse Richter II und als Revisor Genosse Saan gewählt.

werden, dann kann geklagt werden. Außerdem kann Ihre Schwester ohne Kündigung gehen. — W. B. 61. 1. Ja. 2. Ja. Wenn der Arzt es unterlassen hat, ist er Ihnen und Ihrer Frau für den Krankheitsfall schuldenerpflichtig. 3. Rar, wenn die Heurung in der Form beleidigend war (z. B. „Sie Dieb“) sonst nicht. 4. Nein. 5. Nein. — B. P. 1. Rein. 2. Ja. 3. Ja. 4. Ja. 5. Ja. 6. Ja. 7. Ja. 8. Ja. 9. Ja. 10. Ja. 11. Ja. 12. Ja. 13. Ja. 14. Ja. 15. Ja. 16. Ja. 17. Ja. 18. Ja. 19. Ja. 20. Ja. 21. Ja. 22. Ja. 23. Ja. 24. Ja. 25. Ja. 26. Ja. 27. Ja. 28. Ja. 29. Ja. 30. Ja. 31. Ja. 32. Ja. 33. Ja. 34. Ja. 35. Ja. 36. Ja. 37. Ja. 38. Ja. 39. Ja. 40. Ja. 41. Ja. 42. Ja. 43. Ja. 44. Ja. 45. Ja. 46. Ja. 47. Ja. 48. Ja. 49. Ja. 50. Ja. 51. Ja. 52. Ja. 53. Ja. 54. Ja. 55. Ja. 56. Ja. 57. Ja. 58. Ja. 59. Ja. 60. Ja. 61. Ja. 62. Ja. 63. Ja. 64. Ja. 65. Ja. 66. Ja. 67. Ja. 68. Ja. 69. Ja. 70. Ja. 71. Ja. 72. Ja. 73. Ja. 74. Ja. 75. Ja. 76. Ja. 77. Ja. 78. Ja. 79. Ja. 80. Ja. 81. Ja. 82. Ja. 83. Ja. 84. Ja. 85. Ja. 86. Ja. 87. Ja. 88. Ja. 89. Ja. 90. Ja. 91. Ja. 92. Ja. 93. Ja. 94. Ja. 95. Ja. 96. Ja. 97. Ja. 98. Ja. 99. Ja. 100. Ja.

länger als ein Jahr läuft, hat der Vormund in erster Linie ein Bestimmungsgeld. Sie können sich aber unter genauer Darlegung der Sachlage beim Vormundschaftsgericht beschweren; am besten persönlich zum Vormundschaftsrichter gehen. — F. P. 3. 07. Nein. — H. P. 10. 1. Sie brauchen Ihrem Schwiegervater keinen Unterhalt zu geben. Ihre Frau muß es. Andere Kinder Ihres Schwiegervaters müssen ebenfalls beitragen. 2. Er kann nur Ihre Frau verklagen. 3. Bieten Sie ihm an, ihn in Ihrer Wohnung zu verpflegen. 4. Fragen

Se beim Realratkommissar für Arbeiterversicherung, am 20. August 1907, Part. 8. 5. 31 und nicht bekannt. Vielleicht ist die Vollversicherung bei Victoria, Aktiengesellschaft, Lindenstraße, geeignet. — G. S. 50. 1. Nein. 2. Ja. — Neuer Abonnement. 1. Lassen Sie den Schlichtermeister zum Offenbarungseid laden. 2. Wenn Sie schon zwei Jahre in Berlin wohnen, sind Sie armenunterstützungsberechtigt. 3. Wenn Sie noch nicht zwei Jahre hier wohnen, wenden Sie sich an das Polizeipräsidentium, falls Sie in höchster Not sind. — R. S. 34. Nein

Für den Inhalt der Quereze übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 14. August.
Anfang 8 Uhr.
Neues König. Operntheater.
Cavalleria rusticana. Vorher: Galathée.
Deutsches. Robert und Bertram.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kammerstücke: Frühlingserwachen.
Berliner. Die tanzenden Männchen.
Leistung. Die Stützen der Gesellschaft.
Sänger O. (Kammer-Theater.)
Die Zauberkiste.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Der Weg zur Hölle.
Neues Schauspielhaus. Raffes.
Neues. Ein seltsamer Fall.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Westen. Die lustige Witwe.
Lustspielhaus. Ostfriesen.
Bernhard Rose. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.
Zentral. Das Tagebuch einer Verlorenen.
Kleines. Vater und Sohn.
Trianon. Fräulein Jolette — meine Frau.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Apollon. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Polles Caprice. Geisterauto.
Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.
Gebr. Herrfeld. Was das Nachtleben.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Landstraße 18/19.
Abends 8 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/52.

Schiller-Theater O.
(Ballner-Theater.)
Mittwoch-Oper.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Zauberkiste.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gottspiel Gertrud Runge:
Zum letzten Male:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gottspiel Heinrich Büchel:
Der Postillon von Lonjumeau.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelm-Schiller-Theater.
Abends 8 Uhr: **Der Weg zur Hölle.**

Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Mittwoch, 14. August, abends 8 Uhr:
Die tanzenden Männchen.
Donnerstag und folgende Tage:
Die tanzenden Männchen.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Vater und Sohn.
Morgen und folgende Tage:
Vater und Sohn.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Sufarenfieber.

Zentral-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Tagebuch einer Verlorenen.

8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Freitag, 16. August:
Eröffnungs-Vorstellung.
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwank in 3 Akten von
Rosaire Demmequin und Pierre Weber.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Holländer. Dirigent Max
Rath. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Rauchen überall gestattet.

DERNHARD ROSE THEATER
St. Pauli-Str. 132
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:
Das glänzende
August-Programm.
Operette 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerpreis.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Invalidenstr. 57-52: Sternwarte.
Täglich geöffnet von 7 1/2-11 U. abds.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends
6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.

Apollon Theater

Ab 8 Uhr: Das kolossale Spezialitäten-Programm mit Gumpfler, Buntli, Pipifax und Paulo, Czernitzer, Rad. Bloth von Raulbach, 10 Indische Tänze, ununterbrochenes Lachen über
Hartstein
als Ortsvorsteher Lehmann
in seiner Dürstee
„Der Hochzeitsgast“.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler Arturo

Bernardi
! und das neue!
großartige
August-Programm.
14 Attraktionen 14.

WINTERGARTEN

Eröffnungs-Vorstellung:
Sonnabend, 17. August.
Die Theaterkasse ist bereits geöffnet!

Gebr. Herrfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr.
Mittwochsverkauf 11-2 Uhr.
Täglich: Die Novität
Madame Wig-Wag.
Operetten-Burleske von Anton u. Donat Herrfeld. Musik v. L. Hal.
Dazu die Separat-Affäre
Es lebe das Nachtleben!
mit den Autoren Anton u. Donat Herrfeld in den Hauptrollen.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Ott. Brunnstr. 16.
Nur noch wenige Tage das erfolgreiche Semesterspiel! 9 1/2 Uhr:
Dazu die Separat-Affäre
Es lebe das Nachtleben!
mit den Autoren Anton u. Donat Herrfeld in den Hauptrollen.

Der Hund von Baskerville.
9 Uhr: Berlin, Unter den Linden.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
Donnerstag: Ein treues Menschenherz

Fröbels Allerlei-Theater
Schönb. Allee 143, Rastan-Allee 97/99.
Königliches Volkstheater Berlins.
Sonder-Elite-Tag!
Der Riesen-August-Spielplan
mit der Racingtruppe in ihrer
Todesfahrt im Höllenkessel
und Konturvergnügen um 1000 M.
Um 8 Uhr:
Um 8 Uhr:
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Um 10 Uhr: Konturvergnügen Rabe-Racing.
Um 22. August: Benefiz Hurst.

Prot.: S.K.K.H.d. deutsche Kronpr. u. S.H. Herz. Joh. Albr. z. Mecklbg.

Deutsche: Armee, Marine u. Kolonial-Ausstellung
AMUKA
Wannsee-Bhf. Friedenstr.

Heute: Italienische NACHT
Große phantastische Illumination.
Kristall-Flammen-Japan-Lampions.
Fontaine Luminense.
Italienische Musikkapellen.
Serenade auf dem See.
Italienische Gesänge und Tänze.
Eintritt 50 Pf., Militär u. Kinder 25 Pf.
Ausstellungslöse ber. zum Eintritt

Neue Welt
Gartenstraße 108-114.
Mittwoch, den 14. August 1907:

Erntedankfest.
Kinderbelustigungen aller Art.
Gratisüberleitung:
I. Preise:
1 goldene Herrenuhr,
1 goldene Damenuhr.
Groß. Doppel-Konzert.
Spezialitäten-Vorstellung.
Tanz-Réunion.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Entree zum Konzeptsarten 10 Pf.
Morgen Donnerstag:
Braten eines ganz. Oehsen

Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Strohenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Prater-Theater.
Rastamen-Allee 7/9.
Flotte Weiber.
Spezialitäten 1. Ranges.
Auftritt der Löwenbraut
Tilly Bébé mit ihren drei Puppen.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Volksgarten-Theater.
Bad-Beimstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Sellermannstraße.
Großstadtzauber.
Original-Ausstattungs-Operetten-Burleske in 2 Akten von B. Gerike.
Musik von Alfred Sommerfeld.
Dazu:
Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Vollbelustigungen.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit n. allen Stadttricht.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!
Kleines Vacherfolg.
Landsberger Allee auf Stelzen.
5 Allison, phänomenale Akrobaten. — The Reros, Konturvergnüge
Neuheit. — Heinz Heuer, Sell Geldern, prolongiert.
Dazu das neue brillante August-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaffeefische. Vollbelustigung aller Art. Entree 30 Pf., Com. 30 Pf.

Restaurant „Hungrierer Wolf“ Strausberg II.
Herrlich an Wald und Wasser gelegen. — Tangsaal, Regelfbahn.
Kaffeefische.
Es ladet die geehrten Ausflügler, Vereine und Radfahrer ergebnis ein
6836*

Schwarzer Adler
Friedrichsberg.
Grenzpfleger Nr. 8.
Frankfurter
Chaussee 5.
Heute Mittwoch:
Große Soiree
der Willy Walde-Sänger.
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.

Vorsicht

beim Einkaufe von Malzkaffee! — Es wird heutzutage dem Publikum vielerlei als „Malzkaffee“ angeboten! Nur der echte „Kathreiner“ in geschlossenem Paket mit Bild, Namen und Unterschrift des Pfarrers Kneipp und der Firma „Kathreiners Malzkaffee-Fabriken“ ist das von den Ärzten am meisten empfohlene vollkommene Getränk, das an kaffeeähnlichem Wohlgeschmack alle anderen Malzkaffees weit überträgt!

Vorsicht

Brunnen-Theater
Bahnhofstr. 58. Direkt: Barnh. Roso.
Gute zum ersten Male:
Der Seekadett.
Das erstklass. Spezialitäten-Prgr.
P. Vondro. Neitzel-Luri-Trio.
Jack-Theo-Trio. Gebr. Damm.
Paul Coradini.
Kaffeeöffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Mittwoch, 21. August: Benefiz für
Käte Wille-Bach. Einmalige Auf-
führung: Die Theaterprinzessin.

Max Kliems Sommer-Theater
Gartenstraße 13/15.
Vertikale Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeefische ist täglich von
2 Uhr ab geöffnet.

Sanssouci, Kottbusser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns Nord. Sänger
u. Tanzkränzchen.
In Vorbereitung:
In der Danuka.
Kavität.
Sonntag Beginn 5 Uhr,
montags 8 Uhr.

Otto Pritzkow
Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-
Biograph. (St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Täglich Eingang von
Neuheiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

CIRCUS
NORTON B. SMITH
Berlin, Memelerstr. Tel. VII. 1619
Mittwoch:
2 gr. Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr. Abends 8 Uhr.
Nachm. ein Kind frei. 204/5
Donnerstagabend 8 Uhr:
Große Brillant-Vorstellung.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang
Böckentags
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen
Garten
u. Rest.: Gr. Militär-Konzert.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer
Stralanderstr. 1.

Stettin-Kopenhagen
[omte Stettin - Gothenburg - Christiania und West-norwegen (bis Drontheim) direkt ohne Umsteigen mit den großen, schnellen, äußerst elegant und komfortabel eingerichteten Postagendampfern „Rong Gaaton“, „Dronning Wand“, „M. G. Weichior“, „G. P. H. Koch“ usw.
Prosperte gratis und franco durch
Gustav Metzler, J Stettin.

FrISCHE Fruchtsäfte

von unübertroffener Güte
Fabrikate von
Hermann Meyer & Co., Aktiengesellschaft.

I. Qualität		
Himbeersirup	1/2 Ltr.-Fl.	1/2 Ltr.-Fl.
Kirschsirup	1.30	0.70 0.35
Johannisbeersirup	1.30	0.70 0.35
Erdbeersirup	1.30	0.70 0.35
Zitronensirup	1.30	0.70 0.35
II. Qualität		
Himbeersirup mit Kirschoaft	1.—	0.55
Kirschsirup	1.—	0.55
Erdbeersirup	1.—	0.55
Zitronensirup	1.—	0.55

Flaschen werden mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen.
In unseren 88 Verkaufsgeschäften im Süden Berlins zu haben.
**Südliche Wein- und Likör-Gesellschaft m. b. H., Berlin S.,
Dresdenerstraße 11.**

Systematische Aushungerung

des deutschen Volkes durch die falsche Wirtschaftspolitik. Schlafen die Regierungen, sind sie blind und taub? Gibt es in Deutschland einen Reichstag? Wozu sind die Volksvertreter gewählt? Existieren Handelskammern? Warum rührt sich die Presse nicht? Kennen diese Faktoren immer noch nicht die Tragweite der Vorgänge, die Größe der Gefahr?
Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft ist zu bezeichnen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig), Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2.— Teil- und Volksausgabe, 60 Pf. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pf. für den Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pf. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verleger Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Plugschriften und Prospekte.

